SPE

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS

Den Fokus ändern:

Für eine Gesellschaft des Wohlergehens

VORWORT

Sergei Stanishev
Vorsitzender der SPE

*"Wir Sozialdemokrat*innen müssen das Wohlergehen der Bürger*innen und den gesellschaftlichen und ökologischen Fortschritt sichern. Bei der ökologischen und digitalen Transformation darf kein Mensch und keine Region zurückgelassen werden."*

Als wir dieses Versprechen in unserem SPE-Parteiprogramm für die Europawahlen 2019 abgaben, hatten wir noch die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise von 2008 vor Augen. Über viele Jahre hinweg ließ sich die europäische Politik vor allem von wirtschaftlichen und finanziellen Belangen leiten, wobei das BIP als Hauptindikator für wirtschaftlichen und allgemeinen Wohlstand galt. Dabei wurden jedoch die langfristigen Folgen der Krise nicht berücksichtigt, wie steigende Ungleichheiten, eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Zunahme prekärer Arbeitsbedingungen, Umweltschäden oder ein gesunkenes Vertrauen in öffentliche Institutionen, um nur einige Aspekte zu nennen.

Durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie Anfang 2020 haben sich die Defizite unserer Gesellschaften noch stärker offenbart, insbesondere was den Schutz und die Versorgung der Bürger*innen und besonders schutzbedürftiger Gruppen betrifft.

Als Sozialdemokrat*innen wollen wir uns auf das konzentrieren, was für die Bürger*innen am wichtigsten ist, nämlich ihre Lebensqualität. Das Leben der Menschen wird von zahlreichen Aspekten bestimmt, die sich mit Leistungskennzahlen wie dem BIP nicht wirklich vollständig erfassen lassen. Dazu gehören u.a. Gesundheit, Bildung, soziale Absicherung, saubere Luft und Zugang zu Grünflächen, Kultur, Kunst sowie demokratische Teilhabe.

Bei unserer Vision einer Gesellschaft des Wohlergehens hat jede/r Einzelne das Recht und die Möglichkeit, ihr/sein volles Potenzial zu entfalten, gefördert zu werden und sich in das öffentliche Leben aktiv einzubringen. Der Sozialstaat ist dazu da, allen Bürger*innen in schwierigen Zeiten zu helfen und sie auch bei der Verwirklichung ihrer Lebensprojekte zu begleiten. Er bringt alle Europäer*innen in einem gemeinsamen Projekt zusammen, bei dem es um mehr Gleichberechtigung, Integration und Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft geht. Lassen Sie uns dieses Ziel gemeinsam umsetzen!

Agnes Jongerius
Vorsitzende des SPE-Netzwerks Soziales Europa

Sozialer Fortschritt und soziale Gerechtigkeit sind Kernziele unserer politischen Parteienfamilie, die nichts an ihrer Aktualität eingebüßt haben. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte haben die heutigen Generationen schlechtere Zukunftsaussichten als ihre Eltern, und sowohl Armut als auch Ungleichheiten nehmen wieder zu. Covid-19 hat uns klar vor Augen geführt, wie schlecht unsere Gesundheitssysteme nach jahrelanger Sparpolitik aufgestellt sind, um die Pandemie zu bewältigen. Damit wurden die Grundlagen unseres Sozialstaates und das Versprechen der EU, gemeinsamen Wohlstand zu schaffen, in Frage gestellt.

Die Dringlichkeit des Umweltschutzes wird in der Öffentlichkeit immer stärker wahrgenommen. Die europäische Jugend hat sich bei „Fridays for Future“ mobilisiert und mehr Nachhaltigkeit für unsere Gesellschaften eingefordert. Gleichzeitig erinnert uns die Gelbwestenbewegung daran, dass die Kosten und Vorteile dieses Übergangs gerecht aufgeteilt werden müssen, wenn sie von der gesamten Bevölkerung unterstützt werden sollen.

Dies sind komplexe Herausforderungen, denn genauso wie für die Globalisierung, den demografischen Wandel oder die digitale Transformation gibt es darauf keine einfachen politischen Antworten. Diese Herausforderungen müssen jedoch gelöst werden und die dazu notwendigen Maßnahmen lassen sich nur durch gemeinsame Anstrengungen in einem umfassenden Projekt

von gesellschaftlicher Tragweite erfolgreich umsetzen.

Deshalb wollen wir bei der SPE auf eine Gesellschaft des Wohlergehens hinwirken, die für jede/n Einzelne/n in der Gegenwart und in der Zukunft eine gute Lebensqualität sichert. Wir sind überzeugt, dass dieses Ziel als Leitprinzip für unsere Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik dienen sollte. Dies ist für uns der richtige Weg, um Wirtschaftspolitik mit sozialem Fortschritt, ökologische Nachhaltigkeit mit dem Abbau von Ungleichheiten und ein besseres Leben heute mit mehr Generationengerechtigkeit in Einklang zu bringen. Wir sind überzeugt, dass wir dadurch den Zusammenhalt aller Europäer*innen stärken und so gemeinsam den Weg für eine bessere Zukunft ebnen können.

Yonnec Polet
Stellvertretender Generalsekretär der SPE

Als Sozialdemokrat*innen ist es unser Ziel, eine Politik voranzubringen, die das Leben jeder/s Einzelnen verbessert. Deshalb setzen wir uns so vehement für einen starken Sozialstaat, wirksame öffentliche Dienstleistungen und gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen unserer Gesellschaften ein. Die EU steht derzeit vor vielen Aufgaben, die komplexe Lösungen erfordern, und die Covid-19-Pandemie hat uns erneut deutlich vor Augen geführt, dass wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Es ist an der Zeit, die Art und Weise zu überdenken, wie unsere Gesellschaften funktionieren und wie wir Politik gestalten wollen.

Die Wirtschaft ist wichtig, aber wir stehen fest dazu, dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Anstatt sich nur auf finanzielle Instrumente zu konzentrieren, muss die EU-Politik auch den sozialen, ökologischen und demokratischen Ansprüchen der Bürger*innen gerecht werden. Der Mensch und die Umwelt müssen im Mittelpunkt der Politik stehen. Dabei kommt uns zugute, dass die Stärkung des Wohlergehens aller Bürger*innen in Europa bereits ein im Ethos der EU verankertes Ziel ist.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Januar 2020 im SPE-Netzwerk Soziales Europa eine Debatte eingeleitet, um neue Wege zur Sicherung einer langfristigen und inklusiven Nachhaltigkeit unserer Gesellschaften aufzuzeigen.

Ihr Fazit liegt klar auf der Hand: Ungleichheiten, Klimawandel, Gleichstellung der Geschlechter, Globalisierung, demografische Veränderungen, Digitalisierung und

jetzt die Covid-19-Pandemie können nicht allein von Einzelpersonen gelöst werden, sondern sie erfordern eine gemeinsame Veränderung, Anpassung und Weiterentwicklung unserer Gesellschaften. Angesichts dieser Herausforderungen schlagen wir ein neues Gesellschaftsmodell als gemeinsames Projekt vor, dem sich alle Bürger*innen anschließen können. Diese Broschüre soll dazu beitragen aufzuzeigen, wie wir dieses Ziel erreichen können, indem wir das Wohlergehen unserer Bürger*innen in den Mittelpunkt der Politik stellen.

THIS WORLD
FULL of HOPE
BEGIN TO
PROCEED

SPE
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS

ERKLÄRUNG DES VORSITZES DER SPE

Für das Wohlergehen der Gesellschaft: Unser Vorschlag für eine Agenda nach Covid-19.

In ganz Europa stehen unsere Gesellschaften vor vielfältigen, komplexen und oft globalen Herausforderungen. Klimaveränderung, demografischer Wandel, digitale Transformation und zunehmende Ungleichheiten sind nur einige der vielen Faktoren, die unser Leben beeinflussen. Angesichts dieser Herausforderungen sind wir Sozialdemokrat*innen davon überzeugt, dass **die EU neue Ansätze und politische Maßnahmen für ein nachhaltiges und gerechtes Wachstum und sozialen Fortschritt in Europa entwickeln muss, bei denen Nachhaltigkeit und die Menschen im Mittelpunkt stehen.** Unsere politische Familie hat diesen Prozess bereits eingeleitet und muss ihn nun fortführen.

Als die Covid-19-Pandemie Anfang letzten Jahres über uns hereinbrach, führte sie uns schmerzlich vor Augen, dass einige unserer Länder erhebliche organisatorische Defizite in der Versorgung und Fürsorge der allgemeinen Bevölkerung und insbesondere der besonders gefährdeten Bürger*innen aufwiesen. Sie machte auch deutlich, wie konservative Kräfte die globale Krise ausnutzen, um bei der Gleichstellung der Geschlechter und den bürgerlichen Grundrechten Abstriche zu machen. Sie offenbarte zugleich, wie wichtig starke Sicherheitsnetze und gut funktionierende öffentliche Gesundheitssysteme sind, die durch langjährige sparpolitische Maßnahmen in einigen Mitgliedsstaaten arg in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Pandemie erforderte ein starkes Eingreifen des Staates, um die Schwächen privatisierter Wirtschaftssysteme zu überwinden. Sie warf auch wichtige Fragen über das Wesen unserer Gesellschaft, ihre Nachhaltigkeit, den Stellenwert der Solidarität in der Gesellschaft und die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf.

Unsere politische Familie hat zügig gehandelt, um die verschiedenen Auswirkungen der Krise sowohl im Gesundheitswesen als auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Folgen in den Griff zu bekommen.

Im Juni 2020 hat die SPE unsere Vorschläge für eine Gesundheitsunion vorgelegt, die gewährleisten soll, dass die öffentlichen Gesundheitssysteme in ganz Europa jetzt und in Zukunft für unvorhergesehene Ereignisse gewappnet sind. Wir haben auch einen umfassenden Plan vorgelegt, um Arbeitnehmer*innen und Unternehmen bei der Überwindung der Krise zu helfen und Unterstützung für alle bereitzustellen. Und nun stellen wir eine Vision für unsere gemeinsame Zukunft vor, eine Vision für eine Gesellschaft und nicht nur für einen Markt. **Dies ist unser Vorschlag für eine Agenda nach Covid-19.** In dieser Zeit der Krise müssen einige alte Dogmen in Frage gestellt werden und es ist innovatives Handeln geboten. Sozialer und nachhaltiger Fortschritt muss die höchste Priorität des Wiederaufbaus sein.

Unter diesem Blickwinkel kann das BIP nicht der einzige Maßstab für den Fortschritt bleiben. Die öffentliche Politik hat sich allzu oft von rein wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen leiten lassen, ohne deren Auswirkungen auf das Leben der Bürger*innen ausreichend zu berücksichtigen. Eine solche einseitige Interpretation, bei der die Mittel als Zweck betrachtet werden, müssen wir überwinden und uns stattdessen damit befassen, was für die Menschen am wichtigsten ist. Dazu gehören unter anderem die Lebensqualität, die eigene Gesundheit und die der Angehörigen, die Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung,

die Umwelt, eine gute materielle Absicherung und gute Arbeitsplätze, Sicherheit und Schutz im privaten und öffentlichen Bereich, eine gute Wohnqualität, die Zugehörigkeit zu einer größeren Gemeinschaft, Solidarität und Zufriedenheit.

Auf europäischer Ebene beginnen wir auf keinem unbeschriebenen Blatt. **Die Europäische Säule sozialer Rechte, der Green New Deal, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und die EU-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter sind unsere bereits verfügbaren Instrumente, um das Wohlergehen aller Bürger*innen zu fördern.** Nachdem die EU-Politik über viele Jahre hinweg zu sehr auf steuerpolitische und makroökonomische Überlegungen setzte, sind wir bereit, das Europäische Semester zu reformieren und die Debatte wieder an der Verbesserung des Lebens aller auszurichten.

In seinem Diskussionspapier „Fokuswechsel: Für das Wohlergehen der Gesellschaft", hat das Social Europe Network der SPE einige der Schritte aufgezeigt, die zur Förderung des Wohlergehens der Gesellschaft unternommen werden müssen:

- Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, damit die Arbeit einem guten Leben dient und nicht umgekehrt.

- Wir wollen eine starke öffentliche Bildung und einen blühenden Kultursektor, um die Emanzipation und ein aktives bürgerliches Engagement aller Frauen und Männer zu fördern.

- Wir wollen eine gesunde Umwelt und neue Geschäftsmodelle, die über den Profit hinausblicken und im Interesse aller sind und zur Nachhaltigkeit unserer Gesellschaften beitragen.

- Über Sicherheitsnetze hinaus wollen wir starke Sozial- und Gesundheitssysteme, die die Menschen zeitlebens unterstützen, denn wir entscheiden uns bewusst für Solidarität.

- Wir wollen ein feministisches Europa und eine feministische Wirtschaft, die die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt stellt und die Bedingungen dafür schafft, dass Männer und Frauen in ihrer ganzen Vielfalt gleichberechtigt leben und arbeiten können.

- Wir wollen eine vorausschauende Umverteilung des Reichtums anstatt einer reinen Trickle-Down-Politik, denn Gleichstellung ist für uns ein zentrales Anliegen.

- Wir wollen Rechtsstaaten, die die Bürger*innen eng in die Entscheidungen einbeziehen und Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit für alle garantieren.

Das Wohlergehen aller Bürger*innen und der soziale Zusammenhalt müssen die neuen Indikatoren für den Erfolg der Politik werden. Dies ist der Weg, den wir einschlagen wollen, um den Schulterschluss zwischen Politik und Bürger*innen zu erneuern und das Vertrauen in die Institutionen und die demokratische Debatte zurückzugewinnen. Indem wir das Wohlergehen in den Mittelpunkt unseres politischen Projekts stellen, wollen wir die Versprechen der EU für sozialen Fortschritt und gemeinsamen Wohlstand erneuern. Wir werden dafür sorgen, dass alle Generationen positive Perspektiven haben und mit Vertrauen in die Zukunft schauen können, sowohl als Einzelpersonen als auch als Mitglieder einer größeren Gemeinschaft.

INHALT

	Einleitung: Das Wohlergehen muss ein Kernziel der EU sein	**10**
1.	**Ein EU-Ansatz zum Wohlergehen?**	**12**
1.1.	Die Europäische Säule sozialer Rechte und die nachhaltigen Entwicklungsziele	**14**
1.2.	Ein Schritt weiter: Die Ökonomie des Wohlergehens	**15**
2.	**Die SPE und Wohlergehen: eine Vision für die Zukunft Europas**	**16**
2.1.	Definition von Wohlergehen	**17**
2.2.	Das Konzept des Wohlergehens spiegelt unsere Kernwerte wider	**19**
3.	**Eine fortschrittliche Agenda für das Wohlergehen – von der Theorie zur Praxis:**	**21**
3.1.	Bildung und Kultur zur Förderung der Emanzipation der Bürger*innen	**22**
3.2.	Materielle Absicherung für ein menschenwürdiges Leben	**27**
3.3.	Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben	**34**
3.4.	Eine Gesellschaft für alle Altersgruppen	**42**
3.5.	Eine feministische Wirtschaft	**46**
	Den Fokus ändern: Für eine Gesellschaft des Wohlergehens Hintergründe und Kennzahlen	**50**
3.6.	Leistungsfähige Sozialstaaten	**55**
3.7.	Mehr als nur Profit: Alternative Geschäfts- und Konsummodelle	**64**
3.8.	Soziale Investitionen und progressive Besteuerung	**68**
3.9.	Ein Recht auf und für die Natur	**72**
3.10.	Demokratie: Erweiterung der individuellen Rechte durch kollektives Handeln	**78**
4.	**Das Wohlergehen als zentrales Ziel der EU: Ein neuer Ansatz in der Regierungsführung**	**86**
4.1	Die Antwort der EU auf COVID 19 muss auf ein nachhaltigeres und gerechteres Wirtschaftsmodell ausgerichtet sein	**88**
4.2.	Das Wohlergehen sollte das Leitprinzip für die Neuauflage des Europäischen Semesters werden.	**90**
	Schlussfolgerung	**92**
	Anhang	**94**

www.pes.eu

www.facebook.com/PES.PSE

www.twitter.com/PES_PSE

www.instagram.com/PES_PSE

Sozialdemokratische Partei Europas
(Party of European Socialists)
10–12 Rue Guimard
B-1040 Brüssel
Belgien

EINLEITUNG: DAS WOHLERGEHEN MUSS EIN KERNZIEL DER EU SEIN

“Die Lösung des Sozialismus bedeutet nichts anderes als die Wahrung und Weiterwicklung der Rechte des Individuums im Rahmen einer Gesellschaft, die durch und durch auf das kollektive Wohl ausgerichtet und zugeschnitten ist.” [1] - Léon Blum

Als Sozialdemokrat*innen haben wir uns stets für starke Sozialstaaten mit umfassenden öffentlichen Dienstleistungen und **für gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen eingesetzt, vor denen unsere Gesellschaften stehen.** Auch wenn Wünsche und Hoffnungen in der heutigen Zeit oft aus der Perspektive persönlicher Zielstellungen betrachtet werden und gemeinsame Strukturen wie politische Parteien und Gewerkschaften an Attraktivität zu verlieren scheinen, sind die gemeinsamen gesellschaftlichen Herausforderungen nicht verschwunden. **Ungleichheiten, Klimawandel, Globalisierung, demografische Veränderungen, Digitalisierung und jetzt die Covid-19-Pandemie können nicht allein von Einzelpersonen gelöst werden, sondern erfordern eine gemeinsame Veränderung, Anpassung und Weiterentwicklung unserer Gesellschaften. Angesichts dieser Herausforderungen schlagen wir ein neues Gesellschaftsmodell als gemeinsames Projekt vor, dem sich alle Bürger*innen anschließen können.**

Eine Möglichkeit, um diese großen Aufgaben zu lösen und kollektive und individuelle Erwartungen in Einklang zu bringen, sind politische Maßnahmen zur Förderung des Wohlergehens der Menschen, um ein qualitativ hochwertiges Leben für alle in Europa zu ermöglichen.

Wohlergehen stellt ein breit gefasstes Konzept dar[2]. Oft wird es daran gemessen, wie glücklich sich die Menschen nach eigenen Angaben fühlen. Die Zufriedenheit der Menschen ist eng mit ihrer Lebensqualität verbunden, die wiederum von verschiedenen Faktoren abhängt, zu denen die körperliche und geistige Gesundheit, Sicherheit, Familienleben, Bildung, Beschäftigung, bezahlbarer Wohnraum und Freiheit gehören.

Wohlergehen ist die Grundlage für eine gemeinsame Gesellschaftsvision, in der alle Bürger*innen anerkannt, geachtet, gefördert und in ihrer Emanzipation sowie bei der Entwicklung ihrer Potenziale und Ambitionen unterstützt werden.

Ursprünglich wurde das Wohlergehen dem Bereich des Privatlebens zugeordnet, für den jede*r selbst verantwortlich ist und in dem die Gesellschaft und der Staat keine Rolle spielen und keinen Einfluss haben. Doch genau das müssen wir ändern, denn Wohlergehen soll nicht länger nur ein glücklicher Nebeneffekt politischer Maßnahmen sein, sondern muss vielmehr zum zentralen Anliegen unserer Politik werden.

Zu Beginn dieses Jahres wurde **durch Covid-19 eine Krise ausgelöst, in der die Regierungen auf der ganzen Welt zu außergewöhnlichen Maßnahmen gezwungen**

waren, die nur Wochen zuvor noch undenkbar gewesen wären. Neben der vorrangigen Aufgabe, Leben zu retten und die Ausbreitung der Epidemien zu stoppen, ist bereits jetzt klar, dass diese **Krise einschneidende und langwierige Folgen haben wird.**

Nach einer zehnjährigen Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die auf rigorose Sparmaßnahmen ausgerichtet war, hatten unsere Volkswirtschaften gerade erst begonnen, sich von der Finanzkrise zu erholen, als nun unsere Produktionssysteme und Dienstleistungen durch Covid-19 teilweise zum Stillstand kamen. Unsere **Sozialsysteme hatten noch mit den Folgen jahrelanger blinder Sparpolitik zu kämpfen,** als sie nun infolge der Epidemien zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wurden.

In jeder Krise treten die Defizite unserer Wirtschaftsmodelle noch deutlicher zutage und es zeigt sich, **wie wichtig die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaften, zwischen unseren Mitgliedstaaten und auf allen Regierungsebenen ist.** Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. **Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten stellen bereits jetzt eine enorme Belastung für Europa dar. Wenn wir auf diese Krise keine angemessene Antwort finden, werden sich bereits bestehende Schwierigkeiten weiter verschärfen.** Dadurch geraten nicht nur unsere Gesellschaften, sondern auch das Fundament und die Glaubwürdigkeit Europas ins Wanken.

Wir müssen unverzüglich geeignete **Maßnahmen zur Abmilderung der sich abzeichnenden Krise auf den Weg bringen und den Menschen Perspektiven aufzeigen, wie wir unsere Gesellschaften für die Zukunft fit machen können.** Wir müssen bereit sein, kühne Schritte zu gehen und **den Aufbau unserer Gesellschaften** in einer durch Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel veränderten Welt zu überdenken. Wir stehen an einem Wendepunkt. Unsere Gesellschaften werden sich ändern. Es kommt nun darauf an, **dass wir sie zum Besseren verändern.**

Wir sind überzeugt, dass **die Förderung des Wohlergehens aller Europäer*innen ein übergreifendes Ziel für die EU und ihre Mitgliedsstaaten sein sollte, das sich in allen politischen Prioritäten und Maßnahmen der EU auf allen Regierungsebenen der einzelnen Mitgliedstaaten widerspiegeln muss.** Die EU darf sich in ihrem Handeln nicht allein von makroökonomischen Kennzahlen leiten lassen. **Das Wohlergehen als im EU-Vertrag verankertes Ziel muss über die kommenden Jahre prioritäres Anliegen der EU sein.**[3]

Mehr denn je engagieren wir uns dafür, **„das Wohlergehen der Bürger*innen und den gesellschaftlichen und ökologischen Fortschritt zu sichern. Bei der ökologischen und digitalen Transformation dürfen kein Mensch und keine Region zurückgelassen werden."**[4]

1 EIN EU-ANSATZ ZUM WOHLERGEHEN

Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union besagt ganz klar, dass „das Ziel der Union die Förderung des Friedens, ihrer Werte und des Wohlergehens ihrer Völker ist“.

Der Hauptzweck der europäischen Integration besteht nicht nur in der Förderung des Wirtschaftswachstums, sondern auch in der Sicherung des Wohlergehens der Menschen. Durch ihre Politik soll die EU einen positiven Einfluss auf die öffentliche Gesundheit, die Umwelt, den sozialen Schutz, Beschäftigung, Gleichstellung der Geschlechter und Bildung ausüben. Die Europäische Säule sozialer Rechte und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung stehen uns bereits zur Verfügung, um aktuelle Herausforderungen anzugehen und das Wohlergehen aller Bürger*innen bestmöglich sicherzustellen.

1.1 DIE EUROPÄISCHE SÄULE SOZIALER RECHTE UND DIE NACHHALTIGEN ENTWICKLUNGSZIELE

Dank der Bemühungen unserer politischen Familie und insbesondere des schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven verkündete die Europäische Union 2017 **in Göteborg die Europäische Säule sozialer Rechte.** Die Säule enthält 20 Grundsätze für gerechte und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme im Europa des 21. Jahrhunderts und ergänzt die bereits bestehenden europäischen und internationalen Menschenrechtsstandards. Die 20 Grundsätze untergliedern sich in drei Bereiche und umfassen Chancengleichheit und gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und Inklusion.

Seit 2015 hat sich die EU auch den 17 **UN-Nachhaltigkeitszielen** für Frieden und Wohlstand für die Menschen und den Planeten angeschlossen. Während **65 % der UN-Nachhaltigkeitsziele nur auf lokaler Ebene umgesetzt werden können,** beziehen sich einige Ziele auf die auch in der Säule enthaltenen sozialen Rechte und Grundsätze bzw. stimmen mit diesen überein.[5] Es wäre also falsch, die Säule so zu interpretieren, dass sie nur soziale Themen anspricht, während sich die UN-Ziele hauptsächlich auf Nachhaltigkeits- und Umweltthemen beziehen. Die Themen sind im Gegenteil eng miteinander verknüpft. Die Grundsätze der Säule und die Nachhaltigkeitsziele müssen so umgesetzt werden, dass sie Synergieeffekte erzielen. Unter der Zielsetzung des Wohlergehens der Bürger*innen können **die Grundsätze der Säule und die UN-Nachhaltigkeitsziele zusammengeführt werden. Dies bietet einen geeigneten politischen Rahmen, um Nachhaltigkeits-, Umwelt- und soziale Ziele in Einklang zu bringen.**

1.2 EIN SCHRITT WEITER: DIE ÖKONOMIE DES WOHLERGEHENS

Sanna Marin, Premierministerin von Finnland

Über die vertragliche Anerkennung als Ziel der Union hinaus, wurde das Konzept des Wohlergehens in den Schlussfolgerungen des Rates zur „Ökonomie des Wohlergehens“ in Europa[6] weiterentwickelt. Dieses Konzept wurde von unserer Mitgliedspartei SDP während der finnischen Ratspräsidentschaft (zweites Halbjahr 2019) vorgelegt. Darin heißt es, dass Wohlergehen und Wirtschaftswachstum positive Wechselwirkungen haben, wobei die Steigerung des Wohlergehens der Menschen (in Bezug auf Bildung, Gesundheit, Gleichberechtigung, sozialen Schutz usw.) zu wirtschaftlichem Wohlstand, Stabilität und Resilienz führt. Dadurch können wiederum langfristige Investitionen in das Wohlergehen fortgeführt werden.[7]

Das Wohlergehen der Menschen wird somit als wesentlicher Bestandteil und entscheidender Faktor für makroökonomisches Wachstum und Fortschritt betrachtet,[8] wodurch die Produktivität, Beschäftigungsfähigkeit, Effizienz und Einsparungen nachhaltig gefördert[9] und Vertrauen und bürgerliches Engagement gestärkt werden können. Die Schlussfolgerungen legen nahe, dass ein eher horizontaler und sektorübergreifender politischer Ansatz erforderlich ist, um langfristiges, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen.[10]

Mit einem ähnlichen Anliegen legte der kroatische Ratsvorsitz 2020 Schlussfolgerungen des Rates zur Verbesserung des Wohlergehens am Arbeitsplatz vor.[11]

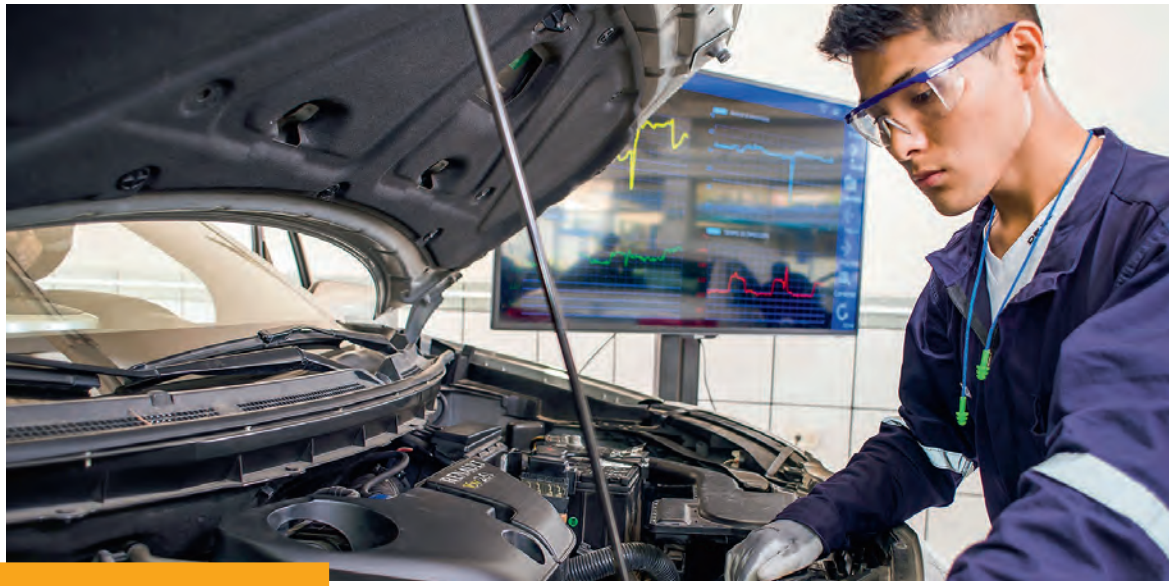
Die im Rat angestoßene Debatte über das Wohlergehen deutet bereits auf ein neues Modell hin, bei dem Begünstigungen nicht länger rein an Wirtschaftswachstum gekoppelt sind. In dem Wohlergehen als übergeordnetes Ziel gesetzt wird, können verschiedenste soziale Entwicklungen und Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden. Diese Debatte bietet uns die Chance, unsere Vision einer anderen Art von Wachstum und Fortschritt als Beitrag zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit voranzutreiben.

2 DIE SPE UND WOHLERGEHEN: DIE ZUKUNFT EUROPAS

Wir sind der Auffassung, dass Europa viel mehr ist als nur ein Binnenmarkt und eine Währungszone. Gemäß den Verträgen[12] **stehen wirtschaftliches Wachstum und sozialer Fortschritt im Mittelpunkt der europäischen Integration.** Beide Schwerpunkte sind als Ziel des Binnenmarktes anerkannt. Trotzdem wurde wirtschaftlichem Wachstum in den letzten zehn Jahren der EU-Politik ein gewisser Vorrang eingeräumt.

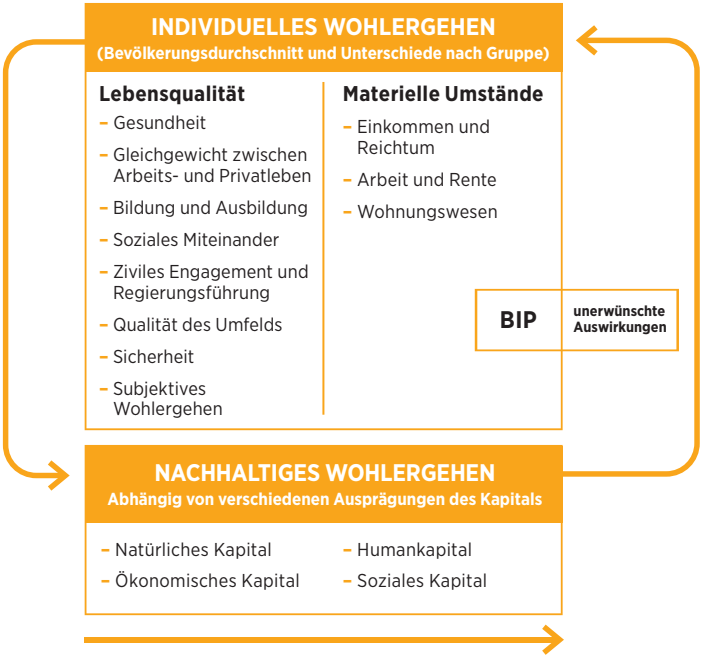
Nach Jahren der Sparpolitik **ist es an der Zeit, dass die EU ein neues Narrativ für Wachstum und sozialen Fortschritt in Europa entwickelt,** bei dem Nachhaltigkeit und der Mensch im Mittelpunkt der Politik stehen. Zu lange hat sich die EU auf die Entwicklung und Überwachung der Instrumente zur Schaffung von Wohlstand konzentriert (wirtschaftliche Maßnahmen, öffentliche Finanzen, Binnenmarkt), anstatt das tatsächliche Wohlergehen ihrer Bürger*innen in den Blickpunkt zu nehmen (soziale und ökologische Dimension, Bürger*innenbeteiligung, um nur einige Aspekte zu nennen).

In unserer Vision von der Zukunft Europas **muss die Wirtschaft immer den Menschen dienen und nicht umgekehrt.** Um die vollständige Einhaltung der EU-Verträge zu gewährleisten, sollte daher das Ziel des Wohlergehens der Bürger*innen Leitprinzip für die Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union werden.



2.1 DEFINITION VON WOHLERGEHEN

Seit vielen Jahren wird das BIP **als führender Indikator zur Messung der Wirtschaftsleistung und des Wohlstands verwendet.** Wie in der Debatte „Das BIP und mehr“ hervorgehoben wurde, kann gesellschaftlicher Fortschritt jedoch nicht allein am Wirtschaftswachstum festgemacht werden.[13] Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern nur dann von Wert, wenn sich dadurch das Leben der Menschen verbessert. Da das BIP allein kein adäquates Bild der Entwicklung und des gesellschaftlichen Fortschritts bietet, **muss der Fokus der sozioökonomischen Steuerung, die sich auf das BIP und traditionelle wirtschaftliche Kennzahlen konzentriert, auf eine breitere Perspektive gelenkt werden,bei der alle Dimensionen einbezogen werden, die das Leben der Menschen prägen und ihr Wohlergehen bestimmen.** Das erfordert eine stärkere und regelmäßigere Überwachung der Umwelt- und Sozialindikatoren und deren verstärkte Berücksichtigung bei der Politikgestaltung.



Quelle: OECD, 2013

Es gibt viele Modelle zur Messung und Bestimmung des Wohlergehens. Die bekannte **OECD-Initiative „Besseres Leben“** basiert beispielsweise auf einem Konzept, bei dem Wohlergehen in 15 Dimensionen untergliedert wird, wobei zwischen Auswirkungen auf gegenwärtiges und zukünftiges Wohlergehen unterschieden wird.[14] Der Schwerpunkt liegt auf den Ergebnissen in den folgenden Bereichen: **materielle Lebensbedingungen (Einkommen und Vermögen, Arbeitsplatz und Verdienst, Wohnverhältnisse) und Lebensqualität (Gesundheitszustand, Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben, Bildung und Qualifikationen, soziale Beziehungen, gesellschaftliches Engagement und Regierungsführung, Umweltqualität, persönliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden).**

Darüber hinaus wird die Entwicklung des zukünftigen Wohlergehens mit einbezogen, indem einige der wichtigsten Ressourcen betrachtet werden, die für das Wohlergehen im Laufe der Zeit ausschlaggebend sind und anhand von Indikatoren für verschiedene Formen von „Kapital“ bemessen werden.

Abgesehen davon, dass sie das Wohlergehen der Bürger*innen als ein Ziel der Union anerkennen, **enthalten die Verträge wenige Aussagen über das Wohlergehen.** Diese Lücke sollte geschlossen werden. In ihrer Mitteilung „Das BIP und mehr - Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“[15] aus dem Jahr 2009 **hat die Europäische Kommission Einkommen, öffentliche Dienstleistungen, Gesundheit, Freizeit, Wohlstandsmobilität und**

eine saubere Umwelt als Mittel zum Erreichen und Erhalten von Lebensqualität und Wohlbefinden genannt. In einer späteren Erklärung haben 2019 sowohl der Rat der EU als auch die OECD auf die Chancen für einen sozialen Aufstieg und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, den Abbau von Ungleichheiten sowie die ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Schlüsselfaktoren für das Wohlbefinden hingewiesen.[16]

Hauptanliegen dieses Konzepts des Wohlergehens ist die Gewährleistung, dass jede Person die Möglichkeit hat, glücklich und zufrieden zu sein, und **frei entscheiden** kann, **wie sie ihr Leben gestalten möchte.** Dabei geht es in erster Linie darum, **dass man die Dinge tun kann, die individuell wichtig sind.** Dazu gehört die Möglichkeit, **die eigenen Ansichten** frei und kreativ zu äußern, **sich gleichberechtigt mit anderen gesellschaftlich zu beteiligen** und **eine Arbeit auszuüben, die neben einem Einkommen vielmehr noch Erfüllung** mit sich bringt. Doch dies reicht nicht aus.

Persönliches Wohlergehen kann nicht von der Gesellschaft, in der man lebt, losgelöst betrachtet werden. Die Lebensqualität in Bezug auf ein **angemessenes und sicheres Einkommen, gute Arbeitsbedingungen oder Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen** hat einen direkten Einfluss darauf, ob sich ein Mensch glücklich fühlt. Die Beziehungen der Menschen und Gruppen untereinander sind ebenso wichtig. **Vertrauen, Gegenseitigkeit und sozialer Zusammenhalt sind die Grundlage für eine kontinuierliche Entwicklung unserer Gesellschaften.** Da die eigene persönliche Situation zumeist auch im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft und dem vorherrschenden Wohlstandsniveau betrachtet wird, ist zur Förderung von Wohlergehen auch **eine Verringerung von Ungleichheiten erforderlich. In einer Gesellschaft, in der sich die Aussichten einer Generation gegenüber der vorangegangenen verschlechtern, muss auch das Vertrauen in die Zukunft als Bezugsgröße herangezogen werden, sei es in Bezug auf die Umwelt, die Solidarität zwischen den Generationen oder die Entwicklung der Demokratie.** Eine Gesellschaft kann sich heute erfolgreich entwickeln, ohne dabei die Zukunft nachfolgender Generationen aufs Spiel zu setzen.

2.2 DAS KONZEPT DES WOHLERGEHENS SPIEGELT UNSERE KERNWERTE WIDER.

Seit der Staatsschuldenkrise hat ein neoliberaler Ansatz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den Diskurs in der EU bestimmt.

Gegenüber einer solchen Vision bietet das Konzept des Wohlergehens eine Alternative und **stellt den Menschen in den Mittelpunkt der EU-Politik.** Dabei führen **kollektive Maßnahmen zu spürbaren Verbesserungen für alle Bürger*innen.** Mit diesem Konzept kann es uns gelingen, den kollektiven Handlungsbedarf zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Umverteilung von Wohlstand und zur Eingrenzung der Macht des Marktes aufzuzeigen, indem die positiven Auswirkungen für jedes Mitglied einer Gesellschaft sichtbar gemacht werden. **Das Wohlergehen aller als zentrales politisches Anliegen** bietet somit eine **Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft** von Einzelpersonen, die um jeden Preis ihren Profit maximieren wollen, und zum **liberalen Projekt eines Minimalstaates.**

Daten zum **Wohlergehen** untermauern das Argument, dass ein soziales Europa nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll ist.[17] Die Förderung des Wohlergehens bietet die Möglichkeit, **den Sozialstaat zu ergänzen und auszubauen, den unkontrollierten Kapitalismus einzudämmen und die sozialen Rechte der Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen in Europa zu erweitern.** Mit dem Wohlgehen als oberstem Ziel der EU-Politik kann die **Nachhaltigkeit zur treibenden Kraft unserer Gesellschaften** und zum Leitprinzip werden, um die Selbstbestimmung und Stabilität der Gesellschaft zu stärken. **Dieses Ziel steht im Einklang** mit unserem Streben nach einer solidarischen Gesellschaft mit starken öffentlichen Dienstleistungen. Mit einer Politik, die auf die Stärkung des Wohlergehens ausgerichtet ist, **lässt sich Vertrauen in die Zukunft zurückgewinnen,** wenn dabei das Schicksal jedes Individuums im Blickfeld ist, Fortschritt für die breite Masse erreicht und Umweltschäden begrenzt werden. Schließlich bietet das Konzept des Wohlergehens als oberstes Ziel der EU-Politik eine klare Vision der neuen Welt, in der wir leben wollen.

In den letzten Jahren hat die SPE eine starke politische Agenda zur Verbesserung der Lebensqualität der Europäer*innen entwickelt. Frühere Veröffentlichungen wie das SPE-Programm für fortschrittliche Reformen (2016)[18], Arbeitnehmerrechte und sozialer Fortschritt in der digitalen Wirtschaft (2017)[19], Bekämpfung von Ungleichheiten in der Europäischen Union (2018)[20] oder Gerechter Strukturwandel, Gute grüne Arbeit, Modernisierte Wirtschaft, Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger (2018)[21], haben bereits eine Reihe von Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohlergehens aller in Europa aufgezeigt.

Auch der Bericht der Unabhängigen Kommission für nachhaltige Gleichstellung der S&D-Fraktion von Jahr 2018[22] bietet bereits eine solide politische Grundlage zur Förderung von nachhaltigem Wohlergehen. Es kommt nun darauf an, dass die dort enthaltenen Empfehlungen mit wirksamen Maßnahmen auf EU-Ebene umgesetzt werden.

Wir arbeiten weiter an der Entwicklung von politischen Vorschlägen zur vollständigen Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte, der Sicherung einer hochwertigen und bezahlbaren Gesundheitsversorgung für alle, einer Strategie zur nachhaltigen Entwicklung unserer Städte und der Kreislaufwirtschaft, um damit zur Stärkung des Wohlergehens in der EU beizutragen.

3 EINE FORTSCHRITTLICHE AGENDA FÜR DAS WOHLERGEHEN – VON DER THEORIE ZUR PRAXIS:

Indem wir das Wohlergehen stärker in den Vordergrund der politischen Agenda der EU rücken, können wir gleichzeitig anderen Forderungen Nachdruck verleihen, wie der Überwindung von Ungleichheiten, dem Einsatz für Steuergerechtigkeit, der Förderung einer sozialen Marktwirtschaft, der Bekämpfung des Klimawandels und der Gestaltung des digitalen Wandels. All diese Anliegen können unter dem Dach dieser Zielstellung verfolgt werden, die bereits in den EU-Verträgen klar formuliert ist. Dadurch steht **unser Kampf für sozialen Fortschritt und nachhaltige Entwicklung fest mit dem Primärrecht der EU im Einklang.**

Zur Förderung verschiedener Politikbereiche und Aspekte des Wohlergehens, die sich von individuellen bis zu kollektiven Fragen erstrecken, könnten die folgenden politischen Vorschläge die Grundlage für eine SPE-Agenda des Wohlergehens bilden, die alle Politikfelder und Regierungsebenen umfasst.

3.1 BILDUNG UND KULTUR ZUR FÖRDERUNG DER EMANZIPATION DER BÜRGER*INNEN

Bildung und Kultur sind wesentliche Bestandteile bürgerlicher Selbstbestimmung. Bildung ist die Grundlage für die individuelle Entwicklung und gesellschaftliches Wohlergehen. Sie ist die treibende Kraft des sozialen Fortschritts und das wirksamste gesellschaftliche Mittel zur Förderung von sozialem Ausgleich. Um dieses Potenzial der Bildung vollständig zur Geltung zu bringen, müssen wir allen **Bürger*innen in Europa,** unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter, **Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung garantieren.**

Kultur ermöglicht uns wiederum die Selbstreflexion darüber, was uns zu besonderen menschlichen Wesen macht, die mit rationalem Verstand, kritischem Urteilsvermögen und einem Sinn für moralische Verpflichtungen ausgestattet sind. Über Kultur lernen wir Werte zu erkennen und Entscheidungen zu treffen[23]. Sie ist daher ein wesentlicher Faktor für das Wohlergehen des Menschen.

Bildung ist der Schlüssel zu Selbstbestimmung und Teilhabe

Bildung als Weg zu Selbstbestimmung und Teilhabe

Bildung spielt eine Doppelrolle: Sie dient der persönlichen Gestaltung der eigenen Zukunft der (jungen) Bürger*innen und der Entwicklung unserer Gesellschaften. Wissen über die anderen ist die Voraussetzung für den Aufbau von Gesellschaften, die auf Zusammenhalt und Integration beruhen und in denen sich die Bürger*innen umfassend entfalten können. Aufgabe der Bildung ist es auch, ein gemeinsames Verständnis darüber zu erreichen, was unsere Rechte, aber auch unsere Pflichten gegenüber anderen sind. Sprache und Literatur sind die Werkzeuge, um dieses Wissen weiterzugeben. Als Sozialdemokrat*innen setzen wir uns seit jeher dafür ein, dass das Grundrecht auf eine inklusive, geschlechtersensible und qualitativ hochwertige Bildung für alle Menschen in Europa, ob jung oder alt, auch überall umgesetzt wird. Deshalb fordern wir mehr Investitionen in Bildung, auch außerhalb der formellen Bildungsangebote, in berufliche Aus- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen, Kultur, Mobilität der Studierenden, Forschung und Wissen. Aus diesem Grund haben wir darauf gedrängt, dass das Recht auf Bildung als erster Grundsatz in die Europäische Säule sozialer Rechte aufgenommen wurde.

Bildung ist von zentraler Bedeutung für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen. Sie muss Mädchen und Jungen ein sicheres Umfeld bieten, in dem sie durch Lernen und den Umgang mit Gleichaltrigen Berufs- und Verhaltenskompetenzen erlernen. Bildungssysteme sollten sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Entscheidungen über ihren Körper, ihr Leben und ihre Zukunft unabhängig von ihrer Herkunft zu treffen. Nur wenn sich junge Menschen voll und ganz auf die Schulund Berufsbildung konzentrieren können und ihnen vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen, werden sie das Gefühl haben, dass sie in der Gesellschaft unterstützt werden.

Die Lockdowns, die in fast allen EU-Ländern verhängt wurden, um eine Ausbreitung von Covid-19 zu verhindern, führten dazu, dass Kinder nicht in die Schule gehen konnten und meist auf virtuellen Unterricht und digitale Lösungen angewiesen waren. Viele Regionen waren jedoch nicht in der Lage, geeigneten Online-Unterricht und digitale Mittel zur Verfügung zu stellen. Für zahlreiche Familien war es nicht möglich, Bücher durch Computer zu ersetzen oder die Rolle der Lehrkräfte zu übernehmen. Einige Schulen in Europa verfügten schon vor den Lockdowns nicht über genügend Klassenräume und für sie wird es nun umso schwieriger, wenn sie für den Präsenzunterricht die gebotenen Abstandsregeln einhalten sollen. Niemand konnte die Pandemie vorhersehen. Ungleichheiten beim Zugang zu guten Bildungsmöglichkeiten waren jedoch vorher schon bekannt und müssen dringend überwunden werden.

Die Gesellschaft des Wohlergehens sollte allen offenstehen, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, einer Behinderung oder sexueller Orientierung. Diskriminierung kann nur durch eine inklusive und tolerante Erziehung bekämpft werden, bei der Vorurteile immer wieder hinterfragt werden.

Vorschläge:

- Investitionen in die öffentliche Bildung sind unser bestes Mittel, um den neuen Herausforderungen, wie Kompetenzvermittlung, Mehrsprachigkeit, digitaler Revolution und künstlicher Intelligenz, zu begegnen und Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Extremismus zu verhindern. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die Sicherstellung des Zugangs zu Aus- und Weiterbildung sowie lebenslangem Lernen für alle, einschließlich der Menschen mit Migrationshintergrund.

- Wir brauchen mehr Investitionen in schulische und berufliche Bildung, einschließlich lebenslangem Lernen. Kostenlose, qualitativ hochwertige, frühkindliche Bildung und Betreuung müssen für alle verfügbar sein.

- Tendenzen zur Privatisierung von Bildung sind keine praktikable Option für inklusive Bildung und dürfen auch nicht mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Um wirkliche soziale Gerechtigkeit zu erreichen, dürfen wir nicht zulassen, dass finanzielle Mittel, soziale Situation, Geschlecht, ethnischer oder religiöser Hintergrund, Behinderungen oder andere Formen der Diskriminierung die Art der Bildung eines Kindes oder Jugendlichen bestimmen.[24]

- Bildung muss ein Lehrprogramm umfassen, bei dem den Kindern frei vermittelt wird, wie ihr Körper funktioniert, was sexuelle Orientierung ist und wie sie sich vor Missbrauch schützen können.

- Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (ECEC) setzt in einer entscheidenden Entwicklungsphase an und spielt eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung lebenslangen Wohlergehens. Der Zugang zu qualitativ hochwertigen frühen Erziehungsangeboten führt zu besseren Lese- und Schreibfähigkeiten, Selbstkontrolle, sozialen und emotionalen Kompetenzen und kann dazu beitragen, Leistungsunterschiede bei Kindern mit schlechteren sozialen und ökonomischen Voraussetzungen zu verringern.[25]

- Um die Integration zu fördern, muss ein besserer Zugang zu Sprachkursen und Schreib- und Leseunterricht für Menschen mit Migrationshintergrund und aus Drittstaaten garantiert und ausgebaut werden.

- Wir wollen die Organisation zivilgesellschaftlicher und politischer Debatten an Schulen und bei anderen Diskussionsplattformen fördern und Medien- und Digitalkompetenzen stärken, damit junge Menschen die Fähigkeit zu kritischem Denken entwickeln und sich vor Fake News[26], Mobbing und Belästigungen jeglicher Form schützen können.

- Um eine faire Mobilität der Studierenden unabhängig von ihrer Herkunft zu fördern, ist ein angemessen finanziertes Programm Erasmus+ auf allen Bildungsebenen erforderlich. Ein solches Programm muss viel stärker als bisher junge Menschen in der Berufsausbildung fördern, um ihnen die volle Teilnahme am europäischen Projekt zu ermöglichen.

- Nicht formelle Bildungsangebote dürfen bei der Förderung über Erasmus+ nicht zu kurz kommen und müssen ebenfalls ausreichend finanziert werden.

Kultur als Ausdrucksform und Mittel der Teilhabe

Artikel 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt, dass jeder Mensch das Recht hat, sich frei am kulturellen Leben der Gesellschaft zu beteiligen und die Künste zu genießen. Kultur ist ein wesentliches Element in der Entwicklung eines jeden Menschen, sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie bürgerliches und demokratisches Engagement.

Kultur trägt zum Wohlergehen der Menschen bei, denn sie ist Bestandteil der individuellen und kollektiven Bildung und vermittelt Wissen, Werte und Fürsorge über Generationen hinweg. Es hat sich gezeigt, dass die Ausübung von künstlerischen und kreativen Tätigkeiten mit einer höheren Lebenszufriedenheit verbunden ist, und dass Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration von Minderheiten und schutzbedürftigen Bürger*innen durch den Einsatz von Kultur, Kunst und Kreativität verbessert werden können[27] . Europas lebendige und vielfältige Kultur- und Kreativlandschaft ist auch ein einzigartiges und wertvolles Mittel für die Bürger*innen des gesamten Kontinents, um sich frei zu entfalten und auszudrücken, andere zu verstehen und verstanden zu werden.

In Krisenzeiten wenden sich viele Menschen der Kultur und Kunst zu. Wir sollten öffentliche Investitionen mobilisieren, um den Zusammenbruch des Kultur- und Kreativsektors in einer Zeit zu verhindern, in der der Zugang dazu aus Gründen der öffentlichen Gesundheit eingeschränkt ist. Am 12. Juni 2020 verabschiedeten die SPE-Kulturminister*innen eine Erklärung, in der sie dazu aufriefen, im Zuge der Wiederaufbauphase nach der Covid-19-Pandemie mehr Mittel für den Kultur- und Kreativsektor bereitzustellen.[28]

Vorschläge:

- **Das Programm Kreatives Europa muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, damit es seine Aufgabe erfüllen kann, ein gesamteuropäisches kulturelles und kreatives Umfeld zu schaffen.**

- **Lokale Behörden und die Zivilgesellschaft müssen die erforderliche Unterstützung erhalten, damit sie über formelle und informelle Kulturzentren und Aktivitäten den breiten Zugang zu Kunst und Kultur sicherstellen können. Die Förderung der Kunst darf nicht reglementiert werden, sondern muss die Vielfalt der Talente, Ideen und gelebten Erfahrungen widerspiegeln.**

- **Kultur muss allen offen stehen. Maßnahmen wie z. B. ermäßigte Eintrittskarten für bestimmte Personengruppen müssen stärker genutzt werden (z. B. Art. 27 über Tarife in Belgien, usw.).**

- **Politische Entscheidungsträger*innen sollten den Einsatz von Kunst und Kreativität bei allen politischen Entscheidungen, einschließlich in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialfürsorge, prüfen und nutzen.**

- **In der Schule sollten außerschulische Aktivitäten wie Sport und Kulturangebote allen zur Verfügung stehen. Alle kulturellen Genres und Ausdrucksformen sind angemessen zu fördern.**

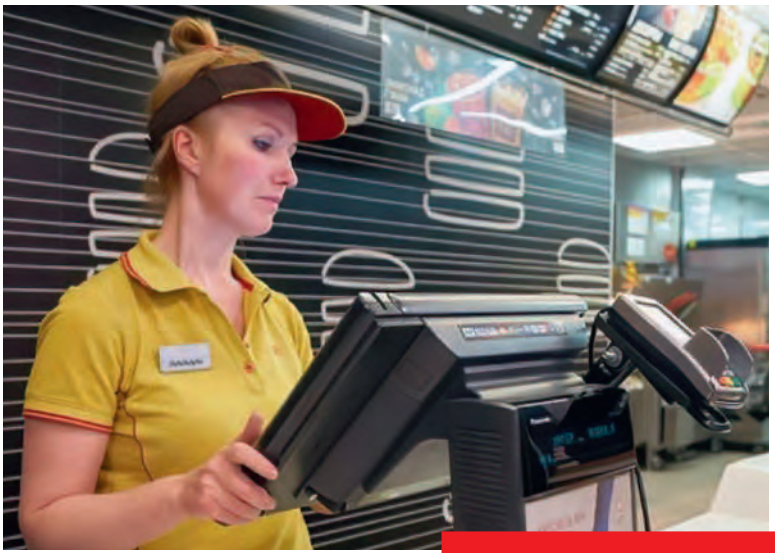
3.2 MATERIELLE ABSICHERUNG FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN

Wenn Menschen über ein angemessenes Einkommen und einen stabilen Arbeitsplatz verfügen, können sie ein selbstbestimmtes Leben führen, die für sich optimalen Entscheidungen treffen und ihre eigene Zukunft planen. Bei den Maßnahmen zur Armutsbekämpfung geht es in vielen Ländern in erster Linie darum, Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Es müssen aber auch das Einkommensniveau insgesamt und die Art der Arbeitsverträge im Auge behalten werden, um prekären Arbeitsbedingungen und Situationen vorzubeugen, in denen Menschen trotz Erwerbstätigkeit von Armut betroffen sind. Tatsächlich ist in den letzten Jahren in mehreren EU-Ländern die Zahl der erwerbstätigen Armen gestiegen. Viele Arbeitnehmer*innen werden schlechter bezahlt als früher, sind zu wenige Stunden beschäftigt und leben in Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. 2018 war jede/r zehnte Erwerbstätige in der EU 27 von Armut bedroht.[29] Traditionelle Arbeitsverträge werden oft durch neue vertragliche Regelungen wie Teil- oder Kurzzeitverträge, Arbeit auf Abruf, Null-Stunden-Verträge oder Leiharbeit ersetzt.[30] Außerdem beobachten wir, dass immer mehr Frauen von Armut betroffen sind, und auch das geschlechtsspezifische Lohngefälle hat sich in der EU in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich verringert und liegt nach wie vor bei 16 %.

Durch den technologischen Fortschritt, insbesondere die Digitalisierung, haben sich nicht nur die Art und Weise, wie Menschen arbeiten, sondern auch die Arbeitsbedingungen verändert. Digitale Technologien führten zur Entwicklung von Online-Arbeitsplattformen, wo oft flexible Arbeitsvereinbarungen und kurzfristige Arbeitsverträge an der Tagesordnung sind.[31] Genossenschaftliche Plattformen im Besitz von Arbeitnehmer*innen bieten Selbstständigen zudem die Möglichkeit, ihren Verwaltungsaufwand mit anderen zu teilen.

Allerdings haben plattformbasierte unternehmerische Modelle oft auch dazu geführt, dass Arbeitsstandards untergraben und Scheinselbstständigkeit befördert wurden.[32] Damit diese neue Technologie dem Wohlergehen der Arbeitnehmer*innen dient, sollten menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungsschutz für alle ermöglicht werden, unabhängig von der Art oder Dauer des jeweiligen Vertrags.

Insgesamt haben sich durch diese Trends die Anforderungen an die Flexibilität der Arbeitnehmer*innen erhöht und auf ihre Einkommensquellen ist weniger Verlass. Neben einem angemessenen Einkommen sollten sich jedoch alle Arbeitnehmer*innen auf einen langfristigen Arbeitsvertrag verlassen können, der ein gewisses Maß an Einkommenssicherheit bietet und eine langfristige Planung, Entwicklung und Investitionen in die Zukunft ermöglicht.



Angemessene Löhne

Finanzielle Sicherheit ist der Schlüssel zu Glück[33] und Wohlbefinden. Um das Wohlergehen aller zu gewährleisten, muss sich Arbeit lohnen. Sie sollte nicht nur ein Weg aus der Armut sein, sondern auch mit fairen Löhnen einhergehen, die einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen, wie es in Grundsatz 6 der Europäischen Säule sozialer Rechte anerkannt wird.

In der Covid-19-Krise hat sich gezeigt, dass der Wert vieler Arbeitnehmer*innen für die Gesellschaft oft ungenügend geschätzt wird. Für viele Beschäftigte im Gesundheitswesen, Zusteller*innen, Verkäufer*innen, Reinigungskräfte oder Lkw-Fahrer*innen ist die Arbeit oft mit erheblichen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken bzw. schwierigen Arbeitszeiten verbunden. Trotzdem sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht und die Löhne niedrig. Dies ist nicht akzeptabel, vor allem, wenn man bedenkt, dass in den letzten Jahrzehnten die Ungleichheiten in der Verteilung der Löhne und Gehälter gestiegen sind.[34]

Vorschläge:

- **Die EU muss zügig eine Rahmenrichtlinie für faire Mindestlöhne verabschieden, wie sie vom Europäischen Kommissar Nicolas Schmit vorgeschlagen wurde, um sowohl die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne als auch die Tarifverhandlungen im Allgemeinen zu stärken.**

- **Wo Mindestlöhne gelten, sollten auch jegliche Lohndiskriminierungen aufgrund des Alters abgeschafft werden, z. B. die Zahlung niedrigerer Löhne bis zum Erreichen einer bestimmten Altersgrenze oder für bestimmte Arbeitnehmergruppen wie öffentliche Bedienstete.[35]**

- **Um Gewinne gleichmäßiger zu verteilen, sollten zunächst die Löhne insgesamt erhöht werden. Tarifverhandlungen sind dazu eine unerlässliche Voraussetzung. Die tarifvertragliche Abdeckung ist jedoch in 22 Mitgliedstaaten seit 2000 rückläufig: In der Europäischen Union profitieren heute mindestens 3,3 Millionen weniger Arbeitnehmer*innen von einem Tarifvertrag als noch zu Beginn des Jahrhunderts. Mit umfassenden Maßnahmen auf europäischer Ebene muss dafür gesorgt werden, dass die Mitgliedstaaten Tarifverhandlungen, insbesondere Branchentarifverhandlungen, fördern und den Geltungsbereich der Tarifabschlüsse erweitern.**

- **Im Zuge einer koordinierten europäische Initiative sollten Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer*innen durchgesetzt werden, die in der Krise an vorderster Stelle standen. Dazu gehören die Beschäftigten im Gesundheitswesen, Zusteller*innen, Verkäufer*innen, Reinigungskräfte oder LKW-Fahrer*innen, die unsere Gesellschaften während dieser Krise am Laufen gehalten haben. Neben einer solchen Ad-hoc-Maßnahme sind weitere langfristige Schritte zur Förderung angemessener Gehälter und Arbeitsbedingungen erforderlich. Eine Lohnerhöhung für Beschäftigte, die in der Krise in der ersten Reihe standen, könnte zur Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles beitragen, da in diesen Bereichen überproportional viele Frauen beschäftigt sind.**

- **Weitere Maßnahmen müssen in Betracht gezogen werden, um den Lohnanteil am Gewinn eines Unternehmens besser auf alle Arbeitskräfte zu verteilen, z. B. durch Begrenzung des Verhältnisses zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Lohn in einem Unternehmen auf 1 zu 10.**

Stabilität der Arbeitsplätze

Prekäre Arbeitsformen, wie z. B. Null-Stunden-Verträge, sollten verboten werden. Arbeitsrechtliche Normen sollten für alle Beschäftigungsformen, also auch für Plattformarbeiter und Scheinselbstständige, wirksam durchgesetzt werden.

Beschäftigung und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sollten für alle gleichermaßen zugänglich sein. Niemand darf rassistisch, aufgrund von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder ethnischer Herkunft diskriminiert werden.

Vorschläge:

- **Eine Richtlinie über menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist erforderlich, um den unter prekären Arbeitsbedingungen Beschäftigten besseren Schutz zu bieten, insbesondere vor Missbrauch von Ausbildungspraktika oder Null-Stunden-Verträgen. Gleichzeitig sollte der Begriff „Arbeitnehmer*in“ klarer definiert werden.**

- **Vollzeit sollte der Normalfall, und Teilzeit eine freiwillige Option sein. Die Regierungen sollten Maßnahmen einführen, um ungewollten Teilzeitverträgen aufgrund von Diskriminierung oder nach einer beruflichen Auszeit, insbesondere nach dem Mutterschaftsurlaub, einen Riegel vorzuschieben.**

- **Um langfristige Arbeitsverträge zu fördern, könnten Kurzzeitverträge einer besonderen Besteuerung oder erhöhten Sozialversicherungsbeiträgen unterworfen werden, wobei die zusätzlichen Kosten zu berücksichtigen sind, die der Gesellschaft durch den häufigen Wechsel zwischen Kurzzeitverträgen und Arbeitslosenunterstützung entstehen.**

- **Arbeitnehmer*innenrechte, einschließlich tarifvertraglicher Bestimmungen, und sozialer Schutz sollten auf nicht standardisierte Arbeitsformen ausgedehnt werden.**

- **Jede/r sollte den gleichen Zugang zu Beschäftigung haben und alle Formen der Diskriminierung am Arbeitsplatz müssen beseitigt werden.**[36]

Mindesteinkommenssicherung für Menschen ohne Arbeit

Der Grundsatz 14 der Europäischen Säule sozialer Rechte besagt eindeutig: „Jede Person, die nicht über ausreichende Mittel verfügt, hat in jedem Lebensabschnitt das Recht auf angemessene Mindesteinkommensleistungen, die ein würdevolles Leben ermöglichen, und einen wirksamen Zugang zu dafür erforderlichen Gütern und Dienstleistungen. Für diejenigen, die in der Lage sind zu arbeiten, sollten Mindesteinkommensleistungen mit Anreizen zur (Wieder-)eingliederung in den Arbeitsmarkt kombiniert werden."

Wir fordern alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Maßnahmen zu ergreifen, sodass Studierende, Arbeitslose und bedürftige Rentner*innen finanzielle Unterstützung erhalten, damit ihr Lebensunterhalt in angemessener Weise gesichert ist.

Vorschläge:

- **Die EU sollte eine Rahmenrichtlinie für ein menschenwürdiges Mindesteinkommen vorschlagen, um die Einkommenssituation für die schutzbedürftigsten Gruppen zu verbessern („soziale Grundsicherung").**

- **Für alle Bürger*innen muss ein universeller Zugang zu grundlegenden und qualitativ hochwertigen Gesundheitsdiensten sowie einem Mindesteinkommen sichergestellt sein.**

Wohnraum

Eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Stabilität und Wohlbefinden ist, dass der Mensch eine Wohnung bzw. Unterkunft hat. Für viele europäische Bürger*innen ist es heutzutage nicht einfach, sicheren, bezahlbaren, gesunden und qualitativ hochwertigen Wohnraum zu finden.[37] Viele Menschen können sich die teureren Wohngebiete nicht leisten und sind daher gezwungen, längere Fahrtzeiten und geringere Wohnqualität in Kauf zu nehmen. Wir wollen das Modell der 15-Minuten-Stadt entwickeln, in der man Arbeit, Schule, öffentliche Dienstleistungen, Geschäfte, Kultur- und Freizeitstätten innerhalb von 15 Minuten vom Wohnort aus erreichen kann.

Die Mitgliedstaaten und Städte mit der höchsten Anzahl an Haushalten, die ihre Wohnkosten nicht als finanzielle Belastung empfinden, haben tendenziell einen höheren Anteil an Sozialwohnungen, höhere staatliche Ausgaben für die Wohnungsbauförderung und eine höhere Beschäftigungsquote.[38] In den meisten Ländern lassen sich auf den Wohnungsmärkten Verzerrungen, Fragmentierungen und große regionale Unterschiede erkennen, wobei die Wohnungskrise offensichtlich nicht nur die am meisten gefährdeten Gruppen betrifft, sondern auch die Haushalte mit mittlerem Einkommen erreicht hat.[39] Die Investitionen sind seit der Finanzkrise 2008/2009 stetig rückläufig, wodurch sich der Druck weiter erhöht hat.

Europa muss in bezahlbaren Wohnraum für alle investieren, um Wohnungs-und Obdachlosigkeit und Ungleichheiten zwischen den Bürger*innen zu reduzieren und schließlich zu beseitigen. Es ist kein Zufall, dass in mehreren EU-Mitgliedstaaten und vielen Städten der EU eine der ersten Maßnahmen zur Milderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Krise darin bestand, Schutzmechanismen für Mieter*innen und für Hypothekenraten anzubieten.

Sozialwohnungen in Wien

Vorschläge:

- Anerkennung, dass Wohnen ein Menschenrecht und keine Ware ist und dass der Staat die Aufgabe hat, sicheren, angemessenen und erschwinglichen Wohnraum für alle bereitzustellen, da der Markt dies nicht leisten kann. Dazu können die unterschiedlichsten Formen von Wohnraumangeboten[40] eingesetzt werden, u.a. Sozialwohnungen, staatlicher, genossenschaftlicher, nicht gewinnorientierter Wohnraum, bezahlbare Mietwohnungen oder Wohneigentum.

- Förderung unbefristeter Mietverträge als Standardoption und Maßnahmen gegen steigende Miet- und Energiepreise, z. B. Obergrenzen für jährliche Mietpreiserhöhungen in Gebieten, in denen es an bezahlbarem Wohnraum mangelt.

- Begrenzung der Aktivitäten von Online-Plattformen zur kurzzeitigen Vermietung, die zu steigenden Immobilienpreisen in den Städten beitragen.

- Bekämpfung der Finanzialisierung im Immobilienbereich durch transparente Registrierung grenzüberschreitender Immobiliengeschäfte und bessere Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Geldwäsche im Immobiliensektor.

- Es sollte ein EU-Plan für bezahlbaren sozialen und öffentlichen Wohnungsbau entwickelt werden, um die Politik und Maßnahmen der EU im Wohnungswesen besser zu koordinieren, wobei insbesondere die lokale und regionale Ebene zu berücksichtigen ist.[41]

- Um dem regionalen Charakter des Wohnungsmarktes Rechnung zu tragen, muss die EU die entsprechenden regionalen Daten besser erfassen, um ihre Wohnungspolitik im Rahmen des Europäischen Semesters besser daran auszurichten.

- Bei neuen Wohnungsbauprogrammen und insbesondere dem sozialen Wohnungsbau sollten die besonderen Bedürfnisse älterer Personen und von Menschen mit Behinderungen stärker berücksichtigt und im Voraus eingeplant werden. Die EU-Finanzierung für sozialen, öffentlichen und erschwinglichen Wohnungsbau und Renovierungsmaßnahmen zur Senkung von CO2-Emissionen sollten z. B. stärker über die europäischen Struktur- und Investitionsfonds, InvestEU und die Europäische Investitionsbank gefördert werden.[42] Besonders für einkommensschwache Haushalte, zu denen viele Frauen gehören, sind die Energiepreise zu einer zusätzlichen Belastung geworden. Diese Haushalte müssen als erste mit der im europäischen Green Deal angekündigten „Sanierungswelle“ unterstützt werden.[43] Diese Renovierungswelle muss so gestaltet werden, dass danach keine Zwangsräumungen erfolgen und die Kapitalisierung öffentlicher Fördermittel verhindert wird.[44]

- Die Mitgliedstaaten sollten ihr ESF+-Budget für die schutzbedürftigsten Gruppen einsetzen, um die schlimmsten Formen von Armut zu bekämpfen, die zu sozialer Ausgrenzung führen, wie beispielsweise Wohnungslosigkeit.[45] Die Vermeidung von Wohnungslosigkeit bei Menschen mit Behinderungen sollte stärker im Mittelpunkt stehen, da Untersuchungen gezeigt haben, dass sie überrepräsentiert sind.[46]

- Die Fähigkeiten und Kompetenzen lokaler und regionaler Einrichtungen müssen gestärkt werden, damit sie sich Zugang zu EU-Mitteln verschaffen und verschiedene Finanzierungsquellen kombinieren können. Sie sollten auch verstärkt darin geschult werden,

Wohnungsbau- und Vermögensverwaltungsgesellschaften in ausreichender Größe zu schaffen, um EU-Fördermittel nutzen zu können.[47]

- Die EU-Beihilfevorschriften behindern derzeit Investitionen in sozialen, öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum aufgrund mangelnder Rechtsklarheit und Rechtssicherheit.[48] Insbesondere muss der Beschluss über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (2012) überarbeitet werden, um die bisher eng gefasste Zielgruppe des sozialen Wohnungsbaus zu erweitern. Die Definition sollte dahingehend erweitert werden, dass Nachhaltigkeitsziele wie „soziale Durchmischung" und „sozialer Zusammenhalt" durchgesetzt werden können.[49]

- Indikatoren für erschwinglichen und qualitätsvollen Wohnraum sollten in das Europäische Semester[50] mit aufgenommen werden, um die verschiedenen Wohnformen, die Fragmentierung der regionalen Wohnungsmärkte und den Wohnungsbedarf besser zu berücksichtigen. Dadurch würden mehr Daten als Grundlage für die Planung und Umsetzung politischer Maßnahmen zur Verfügung stehen.[51]

- Die EU sollte die Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum besser unterstützen, indem sie Steuererleichterungen für Investitionen in soziale Infrastrukturen schafft.[52] Die Situation in Städten und Ballungsgebieten sollte diesbezüglich besonders sorgfältig untersucht werden.[53]

- Auf der Ebene der Mitgliedstaaten sollten die „Schwerpunkte der Wohnungspolitik" und die informellen Minister*innentreffen zu diesem Thema reaktiviert werden.

3.3 **VEREINBARKEIT VON BERUFS- UND PRIVATLEBEN**

Für kurz- und langfristiges Wohlergehen ist es wichtig, den richtigen Ausgleich zwischen Privat- und Arbeitsleben zu finden.[54] Männer und Frauen sollten nicht gezwungen sein, sich zwischen einem gut bezahlten, sicheren Arbeitsplatz und der Betreuung ihrer Kinder oder der Ausübung ihrer Interessen und Hobbys zu entscheiden. Stattdessen sollte jede/r ausreichend Zeit haben, um sich zu erholen, für die Familie da zu sein, sich sportlich oder ehrenamtlich zu betätigen und dadurch stärker in die Gemeinschaft eingebunden zu sein.

Als Sozialdemokrat*innen haben wir uns stets für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer*innen eingesetzt.[55] Ein wichtiger Punkt bei der Definition eines qualitativ hochwertigen Arbeitsplatzes ist die Frage, ob ein/e Arbeitnehmer*in die Möglichkeit und die Zeit hat, sich sowohl beruflich als auch privat weiterzuentwickeln. Besonders wichtig ist auch ausreichend Freizeit, ganz egal, welche Arbeit ein Mensch ausübt.[56] Darüber hinaus kann ein besseres Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben und eine gleichmäßigere Aufteilung der Betreuungsaufgaben auch dazu beitragen, die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zu erleichtern, sodass Frauen in ihrer Karriere aufsteigen und höhere Einkommen erzielen könnten, was wiederum die Gleichstellung der Geschlechter voranbringt.

Verkürzung der Arbeitszeit

Viele Menschen haben einen langen Arbeitstag, was zu Überlastung, Stress und Burnout führen kann. Untersuchungen zeigen, dass ein wichtiger Faktor für ein glückliches Leben darin besteht, dass man mehr Zeit für die Familie und mehr Freizeit zum Entspannen hat.[57] Einen Vollzeitjob mit einer 40-Stundenwoche, unbezahlte Hausarbeit und die Pflege sozialer Kontakte unter einen Hut zu bringen, ist für Frauen und Männer gleichermaßen eine Herausforderung. Eine bessere Aufteilung der Arbeitszeit kann außer zu einem erfüllten Leben zumindest teilweise auch zur Lösung von Problemen beitragen, mit denen alle europäischen Länder zu tun haben, z. B. Arbeitslosigkeit, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Bevölkerungsalterung oder arbeitsbedingte Gesundheitsrisiken.

Durch den technologischen Fortschritt haben sich zudem viele Wirtschaftsbereiche verändert, wobei die Produktivität und Arbeitseffizienz enorm gestiegen sind. Veränderungen in der Arbeitswelt dürfen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer*innen gehen, sondern müssen auch ihnen zugutekommen, anstatt lediglich Arbeitgeber*innen und Investor*innen höhere Gewinne zu bringen. Diese Erkenntnis setzt sich zwar nur langsam aber doch zunehmend in den europäischen Ländern durch. Die IG Metall erzielte beispielsweise 2018 eine Vereinbarung, nach der die Mitarbeiter*innen ihre Wochenarbeitszeit für bis zu zwei Jahren auf 28 Stunden verkürzen können, um sich um ihre Kinder oder Familienangehörigen zu kümmern. Gegenwärtig setzt sich diese Gewerkschaft für eine Vier-Tage-Woche ein, um Arbeitsplätze zu sichern, die durch die Covid-19-Krise und den Strukturwandel in der Automobilindustrie in Gefahr geraten sind[58]. Produktivitätsgewinne durch den technischen Fortschritt und insbesondere die Digitalisierung können und sollten genutzt werden, um die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Einkommensniveau weiter zu reduzieren.

Vorschläge:

- **Zurzeit sind Arbeitgeber*innen durch die EU-Arbeitszeitrichtlinie verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihre Mitarbeiter*innen nicht mehr als durchschnittlich 48 Stunden wöchentlich (einschließlich Überstunden) über einen Referenzzeitraum von bis zu vier Monaten arbeiten.[59]**

- **Mehrere EU-Länder haben niedrigere Arbeitszeitgrenzen, und im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Automatisierung steht eine weitere Reduzierung der Arbeitszeit zur Diskussion. So wurde in Frankreich im Jahre 2000 die gesetzliche Arbeitszeit von 39 auf 35 Stunden für alle Unternehmen herabgesetzt, die mehr als 20 Mitarbeiter*innen beschäftigen. Seit 2002 gilt dies auch für kleinere Unternehmen.[60] In einigen Ländern wurden Studien in Auftrag gegeben, um die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung zu untersuchen. So wurde in Schweden in einem Altenheim über einen Zeitraum von 23 Monaten ein Sechs-Stunden-Arbeitstag anstatt des üblichen Acht-Stunden-Arbeitstages eingeführt.[61]**

- **Außerhalb der EU hat die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern in der öffentlichen Debatte über die Abmilderung der Folgen von Covid-19 vorgeschlagen, dass Arbeitgeber*innen eine Vier-Tage-Woche und andere flexible Arbeitsoptionen in Betracht ziehen sollten.[62]**

- **In einigen EU-Ländern gibt es branchenspezifische Arbeitszeitverkürzungen für ältere Arbeitnehmer*innen (in Belgien haben z. B. Reinigungsdienste eine kürzere Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer*innen festgelegt und Krankenpfleger*innen über 45 können monatlich einen zusätzlichen Erholungstag in Anspruch nehmen).**

6:30 PM
AILS AFTER
PM
UPON A TIME
IN
WOOD
6 PM
IN OATS
WE
TRUST

Recht auf Nichterreichbarkeit und Homeoffice

Durch die technologischen Entwicklungen können Arbeitnehmer*innen auch dann in Verbindung bleiben oder „auf Abruf“ bereitstehen, wenn sie sich nicht an ihrem Arbeitsplatz befinden, was zu einer Entgrenzung von Arbeits- und Privatleben führt. Beim Recht auf Nichterreichbarkeit geht es darum, die Nutzung elektronischer Kommunikation nach der Arbeitszeit einzuschränken. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer*innen das Recht haben, außerhalb der festgelegten Arbeitszeiten nicht erreichbar zu sein, ohne dass sich für sie daraus Nachteile ergeben. Arbeitgeber*innen stehen in der Pflicht, dieses Recht zu respektieren und sicherzustellen, dass jede/r während der arbeitsfreien Zeit die Möglichkeit hat, für berufliche E-Mails oder andere elektronische Nachrichten nicht erreichbar zu sein.

In der Covid-Pandemie wurde Homeoffice für Millionen Arbeitnehmer*innen in der EU zur Norm. Arbeitskräfte und Unternehmen mussten sich zügig anpassen, ohne dass es immer klar definierte Arbeitszeitregelungen für die Arbeit von zu Hause aus gab. Homeoffice hat seitdem für viele Menschen den Arbeitsalltag geprägt und macht ein Umdenken auf Leitungsebene erforderlich. Viele Arbeitnehmer*innen ersparten sich dadurch die Fahrtzeit zum Arbeitsplatz, der Verkehr in den Großstädten verringerte sich und es boten sich flexiblere Optionen hinsichtlich Arbeitsplatz und Arbeitszeiten. Neben diesen positiven Aspekten bedeutete Homeoffice für viele aber auch Mehrarbeit, keine Möglichkeit zum Abschalten und eine zunehmende Vermischung von Arbeits- und Privatleben. Der Einsatz digitaler Technologien bei der Fernarbeit muss deshalb so gestaltet werden, dass die Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit haben, ihr Arbeitsleben nach ihren spezifischen und persönlichen Bedürfnissen zu organisieren.

Vorschläge:

- **Einige EU-Länder sind bereits dabei, ein Recht auf Nichterreichbarkeit einzuführen, und andere erwägen dies ebenfalls.[63] So wurde in Frankreich 2016 ein Gesetz verabschiedet, das das Recht auf Nichterreichbarkeit zum Bestandteil verpflichtender Verhandlungen in Unternehmen macht.[64]**

- **Die EU sollte sich um ein Mindestmaß an Schutz für die Arbeitnehmer*innen in der neuen digitalen Arbeitswelt einsetzen. Dies könnte über eine Richtlinie über das Recht auf Nichterreichbarkeit erfolgen, die für alle Arbeitnehmer*innen und auch untypische Arbeitsformen gilt, bei denen digitale Tools und IKT zum Einsatz kommen.[65]**

- **Vorschlag für eine Richtlinie über stressbedingte Berufskrankheiten, die den Arbeitnehmer*innen ein „Recht auf Nichterreichbarkeit“ einräumt, damit sie die Familienzeit und Freizeit ohne Unterbrechung genießen können.**

- **Einbindung des Rechts auf Nichterreichbarkeit in die kommende Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Im Zuge der Lockdowns wegen Covid-19 hat sich sowohl das Interesse an der Förderung von Fernarbeit aus sozialen und ökologischen Gründen, aber auch der umfassende Regulierungsbedarf gezeigt, um zu verhindern, dass die Arbeit im Homeoffice zu einem erhöhten Arbeitsaufkommen führt, das obendrein unter ungeeigneten Arbeitsbedingungen bewältigt werden muss. Die irische Labour Party hat vor kurzem ein Gesetz über Fernarbeit vorgeschlagen, das derzeit im irischen Parlament debattiert wird. Auch in Frankreich ist dieses Thema Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern.**

Ein gesundes Berufsleben

Es macht keinen Sinn, sein Leben zu opfern, um Geld zu verdienen. Wenn die Arbeit Leiden verursacht, wird auch das Privatleben davon beeinträchtigt. Heutzutage sind 8% aller Krebsfälle arbeitsbedingt (12% bei Männern und 7% bei Frauen). Solche berufsbedingten Krebserkrankungen könnten verhindert werden, wenn krebserregende Stoffe beseitigt oder die Arbeiter*innen diesen Stoffen in der Produktion weniger ausgesetzt würden. Verbesserungen im Sinne eines besseren Schutzes der Arbeitnehmer*innen vor berufsbedingten Krebserkrankungen hat die Kommission kürzlich mit der vierten Überarbeitung der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene (2004/37/EG) angekündigt, die zusammen mit den im vorherigen Mandat 2014-2019 vorgenommenen drei Überarbeitungen zur Festlegung verbindlicher Grenzwerte für die berufsbedingte Exposition bei 27 prioritären Stoffen führte. Bei mehr als 100.000 arbeitsbedingten Krebstodesfällen pro Jahr muss jedoch noch viel mehr getan werden. Es gibt noch mindestens 23 weitere prioritäre Stoffe, vor denen Arbeitnehmer*innen geschützt werden sollten. Einige der Grenzwerte sind noch viel zu hoch und müssen so schnell wie möglich gesenkt werden.

Muskel-Skelett-Erkrankungen und psychosoziale Risiken sind die wichtigsten Risikofaktoren, über die an europäischen Arbeitsplätzen 2019[66] berichtet wurde. Auch wenn Muskel-Skelett-Erkrankungen in erster Linie mit biomechanischen Belastungen (Lasten, Frequenzen, Wiederholungstätigkeiten, Vibrationen) zusammenhängen, stehen sie auch in unmittelbarem Zusammenhang zur Arbeitsorganisation und der allgemeinen Tendenz zu höheren kognitiven, sensorischen und psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz. Muskel-Skelett-Erkrankungen sind der Grund dafür, dass Millionen von Arbeitnehmer*innen in der EU nicht mehr in der Lage sind, bestimmte Aufgaben zu erledigen oder sogar ihre Arbeit vor dem Rentenalter ganz aufgeben müssen. Auf europäischer Ebene sind dringend Maßnahmen zur Eindämmung von Muskel-Skelett-Erkrankungen durch effektive Prävention am Arbeitsplatz geboten. Solche Präventionsmaßnahmen sollten auch einen geschlechtersensiblen Ansatz beinhalten, da sie für Frauen besonders relevant sind.

Hinzu kommt, dass immer mehr Arbeitnehmer*innen über stressbedingte Krankheiten klagen. Mehr als die Hälfte aller Krankheitstage in der EU gehen auf arbeitsbedingten Stress zurück. Die Gründe sind Unsicherheit am Arbeitsplatz, lange oder unregelmäßige Arbeitszeiten, übermäßige Arbeitsbelastung, ungenügende Entschädigung für Mehrarbeit, schlechte Organisation und Management, Diskriminierung und andere Formen von Belästigung oder Gewalt. Dieser Aspekt darf bei der Lösung von arbeits- und gesundheitsbedingten Problemen nicht außer Acht gelassen werden.

Vorschläge:

- Die EU sollte einen neuen strategischen Rahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für die Zeit nach 2020 entwickeln und alles daransetzen, um arbeitsbedingte Todesfälle zu vermeiden. Mit diesem strategischen Rahmen sollte die Liste schädlicher Substanzen, wie Karzinogene und Mutagene, ergänzt und strengeren Grenzwerten unterworfen werden. Die EU sollte in Zusammenarbeit mit den Sozialpartner*innen Vorschläge zur wirksamen Vermeidung von Muskel-Skelett-Erkrankungen und stressbedingten Störungen entwickeln.

- Der Geltungsbereich der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene sollte auf reproduktionstoxische Stoffe und karzinogene zytotoxische Arzneimittel ausgedehnt werden.

- Die EU muss eine Richtlinie zum psychischen Wohlbefinden am Arbeitsplatz entwickeln, in der auch Angstzustände, Depressionen und Burnouts als Berufskrankheiten anerkannt werden. Eine solche Richtlinie zum psychischen Wohlbefinden am Arbeitsplatz sollte Präventionsmechanismen und Wiedereingliederungsmaßnahmen betroffener Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz festlegen.

- Es müssen umfassende EU- und nationale Rechtsvorschriften erlassen werden, um die Risikofaktoren für Muskel-Skelett-Erkrankungen zu bekämpfen und entsprechende Präventionsmaßnahmen umzusetzen. Gleichzeitig müssen die Arbeitnehmer*innen über die Ursachen von Muskel-Skelett-Erkrankungen aufgeklärt und die Rolle von Arbeitsschutzbeauftragten gestärkt werden.

3.4 EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE ALTERSGRUPPEN

In Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union heißt es ausdrücklich, dass sich die EU neben anderen Werten auch für die Förderung der Solidarität zwischen den Generationen einsetzt. In den letzten zehn Jahren hat sich dies als sehr viel schwieriger erwiesen, da die Geburtenraten sinken, die Lebenserwartung steigt und ein Ungleichgewicht zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmer*innen entstanden ist, was zu rasanten Veränderungen in den traditionellen Beziehungen zwischen den Generationen führt.

Auf die Frage nach der zukünftigen Lebensqualität antwortet nur jede/r vierte europäische Bürger*in, dass zukünftige Generationen ein besseres Leben haben werden.[67] Einerseits hat die heutige junge Generation schlechtere Aussichten als die vorherige, andererseits sind die Rentensysteme immer weniger in der Lage, ältere Menschen und insbesondere Frauen vor Armut zu bewahren. Aufgrund der im Zuge der Sparmaßnahmen gesunkenen öffentlichen Ausgaben für die professionelle, qualitativ hochwertige Pflege älterer Menschen müssen immer mehr jüngere, zumeist weibliche Familienangehörige zunehmend Pflegeaufgaben übernehmen. Dadurch waren auch unsere Gesundheits- und Pflegesysteme nicht auf den Ausbruch von Covid-19 vorbereitet.

Neben diesen demografischen Herausforderungen stellt der Klimawandel eine große Gefahr für die Nachhaltigkeit unserer Gesellschaften dar, sodass das Wohlergehen künftiger Generationen von unserem heutigen Handeln abhängt. In Europa sind Kinder, Arme und ältere Menschen am meisten gefährdet und den Folgen des Klimawandels verstärkt ausgesetzt.

Das europäische Sozialmodell muss eine solidarische und sozial fortschrittliche Vision für den Übergang von einer Generation zur anderen bieten. Dazu sind starke soziale Bindungen zwischen jüngeren und älteren Menschen und der politische Wille erforderlich, die Solidarität zwischen den Generationen in den Mittelpunkt der EU-Politik zu stellen.

Eine altersgerechte Gesellschaft

Wir müssen unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik überdenken, um ein altersgerechtes Umfeld zu schaffen, in dem alle Altersgruppen an der Gesellschaft teilhaben, sich einbringen und gegenseitig unterstützen können. Es geht nicht an, dass Mitarbeiter*innen, gleich welchen Alters, als Ware betrachtet und einfach mal schnell entlassen werden. Wir setzen uns durch die Schaffung guter Arbeitsbedingungen dafür ein, dass alle die Möglichkeit haben, in einem gesunden Umfeld zu arbeiten und zu leben. Wir sind überzeugt, dass effiziente und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen die beste Möglichkeit bieten, um (generationenübergreifende) Solidarität in unseren Gesellschaften sicherzustellen.

Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels sollten für alle Europäer*innen gleichermaßen von Nutzen sein. Dazu ist es wichtig, dass die Solidarität zwischen den Generationen in allen Politikbereichen berücksichtigt und insbesondere in den Sozialsystemen für Jung und Alt, jetzt und in Zukunft fest verankert wird. Bei Reformen des Arbeitsrechts und der sozialen Sicherungssysteme müssen die Auswirkungen auf alle Generationen berücksichtigt werden.

Vorschläge:

- **Die besonderen körperlichen Belastungen bestimmter Berufsgruppen sollten bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Bei der Festlegung der Lebensarbeitszeit sollte nicht die Lebenserwartung, sondern die realistische Zeitspanne als Kriterium herangezogen werden, wie lange eine bestimmte Arbeit ausgeübt werden kann.**

- **Altersgerechte Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz: Es müssen flexible Möglichkeiten für den Ausstieg aus dem Berufsleben ohne Verlust von Rentenansprüchen geschaffen werden, einschließlich Arbeitszeitverkürzung je nach beruflicher Belastung.**

- **Eine Diskriminierung aufgrund des Alters ist inakzeptabel, sei es die Ablehnung der Einstellung älterer Arbeitnehmer*innen oder ein geringerer Lohn für junge Menschen. Auch geschlechtsspezifische Folgenabschätzungen, berufliche Schulungen für ältere Frauen und die Überwindung des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles sind weiterhin von prioritärer Bedeutung.**

- **Jeder/m Bürger*in in Europa sollte eine Mindestrente garantiert werden, die sich am nationalen Einkommensniveau orientiert. Die Mitgliedstaaten sollten die Mindestrente schrittweise über die Armutsgrenze (60 % des nationalen Durchschnittseinkommens) anheben.[68] Es könnten Alternativen zur privaten Altersvorsorge entwickelt werden, z. B. über nationale Sparbriefe.[69]**

- **Mit Konzepten, die sich am gesamten Lebenszyklus am Arbeitsplatz orientieren, könnten ältere Menschen länger in Beschäftigung bleiben und ihre Kenntnisse und Erfahrungen über Mentorenprogramme**

an die nächste Generation weitergeben. Solche Ansätze tragen zu einem gesunden Arbeitsumfeld bei und fördern Austausch, Kooperation und Solidarität zwischen den verschiedenen Altersgruppen.

- Wir sollten nach dem erfolgreichen Beispiel der Jugendgarantie ähnliche beschäftigungspolitische Maßnahmen für ältere Menschen ergreifen, z. B. durch individuell abgestimmte Unterstützung aller Altersgruppen bei der Arbeitsplatzsuche.

- Qualitativ hochwertige Kinder- und Altenpflege ist die Grundlage für das Wohlbefinden aller Altersgruppen in unserer Gesellschaft und trägt zur Gleichstellung der Geschlechter bei. In diesen Bereichen entstehen auch viele Arbeitsplätze und sie können Jung und Alt gleichermaßen zugutekommen. Wir werden uns weiterhin für Investitionen in Betreuungsdienste stark machen, insbesondere durch die Kindergarantie und im Rahmen einer Strategie für soziale Investitionen.

- Der Zugang zu Bildung sollte unabhängig von Alter und sozialer Herkunft gesichert sein. Wir sind überzeugt, dass lebenslanges Lernen als Recht etabliert werden muss, denn erschwingliche, qualitativ hochwertige, formelle und nichtformelle Bildungsmöglichkeiten für Menschen jeden Alters sind die Voraussetzung, um gesellschaftliche Teilhabe und soziale Inklusion zu fördern und Diskriminierung abzubauen.

Generationenübergreifende Solidarität als Richtschnur für nachhaltige Entwicklung

Die Solidarität zwischen den Generationen ist ein Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung. Herausforderungen durch den Klimawandel und eine schnell alternde Gesellschaft können zwar separat in Angriff genommen werden, aber sie sind auch stark miteinander verbunden. Der Klimawandel ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, denn wenn wir jetzt nicht handeln, erhöhen sich die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kosten zukünftiger Generationen, um die Auswirkungen der steigenden Erderwärmung zu bewältigen. Gleichzeitig wird deutlich, dass wir von einem kapitalistischen Modell abkommen müssen, bei dem zur Erzielung schneller Profite Ressourcen verschwendet und die Umwelt sowie die Aussichten der kommenden Generationen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Kohlenstoffkonzentration in der Atmosphäre verzeichnet immer noch einen zügigen Anstieg. Die globalen Emissionen sind seit 1990 um das 1,5-fache gestiegen, und die durch die Energienutzung entstehenden CO2-Emissionen erreichten 2018 einen historischen Höchststand.[70] Die europäischen Bürger*innen scheinen sich dessen bewusst zu sein, denn sie gaben in einer Umfrage an, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen für den Kontinent sei.[71] Die heutigen Generationen haben also eine Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen und müssen sicherstellen, dass Fortschritt nachhaltig gestaltet wird.

- **Die EU sollte die für 2050 gesetzten Klimaziele sowie klare (noch zu definierende) Zwischenziele genau beobachten. Das bedeutet, dass beim Europäischen Grünen Deal eine klare europäische Strategie mit nationalen Vorgaben zur Erreichung dieser Ziele entwickelt werden muss. Gleichzeitig muss sie ein klares Bekenntnis zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen (Kohle, Öl und Gas) und zur Erhöhung der Energieeffizienz enthalten.**

- **Die Wirtschaft der Europäischen Union muss das „lineare" Modell aufgeben, bei dem Rohstoffe zur Herstellung eines Produkts verwendet und anschließend entsorgt werden, und stattdessen zu einer Kreislaufwirtschaft übergehen, bei der Abfälle und der Ressourcenverbrauch reduziert werden.**

- **Die EU sollte Praktiken verbieten, die zur vorzeitigen Alterung von Produkten führen, und eine verpflichtende Kennzeichnung bezüglich der erwarteten Lebensdauer und Reparierbarkeit von Produkten einführen.[72]**

- **Die EU muss ihre Strategien zur Abfallvermeidung und -bewirtschaftung ausbauen und ehrgeizigere Maßnahmen zur Entwicklung und Umsetzung von Ökodesign und Energiekennzeichnung ergreifen, um die Gesamt-Energie- und Ressourceneffizienz von Produkten zu erhöhen und sowohl in der Produktion als auch beim Verbrauch die Kreislaufwirtschaft zu fördern.**

- **Die EU sollte bei den von ihr geförderten Projekten und Maßnahmen standardisierte und geschlechtersensible Umweltverträglichkeitsprüfungen entwickeln, die auch langfristige generationsübergreifende Prognosen beinhalten.**

- **Durch die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen im Bereich der grünen Wirtschaft sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, um der Jugend die erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen für die neuen grünen Arbeitsplätze zu vermitteln, kann gleichzeitig der Kampf gegen Klimawandel und Jugendarbeitslosigkeit geführt werden.[73]**

3.5 EINE FEMINISTISCHE WIRTSCHAFT

Unsere Vision von Europa ist die einer Gesellschaft, die gleiche Chancen für alle und das Wohlergehen eines jeden Individuums, unabhängig vom Geschlecht, fördert. Die Betreuung von Kindern und älteren Menschen, fehlende Arbeitsmöglichkeiten oder Aufstiegschancen, geschlechtsspezifische Gewalt und sexuelle Belästigung sind Probleme, mit denen Frauen öfter konfrontiert sind als Männer. Aufgrund mangelnder Gleichberechtigung haben Frauen oft keinen Zugang zum Arbeitsmarkt oder anspruchsvollen Arbeitsplätzen, und können so nicht zum Haushaltseinkommen[74] und zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen.[75] Eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei gleicher Aufteilung der Arbeiten im Haushalt, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Leben führt zu gesünderen, glücklicheren, vertrauensvolleren und gerechteren Gesellschaften.

Jede Frau hat das Recht auf eine berufliche Karriere, genauso wie jeder Mann das Recht hat, seine Kinder großzuziehen und sich um seine Familie zu kümmern. Sowohl die SPE als auch die SPE-Frauen fordern die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung und Geschlechterklischees, damit Frauen ebenso wie Männer die Möglichkeit haben, Berufs-und Privatleben zu vereinbaren, wirtschaftliche Chancen wahrzunehmen und auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen.[76]

Die Sicherung von Gleichberechtigung und des umfassenden Schutzes der Frauenrechte erfordert einen Wandel in der Wirtschaftspolitik hin zu einer feministischen Ökonomie. Die Wirtschaft sollte aktiv im Sinne der Frauen umgestaltet werden, und zwar durch eine progressive Besteuerung, die Rechenschaftspflicht von Unternehmen, fortschrittliche öffentliche Dienstleistungen, sozialen Schutz, die Umverteilung unbezahlter Betreuungsarbeit, nachhaltige Infrastruktur und menschenwürdige, gleich bezahlte Arbeit.

Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze auch für Frauen

Im Vergleich zu Männern besteht bei Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie, unabhängig von ihrem Bildungsniveau, im Verlauf ihres Arbeitslebens in einer prekären Beschäftigung landen.[77] Da sie oft gezwungen sind, flexible Arbeitsregelungen zu nutzen, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, sind mehr Frauen als Männer mit niedrigen Löhnen, Teilzeitverträgen und geringer Arbeitsplatzsicherheit konfrontiert. Frauen neigen dazu, für geringere Löhne länger zu arbeiten und weniger Freizeit in Kauf zu nehmen, während sie gleichzeitig in vollem Umfang ihre Verantwortung zu Hause wahrnehmen. Frauen verdienen im Durchschnitt pro Stunde 16 % weniger als Männer, und das hat sich in den letzten zehn Jahren nur minimal verbessert.

Vorschläge:

- **Die EU sowie die einzelnen Mitgliedstaaten sollten das geschlechtsspezifische Lohngefälle und das Rentengefälle durch klare Rechtsvorschriften bekämpfen, die verbindliche Ziele pro Jahr, Land und Altersgruppe zur Beseitigung von Unterschieden enthalten, und entsprechende Kontrollmechanismen und verbindliche Vorgaben zur Lohntransparenz durchsetzen.**

- **Es sollten ehrgeizigere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben ergriffen werden, die darauf abzielen, dass Männer an den elterlichen Pflichten und unbezahlter Betreuungsarbeit in gleicher Weise beteiligt sind.**

- **Die Mitgliedstaaten sollten sich für eine bezahlbare Kinderbetreuung einsetzen, die es Frauen ermöglicht, in Vollzeit zu arbeiten, ohne dass sie auf die Betreuung der Kinder durch Familienangehörige angewiesen sind.**

- **Während einige Bereiche wie der Gesundheitssektor, die übermäßig von Frauen besetzt sind, aufgewertet werden müssen, um geschlechtsspezifischen Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, müssen wir gleichzeitig zu einem Wirtschaftsmodell übergehen, bei dem die überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Betreuungsarbeit gebührend anerkannt, verringert und umverteilt wird.**

- **Geschlechtsspezifische Diskrepanzen in der Ausbildung und der beruflichen Orientierung sollten überwunden und Frauen ermutigt werden, sich für aussichtsreiche Perspektiven zu entscheiden, die eine berufliche Karriere und eine gute Work-Life-Balance bieten.**

Geschlechtsspezifische Gewalt beenden

Jede dritte Frau in der EU hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren.[78] Dies zeigt, wie dringend es geboten ist, alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, unabhängig davon, ob es sich um häusliche Gewalt, Gewalt in der Partnerschaft, sexuelle Gewalt oder Vergewaltigung, Menschenhandel, weibliche Genitalverstümmelung, sexuelle Belästigung, Zwangsheirat oder Verbrechen im Namen der „Ehre" handelt. Es kann keine Gesellschaft des Wohlergehens geben, wenn die Hälfte ihrer Mitglieder einer solchen Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit ausgesetzt ist.

Vorschläge:

- **Die EU selbst und alle Mitgliedstaaten müssen die Istanbul-Konvention ratifizieren und umsetzen, die 2011 vom Europarat eingeführt wurde, um die Sicherheit aller Frauen in Europa zu stärken, indem die vielfältigen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt anerkannt und Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz der Opfer und zur Verfolgung der Täter ergriffen werden.**

- **Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um neu auftretende Formen geschlechtsspezifischer Gewalt wie Online-Belästigung und antifeministische Hassreden zu unterbinden.**

- **Die EU sollte auf die Ratifizierung des neuen IAO-Übereinkommens gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt hinwirken, um geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz zu beseitigen und dabei die Arbeitgeber als Akteure des Wandels einzubeziehen.**

Förderung der Unabhängigkeit, Sicherheit und der politischen Betätigung der Frauen

Die EU steht gegenüber den 52 % der Gesellschaft in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Frauen gleichberechtigt in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einbringen können.

Vorschläge:

- **Europa muss dringend die politische Teilhabe von Frauen erhöhen und gewährleisten und durch gezielte Maßnahmen gleichberechtigte Rollenmodelle für junge Mädchen in allen Bereichen fördern. Europa muss bei den nationalen und europäischen Parteien und Institutionen darauf drängen, dass sie sich dem Ziel der paritätischen Demokratie verschreiben und in Politik und Haushalt einen geschlechtersensiblen Ansatz verfolgen.**

- **Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in den Arbeitnehmer*innengremien zu fördern und sicherzustellen, dass die Interessen von Frauen und Minderheiten auf allen Ebenen des sozialen Dialogs angemessen berücksichtigt werden.**

- **Um ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern zu erreichen und Frauen in Führungspositionen im privaten und öffentlichen Sektor zu fördern, sollten Quoten durch die Annahme der Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten und die Ausweitung ihres Geltungsbereichs auf die Geschäftsführungs- und Managementebene unterstützt werden. Sollte diese Richtlinie weiterhin durch den Rat blockiert werden, muss die Europäische Kommission eine erneute Initiative dazu einbringen.**

DEN FOKUS ÄNDERN: FÜR EINE GESELLSCHAFT DES WOHLERGEHENS HINTERGRÜNDE UND KENNZAHLEN

Allgemeiner Kontext

Gegenwärtig stehen die EU und ihre Mitgliedstaaten vor vielen Herausforderungen, die umfassende Lösungen erfordern. Die Covid-19-Pandemie hat uns zudem vor Augen geführt, dass wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Persönliches Wohlergehen lässt sich nicht getrennt von der Gesellschaft betrachten, in der wir leben. Es ist an der Zeit, die Art und Weise zu überdenken, wie unsere Gesellschaften funktionieren und wie wir unsere Politik gestalten. **Die Bürger*innen können sich darauf verlassen, dass wir als Sozialdemokrat*innen ein neues Modell für das Wohlergehen in der Gesellschaft auf den Weg bringen werden, dem sich alle anschließen können. Dies sind unsere Vorschläge für eine Gesellschaft des Wohlergehens:**

- **Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sichern, damit die Arbeit einem guten Leben dient und nicht umgekehrt.**

Eine Reduzierung der Arbeitszeit bringt mehr Zeit für Familie und Erholung, was eine entscheidende Voraussetzung für eine glückliches Leben ist.[1] Gleichzeitig kann dadurch das Ziel unterstützt werden, dass jede Frau das Recht auf eine berufliche Karriere wahrnehmen kann, genauso wie jeder Mann das Recht hat, seine Kinder großzuziehen und sich um seine Familie zu kümmern.

Ein Viertel der Europäer*innen (186 Millionen) gibt an, dass es für Arbeitnehmer*innen an ihrem Arbeitsplatz nicht leicht ist, Urlaub aus familiären Gründen zu nehmen.[2]

- **Materielle Sicherheit: Wir müssen dafür sorgen, dass Arbeit fair bezahlt wird.**

Wir müssen sicherstellen, dass die Menschen durch ihre Arbeit genug verdienen können, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dazu brauchen wir angemessene Löhne. Gute Lebensbedingungen und Tarifverhandlungen sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass die Gewinne nicht nur bei Aktionär*innen landen, sondern auch denen zugutekommen, die diese Gewinne erwirtschaftet haben.

Jede/r zehnte Erwerbstätige war 2018 in der EU 27[3] von Armut bedroht (74,6 Millionen).

- **Nach Covid-19 sollte das Leben nicht weiter gehen wie zuvor, sondern eine nachhaltige Neugestaltung der EU im Interesse aller Bürger*innen erfolgen.**

Die Art und Weise, wie wir konsumieren und produzieren, hat Auswirkungen auf unsere Umwelt. Es gibt Alternativen zu Geschäftsmodellen, bei denen allein das Streben nach Profit durch nicht nachhaltige Praktiken im Vordergrund steht. Unternehmen, die Rohstoffe aus lokaler Produktion beziehen, sich für kurze Lieferketten oder genossenschaftliche Geschäftsmodelle einsetzen, um nur einige Beispiele zu nennen, leisten einen Beitrag zu ökologischen und gesellschaftlichen Verbesserungen und sollten deshalb von uns unterstützt werden. Es muss gewährleistet werden, dass soziale und ökologische Erwägungen Vorrang vor Profiterzielung haben.

Sozialwirtschaftliche Unternehmen machen 10 % aller Unternehmen in der EU aus und erwirtschaften 8 % des BIP der EU, d. h. rund eine Billion Euro.[4]

- **Die Bürger*innen wünschen sich mehr Schutz: Wir setzen uns für ein Europa des Wohlstands mit starken Sozialstaaten ein.**

Wir stehen in der Pflicht, Menschen zu schützen, wenn sie krank werden, ihre Arbeit verlieren, mit einer Behinderung leben oder in Not geraten. Zahlreiche Studien belegen, dass leistungsfähige Sozialsysteme das Wohlergehen in der Gesellschaft fördern.[5] Wir wollen, dass sich die EU für eine nachhaltige Garantie für Kinder und ein wirksames Mindesteinkommen in allen Mitgliedstaaten einsetzt.

92,4 Millionen Menschen in der EU 27 sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht[6], etwa ein Fünftel der Bevölkerung der EU 27.[7]

- **Die Gleichstellung der Geschlechter erfordert eine tiefgreifende Umgestaltung unserer Gesellschaft auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene, die durch engagierte politische Maßnahmen gefördert werden muss.**

Wir müssen das Lohngefälle und geschlechtsspezifische Beschäftigung durch geschlechtertransformative öffentliche Dienstleistungen bekämpfen. Dies umfasst die physische und gesellschaftliche Infrastruktur, öffentliche Pflege und Gesundheitsfürsorge, öffentliche Bildung, öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, öffentliche Energie, öffentlichen Verkehr und sozialen Schutz.

Das geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle lag 2019 bei 11,7 %, wobei EU-weit 67,3 % der Frauen im Vergleich zu 79 % der Männer erwerbstätig waren (EU27-Daten).[8]

- **Eine Politik, die auf mehr als das BIP abzielt: Die öffentliche Politik muss über reine BIP-Wachstumszahlen hinausgehen und dazu dienen, den Alltag aller Bürger*innen im öffentlichen, beruflichen und privaten Leben zu verbessern.**

Ein gerechtes, progressives Steuersystem ist ein zentraler Faktor zur Bekämpfung von Ungleichheiten. Es sichert gleichzeitig ab, dass dem Staat die Mittel zur Aufrechterhaltung seines Sozialsystems zur Verfügung stehen. Durch den Übergang von einem einheitlichen Steuersatz zu progressiver Besteuerung lassen sich Einkommensungleichheiten erheblich senken. Dies hat durchaus auch positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und die Beschäftigung.[9]

Aufgrund privater Vermögenswerte, die in einem anderen Land als dem Wohnsitzland eines Haushalts verbucht werden, belaufen sich die entsprechenden geschätzten Einnahmenverluste der EU durch internationale Steuerhinterziehung auf 46 Mrd. EUR (0,32 % des BIP 2016).[10]

Eure
Wir sind
SOZIAL
UNRUHIG
ver.di JUGEND

Gender-transformative öffentliche Dienstleistungen sicherstellen

Öffentliche Dienstleistungen können durch ihre Konzipierung, Finanzierung und Umsetzung dazu beitragen, strukturelle Ursachen von Diskriminierung durch Umverteilung von Macht und Ressourcen zu bekämpfen. Zu gender-transformativen öffentlichen Dienstleistungen gehören entsprechende physische und soziale Infrastrukturen, öffentliche Pflegedienste und Gesundheitsfürsorge, öffentliche Bildung, öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, das öffentliche Energienetz, öffentlicher Verkehr und sozialer Schutz. Diese Dienstleistungen müssen für alle zugänglich und erschwinglich sein.

Vorschläge:

- **Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten durch ihre Steuerpolitik ausreichende Mittel für universelle öffentliche Dienstleistungen bereitstellen.**

- **Bei Entscheidungsprozessen, Finanzierung, Umsetzung und Überwachung von Maßnahmen müssen die Rechenschaftspflichten und Transparenzanforderungen verstärkt werden, um eine umfassende Mitwirkung von Frauenorganisationen und Gewerkschaften zu ermöglichen.**

3.6 LEISTUNGSFÄHIGE SOZIALSTAATEN

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird das politische, soziale und wirtschaftliche Leben in den europäischen Ländern durch den Wohlfahrtsstaat geprägt, der eine wesentliche Stärke unseres Kontinents darstellt und in guten wie in schwierigen Zeiten den Zusammenhalt in unseren Gesellschaften fördert. Der Wohlfahrtsstaat ist je nach den geographischen, historischen, finanz- und entwicklungspolitischen Kriterien unterschiedlich aufgebaut. Daher gibt es verschiedene Modelle, wie den skandinavischen, den kontinentaleuropäischen, den mediterranen, den osteuropäischen und den angelsächsischen Wohlfahrtsstaat. Sie alle basieren auf öffentlichen Maßnahmen, die in verschiedenen Sozialsystemen umgesetzt werden und umfassende Dienstleistungen und wirtschaftliche Mittel für ein menschenwürdiges Leben in verschiedenen Bereichen sichern. Dazu gehören soziale Sicherheit, Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wohnraum, Beschäftigung, Justiz, Sozialleistungen für besonders schutzbedürftige Gruppen, Verkehr, Abfallwirtschaft, Energieversorgung und sauberes Wasser. Alle diese öffentlichen Dienstleistungen sichern ein funktionierendes Zusammenleben in der Gesellschaft. So wie die Qualität der Gesundheitsversorgung das Wohlbefinden direkt beeinflusst, sind auch sauberes Wasser und eine hygienische Abfallentsorgung ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität.

Die Sozialsysteme bieten den Menschen Schutz vor wirtschaftlichen Unwägbarkeiten und tragen zur Reduzierung von Ungleichheiten in der Gesundheitsfürsorge, Bildung und auf dem Arbeitsmarkt bei. Sie sind ein wesentlicher Faktor für die Verhinderung von Armut und den Schutz bedürftiger Personen. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist wiederum der Schlüssel zur Förderung des Wohlergehens bei gleichzeitiger Unterstützung des Wirtschaftswachstums. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass gut funktionierende Sozialsysteme zu einem stärkeren Wohlergehen in der Gesellschaft beitragen.[79] Jede/r sollte daher ein Anrecht auf sozialen Schutz und öffentliche Dienstleistungen haben. Die Verteidigung der öffentlichen Dienste und der Rolle des Staates ist zentrales Anliegen unserer Politik. Die Covid-19-Krise hat uns in dieser Überzeugung nur noch bestärkt.

Starke öffentliche Dienstleistungen in Krisenzeiten und in ruhigen Zeiten

Die EU hatte bereits in den zurückliegenden zehn Jahren mit starken sozioökonomischen Problemen zu tun, doch die Coronavirus-Krise wirkte nun wie ein erneuerter Weckruf. Covid-19 hat nicht nur die Frage der Solidarität als Fundament unserer Union in den Blickpunkt gerückt, sondern auch gezeigt, dass starke, gut finanzierte und belastbare öffentliche Dienstleistungen keine Last, sondern eine zentrale Säule für die Stabilität und das Wohlergehen unserer Gesellschaften sind. Diese Krise hat uns erneut darin bestärkt, dass eine solidarische Gesellschaft und starke öffentliche Dienstleistungen die beste Voraussetzung sind, um die zukünftige Entwicklung zu gestalten. Wir sind entschlossen, uns mit allen Kräften für die Stärkung des Sozialstaates einzusetzen.

Bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen brauchen wir dringend einen Paradigmenwechsel. Allzu lange betrachteten die neoliberalen Kräfte öffentliche Dienstleistungen als eine Last, der es sich zu entledigen galt. Heute stellen wir fest, dass eine aufgezwungene Unternehmenskultur bei öffentlichen Dienstleistungen an ihre Grenzen stößt. Die Reduzierung von Kosten, Lagervorräten und Verwaltungsaufwand mag für Unternehmen, die etwas verkaufen, sinnvoll sein. Sie ist jedoch nicht geeignet, um einer Epidemie standzuhalten, wenn dadurch die Krankenhausbetten knapp werden, Masken für das Pflegepersonal fehlen und das Personal im Gesundheitswesen überlastet ist.

Öffentliche Dienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen müssen als Grundpfeiler unserer Gesellschaft alle erforderliche Unterstützung erhalten. Sie sichern diejenigen ab, die über keine eigenen Kapitalvermögen verfügen und sollten deshalb als Gemeingut betrachtet werden[80], d.h. sie müssen als traditionelle Dienstleistungen gestärkt bzw. erweitert werden, um zum sozialen und ökologischen Wohlergehen beizutragen.

Das Wohlergehen aller Bürger*innen kann nur durch gut funktionierende und hochwertige öffentliche Dienstleistungen gesichert werden, die von starken Staaten gestützt werden. Unsere politische Parteienfamilie wird sich entschlossen für die Verteidigung, Förderung und den Ausbau dieser Dienstleistungen einsetzen.

Vorschläge:

- Alle europäischen Länder müssen ihren Bürger*innen effiziente und wirksame soziale Sicherheitsnetze bieten. In Zeiten von Frieden und Wohlstand müssen soziale Dienste die Menschen dabei unterstützen, dass sie umfassend an der Gesellschaft teilhaben können, gleichzeitig aber auch genügend Kapazitäten vorhalten, um in einer Notsituation den Schutz jeder/s Einzelnen sicherstellen zu können.

- Jede/r Arbeitnehmer*in sollte das Recht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben, aber auch in nicht standardisierten Beschäftigungsformen müssen die Arbeitnehmer*innen unterstützt werden, wenn ihr/e Arbeit- oder Auftraggeber*innen dieTätigkeit z. B. im Fall eines Lockdowns einstellen.

- Sozialer Schutz durch neue oder bestehende Systeme sollte für alle Arbeitnehmer* innen, einschließlich Plattformarbeiter*innen, Saisonarbeiter*innen und Wanderarbeiter*innen sowie Selbstständige, bereitgestellt werden. Sie müssen im Bedarfsfall Zugang zu Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und öffentlichen Beschäftigungsprogrammen haben.

- Der europäische Wohlfahrtsstaat sollte den europäischen Bürger*innen öffentliche Dienstleistungen und wirtschaftlichen Nutzen für ein menschenwürdiges Leben in verschiedenen Bereichen garantieren, zu denen das Gesundheits-, Bildungs-und Wohnungswesen, Beschäftigung, soziale Sicherheit, Justiz und Sozialdienste gehören.

- Auch der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Verkehr, Wasser, Energie und Sanitäreinrichtungen muss gewährleistet werden. Die Privatisierung solcher Dienstleistungen hat allzu oft zu Qualitätseinbußen, Ungleichheit oder unregelmäßigem Zugang sowie zu höheren Kosten geführt. Sobald sich solche negativen Auswirkungen ergeben, muss Privatisierung vermieden oder rückgängig gemacht werden.

- Öffentliche Dienstleistungen sollten in erster Linie den Nutzer*innen zugutekommen und nicht der Kosteneinsparung dienen. Um ordnungsgemäße Betriebsabläufe zu gewährleisten, müssen ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

- Um den Zugang für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten, ist eine flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen unter Berücksichtigung lokaler Erfordernisse notwendig.

- Zur Sicherung der Finanzierung und Umsetzung sozialer Ziele und öffentlicher Dienstleistungen sollten lokale, regionale und nationale Behörden in die Planung eingebunden werden.

Erschwingliche und hochwertige Gesundheitsversorgung für alle

Gesundheits- und Sozialdienste sind als Gemeingut und für das Wohlergehen in einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Genauso wie Bildung, Kultur, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Gesundheits- und Sozialfürsorge keine beliebige Ware. Sie sind ein Recht, das nicht allein den Marktkräften unterworfen oder überlassen werden kann. Wir sind prinzipiell gegen die Kommerzialisierung von Gesundheitsdienstleistungen. Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen ist ein in Europa verankertes soziales Recht für alle Menschen und das muss auch so bleiben. Deshalb müssen wir uns weiterhin für eine universelle Gesundheitsversorgung einsetzen, insbesondere für schutzbedürftige Gruppen, u. a. Wohnungs-und Obdachlose oder Migrant*innen. Wir unterstützen eine Definition „Globaler Öffentlicher Güter“, die Gesundheits- und Sozialpflegedienste umfasst und den Mitgliedsstaaten erlaubt, alle notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der nationalen Gesundheits- und Pflegesysteme zu ergreifen. Es müssen koordinierte Maßnahmen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ergriffen werden, um das UN-Nachhaltigkeitsziel 3 „Gesundheit und Wohlergehen“ zu erreichen.

Medizinische Angestellte, Krankenpfleger*innen, Pfleger*innen und Ärzt*innen, die an vorderster Front gegen das Covid-19-Virus kämpften, wurden zu Recht als Held*innen gefeiert. Ihr Einsatz und ihre Aufopferung müssen belohnt werden. Oft sind sie und insbesondere Pflege- und Hilfskräfte jedoch unterbezahlt, unterbesetzt und mit zu wenig Ressourcen ausgestattet. In den vergangenen Jahren waren sie besonders oft von Haushaltskürzungen im Gesundheitswesen betroffen. Die Krise hat nicht nur den Mangel an Personal und Spezialist*innen in unseren Krankenhäusern aufgezeigt, sondern uns auch die langen Arbeitszeiten und widrigen Bedingungen vor Augen geführt, unter

denen sie versuchen, Menschenleben zu retten.

Als Sozialdemokrat*innen müssen wir uns dafür einsetzen, die finanzielle Situation und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen zu verbessern und die Beschäftigten zu entlasten. Dazu gehören die Begrenzung der unter normalen Bedingungen generell zulässigen Arbeitszeit im Gesundheitswesen, die Aufstockung des Personals, mehr Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für medizinisches und Pflegepersonal, Angebote für lebenslanges Lernen, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, höhere Gehälter und Maßnahmen, um die Attraktivität medizinischer Berufe für künftige Generationen zu erhöhen. Für uns ist klar, dass eine gute Ausstattung der öffentlichen Krankenhäuser mit Personal und finanziellen Mitteln sowie optimale Arbeitsbedingungen die Voraussetzung dafür sind, Gesundheitsdienstleistungen in bester Qualität zu erbringen.

Die Vorbeugung von Krankheiten und die Förderung eines gesunden Lebensstils stehen dabei zunehmend im Fokus des Gesundheitssystems. Im Zuge von Vorbeugungsmaßnahmen können die Menschen eine bessere Kontrolle über ihre Gesundheit gewinnen, gesundheitsschädliche Verhaltensweisen langfristig vermeiden und dadurch die Ausgaben für die Gesundheit im eigenen Haushalt senken. Vorbeugung ist eine wichtige Reaktion auf den Anstieg chronischer Erkrankungen in Europa. Hinzu kommt, dass sich durch präventive Maßnahmen die Lebensqualität und das Wohlbefinden fördern lassen, vor allem in einer Zeit, in der die Menschen im Durchschnitt älter werden als je zuvor. Um zahlreiche gesundheitliche Probleme wirklich in den Griff zu bekommen, muss bei den Ursachen angesetzt werden und die Förderung eines gesunden Lebensstils sowie die Prävention von Krankheiten stärker im Mittelpunkt stehen. Durch Investitionen in das Gesundheitswesen und die Gesundheitsförderung lassen sich letztendlich sowohl die Belastung der Volkswirtschaft verringern als auch die Lebensqualität der Bürger*innen erhöhen.

Neben der Bekämpfung von Krankheiten müssen auch stärker die Risiken in Betracht gezogen werden, die zu Gesundheitsproblemen führen. Bei Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit müssen daher auch die sozioökonomischen Bedingungen berücksichtigt werden, die einen gesünderen Lebensstil erschweren. Für eine wirksame und effiziente Langzeitpflege sind **integrierte Betreuungssysteme** erforderlich, bei denen die Koordination zwischen Gesundheitssystem und sozialen Dienstleistungen gut funktioniert. Die meisten schutzbedürftigen Personen, insbesondere Menschen mit Behinderungen, ältere und pflegebedürftige Menschen, benötigen sowohl Gesundheitsversorgung als auch soziale Betreuung. Deshalb müssen in diesen Bereichen Synergien geschaffen werden. Dazu müssen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten integrierte Betreuungsmodelle unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips geprüft und entwickelt werden.

Psychische Gesundheit ist eine weitere Grundvoraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen. In der EU ist mehr als jeder sechste Einwohner von psychischen Problemen, wie Depressionen oder Angstzuständen, betroffen. Menschen mit psychischen Problemen werden oft stigmatisiert und ausgegrenzt, teilweise durch die eigenen Verwandten oder Freund*innen, was zu verstärktem Alkohol- und Drogenkonsum führen kann. Neben den persönlichen Auswirkungen auf den Einzelnen stellen psychische Probleme eine zusätzliche Belastung für die Gesundheits- und Betreuungsdienste dar. Deshalb müssen umfassende Vorbeugungsmaßnahmen unternommen werden, um psychischen Problemen rechtzeitig entgegenzuwirken. Es gibt keine Gesundheit ohne psychische Gesundheit.

Vorschläge:

- Der Grundsatz des universellen Zugangs zur öffentlichen Gesundheitsversorgung muss die Richtschnur für die europäische Gesundheitspolitik sein.

- Förderung integrierter Betreuungssysteme und bessere Koordination zwischen Gesundheitsversorgung und anderen sozialen Diensten.

- Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung für medizinisches Personal sowie Stärkung der Attraktivität medizinischer Berufe.

- Die EU sollte einen neuen strategischen Rahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für die Zeit nach 2020 sowie eine Richtlinie über psychisches Wohlbefinden am Arbeitsplatz entwickeln, die darauf abzielt, arbeitsbedingte tödliche Unfälle und Berufskrankheiten so weit wie möglich zu vermeiden, aber auch Angstzustände, Depressionen und Burnout als Berufskrankheiten anerkennt.

- Zügige Entwicklung einer EU-Strategie für psychische Gesundheit mit besonderer Förderung von Prävention, Frühdiagnose, Behandlung und Entstigmatisierung psychischer Störungen.

Die SPE hat ihre Vorschläge für eine hochwertige und erschwingliche Gesundheitsversorgung für alle in einer eigenen Publikation weiterentwickelt.

Inanspruchnahme von Sozialleistungen sicherstellen

Alle europäischen Länder haben, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, mit dem Problem zu tun, dass bestehende Sozialleistungen teilweise nicht in Anspruch genommen werden.[81] Es handelt sich dabei um „Leistungen, zu denen Menschen berechtigt sind, die aber von ihnen gar nicht beantragt werden."[82] Oft betrifft dies besonders schutzbedürftige Personen. Die Gründe können unterschiedlich sein, z. B. ungenügende Informationen über die Anspruchsberechtigung oder ein zu kompliziertes, kosten- bzw. zeitaufwändiges Antragsverfahren bei ohnehin geringen Leistungen. Teilweise werden Leistungen auch aus Furcht vor Stigmatisierung nicht in Anspruch genommen.[83] Deshalb muss zur Verbesserung des sozialen Schutzes auch dafür gesorgt werden, dass berechtigte Personen ihre Leistungsansprüche wahrnehmen. Dies würde nicht nur die Leistungsempfänger*innen besser absichern, sondern auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung von Armut in der EU beitragen. Auch die langfristig höheren sozialen und wirtschaftlichen Kosten ließen sich vermeiden, wenn die Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und gesundheitlicher Fürsorge durch die bestehenden Leistungsansprüche abgedeckt wären.

Die Nichtinanspruchnahme ließe sich verringern, wenn Leistungen anhand der verfügbaren Daten ohne Antrag automatisch geprüft und bei berechtigtem Anspruch greifen würden. Für den/die Antragsteller*in würde sich der Verwaltungs- und Zeitaufwand dadurch vermeiden lassen. In den Fällen, in denen eine gesonderte Beantragung als notwendig betrachtet wird, sollten die Verfahren so einfach wie möglich gestaltet und die betreffenden Personen frühzeitig auf ihre Ansprüche hingewiesen werden.[84]

Vorschläge:

- **Die EU-Politik sollte auf eine automatische Gewährung von Sozialleistungen für berechtigte Personen hinwirken und zentrale Anlaufstellen zur Antragstellung einrichten.**

- **Die Regierungen müssen für zügige und effiziente Bearbeitungsverfahren sorgen. Dazu sollten die Möglichkeiten der Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen europaweit genutzt werden. Allerdings muss zumindest für bestimmte Personengruppen, die der IKT-Tools nicht mächtig sind, auch ein physischer Zugang möglich sein. Die zunehmende Digitalisierung darf jedoch nicht auf Kosten der Qualität der Dienstleistung gehen.**

- **Das Anrecht auf Sozialleistungen muss für die Zielgruppen und die Öffentlichkeit insgesamt transparenter und besser kommuniziert werden, damit alle über ihre Rechte gut informiert sind.**

Alternativen zu Vorbedingungen und Sanktionen für Menschen, die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind[85]

Die EU hat sich Vollbeschäftigung zum Ziel gesetzt, was bedeutet, dass jede/r, die/der arbeiten kann und möchte, in kürzester Zeit einen Arbeitsplatz finden soll. Bei diesem Vorsatz wurde jedoch oft aus den Augen verloren, welche Qualität die Arbeitsplätze aufweisen und inwieweit sie tatsächlich den Fähigkeiten und der persönlichen Situation der Arbeitssuchenden entsprechen. Oft wird auch argumentiert, die Arbeitslosenunterstützung halte die Menschen davon ab, sich um eine neue Beschäftigung zu bemühen. Die Anspruchsvoraussetzungen wurden zudem durch „Vorbedingungen" für den Erhalt von Sozialleistungen verschärft. Bei Ablehnung von Arbeitsangeboten oder nicht erfolgter Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt innerhalb eines bestimmten Zeitraums gibt es Sanktionen, wobei die Schuld der/m Einzelnen zugeschoben und die kollektive Verantwortung dafür negiert wird, qualitativ gute und nachhaltige Arbeitsplätze anzubieten, die den spezifischen Kompetenzen und persönlichen Umständen der betroffenen Personen entsprechen.[86]

Durch diesen Druck, einen Job zu finden, werden die Menschen dazu gedrängt, sich auf jede Art von Arbeitsvertrag einzulassen. Dies führt zu einer Zunahme unsicherer Kurzzeitverträge, erzwungener oder scheinbarer Selbstständigkeit, Leiharbeit, unbezahlter Praktika usw. und damit zu einer weiteren Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, vergeudeten Talenten, persönlichen Frustrationen und letztendlich zu negativen Auswirkungen auf das Wohlergehen. Die Kürzung von Sozialleistungen birgt zudem die Gefahr, dass sich insbesondere die Situation besonders schutzbedürftiger Leistungsempfänger*innen verschlimmert.

Aufgabe der Sozialsysteme ist es, den Menschen die erforderliche persönliche Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie einen qualitativ hochwertigen Arbeitsplatz finden können, der ihnen Sicherheit und soziale Rechte garantiert und persönliche und berufliche Wachstumschancen ermöglicht.

Vorschläge:

- **Aufzeigen bewährter Praktiken und Nutzung der Erfahrungen der Jugendgarantie zur individuellen Unterstützung von Arbeitssuchenden sowie Prüfung der Einführung einer grundsätzlichen „Beschäftigungsgarantie".**

- **Nutzung von Arbeitsangeboten der öffentlichen Hand für Projekte von allgemeinem Interesse, insbesondere in der Zeit nach Covid-19, sowie die Zusammenführung von Leistungen der Arbeitslosenhilfe und der Finanzierung von Projekten in der Daseinsvorsorge nach dem Beispiel der „Gebiete mit Null-Langzeitarbeitslosigkeit", wie sie von der PS Frankreich und der PS Belgien vorgeschlagen wurden.[87]**

3.7 MEHR ALS NUR PROFIT: ALTERNATIVE GESCHÄFTS- UND KONSUMMODELLE

Unternehmen und Betriebe funktionieren normalerweise nach den Regeln von Angebot und Nachfrage und sind auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Es gibt jedoch alternative Geschäftsmodelle, die soziale und ökologische Belange besser berücksichtigen und zu mehr Wohlstand für alle führen. Wo immer dies möglich ist, sollten alternative Unternehmensformen gefördert werden, damit soziale und ökologische Erwägungen Vorrang gegenüber dem Gewinnstreben haben und wir unserer kollektiven Verantwortung gerecht werden, die wir für die Auswirkungen der Unternehmenstätigkeit auf die Gesellschaft und die Umwelt insgesamt haben.

Sozialwirtschaft

In den 2015 unter luxemburgischem Vorsitz angenommenen Schlussfolgerungen des Rates „Beschäftigung und Sozialpolitik“ wurde anerkannt, dass „sozialwirtschaftliche Unternehmen […] eine nachhaltigere, lokal verankerte Wirtschaft begünstigen.“[88] Der sozialwirtschaftliche Sektor bietet in der Tat Waren und Dienstleistungen an, die dem Interesse der Allgemeinheit dienen und deren Überschüsse in erster Linie für soziale und gesellschaftliche Ziele anstatt zur Maximierung der Gewinne für Eigentümer*innen und Aktionär*innen eingesetzt werden.[89] Anders als das allgemein vorherrschende Geschäftsmodell zeichnet sich die Sozialwirtschaft dadurch aus, dass der Mensch Vorrang gegenüber dem Kapital hat. Es geht um nachhaltiges Wachstum, bei dem neben wirtschaftlichen auch gesellschaftliche Ziele, demokratische Führungsstrukturen und Eigenverantwortung angestrebt werden. Die Sozialwirtschaft hat in den letzten Jahren stetig an Bedeutung zugenommen und umfasst mittlerweile 10 % aller Unternehmen in der EU, die 8 % des BIP der EU erwirtschaften.[90]

Vorschläge:

- **Die Sozialwirtschaft hat sich in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich stark entwickelt. Zu ihrer weiteren Förderung sollte die EU einen europäischen Rechtsrahmen verabschieden, der die verschiedenen Formen der Sozialwirtschaft in Europa anerkennt und sicherstellt, dass sozialwirtschaftliche Unternehmen eine sichere Rechtsgrundlage haben und die Vorteile des Binnenmarktes und der Freizügigkeit gleichberechtigt nutzen können.**

- **Die EU sollte in ihren Finanzierungsvorschriften den Akteuren der Sozialwirtschaft den Zugang zu EU-Mitteln erleichtern. Investitionen in soziale Dienstleistungen und sozialwirtschaftliche Unternehmungen sowie deren erleichterter Zugang zu Finanzmitteln können zur Schaffung von Arbeitsplätzen, u. a. für benachteiligte Arbeitnehmer*innen, zum Wohlergehen der Bevölkerung insgesamt und zur Stärkung des Zusammenhalts beitragen.**

- **Kontrolle der Umsetzung der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe von 2014 und Unterstützung der lokalen und regionalen Verwaltungsbehörden bei der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte in öffentlichen Ausschreibungen.**

- **Flexible Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen bei Unternehmen der Sozialwirtschaft.**

Lokaler Verbrauch und kurze Kreisläufe in der Lebensmittelversorgung

Es haben sich neue Konsummuster entwickelt, bei denen die soziale und ökologische Nachhaltigkeit stärker im Vordergrund steht, wobei insbesondere lokale Produkte gegenüber importierten Erzeugnissen bevorzugt werden. Besonders deutlich zeigt sich das im Lebensmittelsektor. In letzter Zeit sind in allen EU-Ländern auf dem Land und in der Stadt kurze Versorgungsketten und lokale Lebensmittelmärkte entstanden, auf denen die Landwirt* innen ihre Erzeugnisse direkt oder nur über wenige Zwischenhändler*innen an die Verbraucher*innen verkaufen. Sie bieten damit eine Alternative zu den herkömmlichen längeren Lebensmittelketten, bei denen die Kleinbauern-und bäuerinnen oft nur eine schwache Verhandlungsposition haben und die Verbraucher*innen die Lebensmittel kaum zur/m Erzeuger*in zurückverfolgen können. Sie bieten den Landwirt*innen gerechtere Preise, die Verbraucher*innen erhalten frische und saisonale Produkte, die Umweltbelastung sinkt, während gleichzeitig die lokale Wirtschaft und der soziale Zusammenhalt auf lokaler Ebene unterstützt werden.[91]

- **Die EU sollte insbesondere durch die gemeinsame Agrarpolitik die Landwirt*innen bei der Umstellung auf nachhaltigere Produktionsmethoden und beim Klimaschutz unterstützen. Dabei sollten Öko-Produkte, Tierschutz, die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Reduzierung schädlicher Pestizide, die nachhaltige Waldbewirtschaftung und der Schutz gefährdeter Landschaften im Mittelpunkt stehen.**

- **Die EU sollte eine Strategie für den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem entwickeln, um u.a. sicherzustellen, dass EU-Mittel vollständig für den Übergang zu einem wirklich nachhaltigen Lebensmittelsystem eingesetzt werden, indem z.B. die nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft stärker unterstützt wird.**

- **Neben der Gewährleistung der Ernährungssicherheit für die EU und ihre Bürger* innen muss die Verschwendung von Lebensmitteln begrenzt werden. Mit der neuen GAP für die Zeit ab 2020 müssen daher auch Probleme wie Überproduktion und Fehlentwicklungen des Lebensmittel- und Ernährungsmarktes gelöst werden. Lebensmittel- und Ressourcenverschwendung dürfen nicht hingenommen werden, dies insbesondere da es immer noch Menschen gibt, die an Hunger leiden.**

- **Die Strategie „Vom Hof auf den Tisch" muss bei den Umweltauswirkungen der Lebensmittelverarbeitung und des Einzelhandels ansetzen. Ziel muss es sein, den Einsatz von Pestiziden und hormonaktiven Stoffen zu senken, innovative und schonende landwirtschaftliche Verfahren zu fördern und sicherzustellen, dass die für Klimaschutzmaßnahmen bereitgestellten GAP-Mittel in Höhe von bis zu 40 % auch so umgesetzt werden, wie es von der Europäischen Kommission angekündigt wurde.[92]**

- **Durch die Kreislaufwirtschaft bieten sich in der Landwirtschaft zahlreiche Möglichkeiten, um das Aufkommen an Transport, Lagerverpackung und Abfall zu senken und durch die Wiederverwertung von Ressourcen die negativen Umweltauswirkungen zu begrenzen.**

- **Die Gemeinsame Agrarpolitik sollte weniger großen Industrieunternehmen, sondern verstärkt nachhaltige Kleinerzeuger*innen und insbesondere Landwirt*innen unterstützen, die sich für nachhaltige und innovative Anbaumethoden entscheiden.**

3.8 SOZIALE INVESTITIONEN UND PROGRESSIVE BESTEUERUNG

Im Zuge der Deregulierung des Arbeitsmarktes kam es oft zu Kürzungen der Sozialausgaben, wodurch sich insbesondere für die ärmsten Bevölkerungsschichten in Europa die Unterstützung und Dienstleistungen verringerten. Es wurde weniger Geld für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die Unterstützung von Erwerbslosen bereitgestellt, wodurch sich Ungleichheiten verschärft haben. Als Sozialdemokrat*innen setzen wir uns für ein Europa der Gleichheit und Gerechtigkeit ein, indem wir Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheiten, zur Bekämpfung der Armut und zur Stärkung der Solidarität fördern. [93]

Der Schutz der sozialen Rechte und die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts erfordern Maßnahmen auf allen Ebenen der Regierung. Es sind die Städte, die lokalen und regionalen Behörden, die den Menschen und der Wirtschaft vor Ort am nächsten stehen. Sie sind daher am besten in der Lage, bestehende Ungleichheiten und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt festzustellen und entsprechend zu reagieren. Die Nähe zu den Bürger*innen und das Verständnis für ihre Bedürfnisse reichen jedoch nicht aus. Vielmehr kommt es darauf an, dass die Behörden über die notwendigen finanziellen und fachlichen Ressourcen und Kapazitäten verfügen, um eine angemessene soziale Unterstützung zu gewährleisten.

Soziale Investitionen

Sozialinvestitionen dürfen nicht länger als Belastung der öffentlichen Haushalte betrachtet werden, sondern sie sind ein produktiver Faktor, der für langfristiges Wachstum und nachhaltige Steuereinnahmen unerlässlich ist. 2013 definierte die Europäische Kommission auf Initiative des SPE-Kommissars László Andor Sozialinvestitionen als Maßnahmen, die dazu dienen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen allseitig zu unterstützen, damit sie am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können und insbesondere ihr Zugang zu Bildung, hochwertiger Kinderbetreuung, Gesundheitsfürsorge, Ausbildung, Unterstützung bei der Arbeitssuche und Rehabilitation gewährleistet ist. Die Säule der sozialen Rechte greift genau diese Forderung auf. Um Ungleichheiten zu bekämpfen, die Produktivität zu steigern und die Erwerbstätigkeit zu erhöhen, müssen soziale Investitionen auch über die typischen Investitionen in Humankapital (Bildung) hinausgehen und insbesondere zur Förderung von Kindern, Frauen, Minderheiten, Sozialwohnungen, Gesundheitsfürsorge und wirksamen öffentlichen Dienstleistungen eingesetzt werden. Obwohl in erster Linie die nationalen Regierungen für starke Wohlfahrtsgesellschaften verantwortlich sind, kann die Europäische Union geeignete Rahmenbedingungen für starke Sozialstaaten und wirksame öffentliche Dienstleistungen schaffen, mit denen der Zugang zu Sozialwohnungen, medizinischer Versorgung und grundlegenden Dienstleistungen sichergestellt ist.

Bei der Bewertung haushaltspolitischer und sozialer Ziele in den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters werden jedoch nur die Kosten des sozialen Fortschritts berücksichtigt. Hier ist ein Paradigmenwechsel erforderlich und soziale Investitionen müssen endlich fester Bestandteil des politischen Instrumentariums der EU werden.

Vorschläge:

- **Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) muss dahingehend überarbeitet werden, dass öffentliche Investitionen aus der Berechnung des Haushaltsdefizits herausgenommen werden, insbesondere Investitionen zur Stärkung des Humankapitals wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und Qualifizierung, aber auch zur Unterstützung von Sozialversicherungssystemen, erschwinglichem Wohnraum, Sozialdienstleistungen und Gesundheitsfürsorge.**

- **Zur Umsetzung einer fortschrittlichen Sozialpolitik benötigen die Mitgliedstaaten Flexibilität in ihrer Steuerpolitik.**

- **Bei der Planung, Einteilung und Verwendung der Ausgaben für soziale Investitionen muss sichergestellt werden, dass sie zur Gleichstellung der Geschlechter und der Verwirklichung der Frauenrechte beitragen.**

Progressive Besteuerung

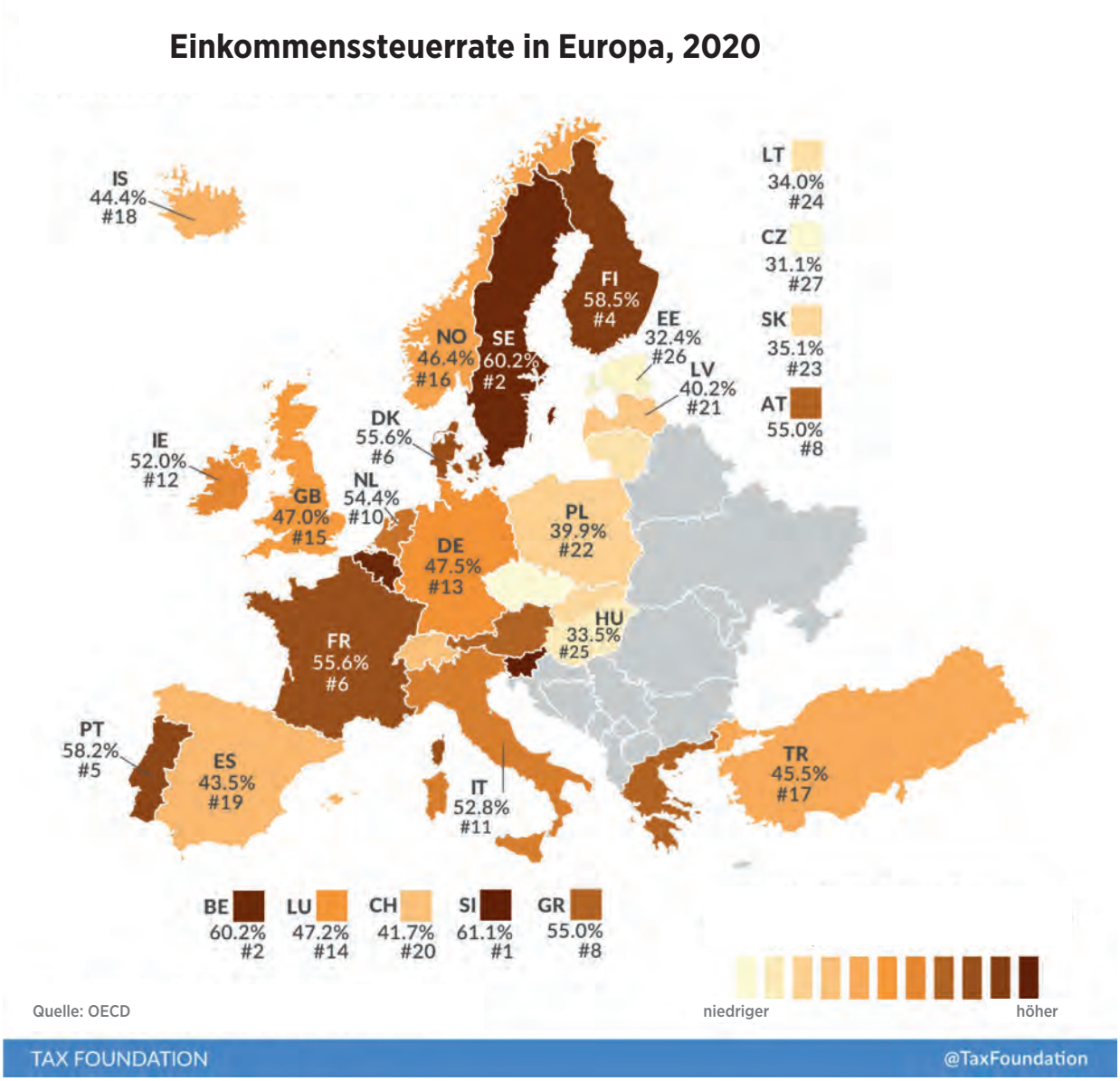
Ein gerechtes und progressives Steuersystem ist die Grundvoraussetzung, um Ungleichheiten zu bekämpfen[94] und dem Staat die Mittel zur Aufrechterhaltung seines Sozialsystems zu sichern. Ziel ist die Umverteilung wirtschaftlicher Gewinne auf die Gesamtbevölkerung. Dazu müssen die Steuersysteme modernisiert werden, um dem technologischen Fortschritt in der Produktion und den Dienstleistungen sowie der zunehmenden Digitalisierung von Unternehmensabläufen Rechnung zu tragen.

Auch die Wertschöpfung verändert sich und beruht zunehmend auf Kapitalinvestitionen. Dies muss bei der Steuerpolitik berücksichtigt werden, die sich immer noch hauptsächlich an der Arbeitsleistung orientiert. Produktivitätsgewinne sollten zum allgemeinen Wohlstand beitragen, auch wenn sie durch Maschinen erzielt werden. Die Steuerpolitik muss an die neuen Wertschöpfungsquellen angepasst werden. Dazu gehören auch Gewinne, die durch von Nutzer*innen zur Verfügung gestellte Daten oder Automatisierung zustande kommen. Obwohl dies weitgehend nicht in die Zuständigkeit der EU fällt, könnten die europäischen Institutionen durch ihre länderspezifischen Empfehlungen spezifische Maßnahmen oder Orientierungen für die Steuerpolitik fördern.

Vorschläge:

- **Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zur höheren Besteuerung von Kapitalgewinnen durch Angleichung an die für Arbeitseinkommen geltenden Steuersätze, z. B. durch eine Steuer auf Roboter und künstliche Intelligenz oder auf Dividenden und Aktienoptionen. Kurzfristige Kapitalerträge sollten höher besteuert und mit gezielten Steuererleichterungen sollten Anreize für Investitionen in nachhaltige Produktionsformen geschaffen werden.[95]**
- **Die Einkommensteuerprogressivität sollte zusammen mit einer progressiven Grundsteuer auf der Grundlage aktueller Immobilienbewertungen erhöht werden.[96]**
- **Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer mit einer teilweisen Zuweisung an den EU-Haushalt.**
- **Von Modellen, die vor allem Frauen davon abhalten eine Arbeit aufzunehmen, ist abzuraten.**
- **Wirksamere Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, u. a. durch Schließung aller Steuerschlupflöcher. Gewinnverlagerungen müssen durch einen automatischen Informationsaustausch und die Einrichtung von Registern der Unternehmen und wirtschaftlichen Eigentümer*innen verhindert werden.**
- **Einführung eines effektiven Mindestsatzes und einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für Körperschaftssteuern in Europa durch neue EU-Rechtsvorschriften.**
- **Dringende Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer.**
- **Modernisierung der Steuersysteme unter Berücksichtigung digitaler Wirtschaftsaktivitäten.**
- **Die SPE erarbeitet derzeit ein spezifisches Dokument über Maßnahmen zur progressiven Besteuerung.**

Einkommenssteuerrate in Europa, 2020



3.9 EIN RECHT AUF DIE NATUR

Die Natur ist die Grundlage für die Gesundheit und das Wohlergehen der europäischen Bevölkerung. Saubere Luft, sauberes Wasser und saubere Lebensmittel bilden unsere Lebensgrundlage, die natürliche Umwelt bietet Raum für Erholung, Entspannung und sozialen Austausch, und Rohstoffe sind die Grundlage unserer Produktionssysteme[97]. Trotzdem ist die Umweltverschmutzung mit ihren Auswirkungen im Haushalt, der Arbeit oder im Freien immer noch die Ursache für 13 % aller Todesfälle in der EU.[98] Der Klimawandel wirkt sich zudem negativ auf bestimmte Faktoren aus, die für die öffentliche Gesundheit maßgeblich sind. Dazu gehören saubere Luft, sicheres Trinkwasser, ausreichende Nahrung und Unterkunft.

Angesichts der dringend gebotenen Maßnahmen zum Schutz der Natur und zur Milderung des Klimawandels hat sich die EU zu dem übergeordneten Ziel „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“ verpflichtet.[99] Eine Politik, die auf das Wohlergehen der Menschen ausgerichtet ist, darf nicht nur die heutigen Generationen im Blick haben, sondern muss auch dafür sorgen, dass künftige Generationen die gleichen oder bessere Chancen auf ein gutes Lebensumfeld haben. Unsere Zukunft und die unserer Kinder sowie vieler zukünftiger Generationen hängt davon ab, wie wir heute handeln.

Die Umwelt- und Klimapolitik der EU hat zahlreiche Fortschritte erzielt, aber es gibt immer noch erhebliche Probleme, die sich möglicherweise noch verschärfen könnten.[100] Das Naturkapital, das sich u. a. aus den natürlichen Ressourcen, der Bodenbedeckung, Artenvielfalt und den verschiedenen Ökosystemen und Ökosystemleistungen wie den Meeren, Wäldern, Böden und der Atmosphäre zusammensetzt, ist nicht unbegrenzt und muss daher geschützt werden.

Es gibt bereits bedenkliche Anzeichen, die auf den Klimawandel und die Bedrohung der Artenvielfalt zurückzuführen sind. Die SPE hat mit ihrer Broschüre „Gerechter Strukturwandel“ (2018)[101] bereits eine Reihe ehrgeiziger politischer Vorschläge unterbreitet und bereitet derzeit eine spezielle Veröffentlichung zur Kreislaufwirtschaft vor. Die folgenden Vorschläge ergänzen diese Veröffentlichungen.

Die Natur ist Teil unserer Gesundheitsagenda

Umweltverschmutzung wird mit einer Reihe von Krankheiten in Verbindung gebracht, darunter Krebs, Herzerkrankungen, Schlaganfall, Atemwegserkrankungen und neurologische Störungen. Es ist bekannt, dass Luftverschmutzung und hohe Temperaturen zu einer erhöhten Sterblichkeit führen. Insbesondere in den Städten sind die Menschen einer stärkeren Luftverschmutzung, Lärm und Chemikalien ausgesetzt und es stehen ihnen weniger Grünflächen als in ländlichen Gebieten zur Verfügung.

In den letzten Jahren waren Gemeinden in ganz Europa von extremen klimatischen Bedingungen betroffen, die zu einer höheren Schadstoffbelastung in der Luft, Dürreperioden, Problemen für die Landwirtschaft und letztlich auch zu vorzeitigen Todesfällen führten. Gerade in den ärmeren Regionen Europas sind viele Menschen einer hohen Luftverschmutzung und Lärmbelastung sowie erhöhten Temperaturen ausgesetzt, wodurch sich die bereits bestehenden gesundheitlichen Ungleichheiten noch verschärft haben.[102]

Wir müssen daher die Umwelt- und Klimapolitik als zentrales Instrument zum Schutz der öffentlichen Gesundheit in der gesamten EU und darüber hinaus entschlossen einsetzen. Der Europäische Grüne Deal ist das zentrale Instrument zur Bewältigung dieser Bedrohungen. Er muss unterstützt werden, um die Gesundheit und Lebensqualität der europäischen Bürger*innen zu verbessern.

- **Wir müssen strengere Maßnahmen gegen Luftverschmutzung und zur Sicherung einer guten Luftqualität ergreifen. Dies setzt voraus, dass die Emissionen aus dem Verkehr und der Energieerzeugung verringert und gleichzeitig die Qualitätsstandards für Luft, Wasser und Boden in der gesamten EU angehoben werden, insbesondere durch spezielle Null-Schadstoff-Aktionspläne für Luft, Wasser und Boden, wie sie im Vorschlag der Europäischen Kommission für eine schadstofffreie Umwelt vorgesehen sind.**

- **Die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ spielt eine wichtige Rolle, um die Produktion von Lebensmitteln und das Konsumverhalten auf eine gesündere Grundlage zu stellen. Eine gute Ernährung ist die beste Voraussetzung zur Vorbeugung von Krankheiten und trägt langfristig zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit bei.**

- **Die Europäische Union muss den Einsatz von chemischen Pestiziden, Düngemitteln und Antibiotika in der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion reduzieren und gesunde, erschwingliche Lebensmittel für alle fördern.**

- **Die EU braucht eine Strategie für nachhaltige Chemikalien, um die Auswirkungen von Chemikalien auf die Umwelt und die Verbraucher*innen wirksam zu bekämpfen.**

Das Recht auf Natur setzt auch Rechte der Natur voraus

Gesunde Ökosysteme, ein besserer Schutz und die Wiederherstellung von Naturwäldern und Meeresgebieten spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, den Klimawandel zu bekämpfen und den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten.[103] Dies steht auch in direktem Zusammenhang mit unserem eigenen Wohlergehen. Naturräume fungieren als natürliche Kohlenstoffspeicher, sie dienen dem Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Sicherung von Kühlkapazitäten oder zur Regeneration natürlicher Ressourcen. Sie tragen zur Minderung des Klimawandels bei und sichern umfangreiche Ökosystemleistungen. Der Aufenthalt in der Natur führt zu einem positiven Lebensgefühl und trägt zum Abbau von Stress bei. Dadurch kommt es zu weniger psychischen Problemen, die Zahl der durch Luftverschmutzung verursachten Todesfälle sinkt und die allgemeine Lebensqualität steigt. Der Zugang zur Natur ist für alle Menschen von Vorteil, unabhängig von ihrem Alter oder sozioökonomischen Status, und muss daher bei allen politischen Maßnahmen im Bereich der städtischen Raumplanung und regionalen Entwicklung berücksichtigt werden.[104]

Grünflächen sind nicht nur für die Freizeitgestaltung wichtig, sondern haben insgesamt einen positiven Effekt auf das Wohlbefinden[105] und die Gesundheit der Bürger*innen. In Gebieten, die in der Nähe zu Naturräumen liegen, treten weniger Atemwegserkrankungen und psychische Gesundheitsprobleme auf.[106] Inwieweit für die Bevölkerung Grünflächen zur Verfügung stehen, hängt jedoch oft von den konkreten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Bürger*innen in den jeweiligen Mitgliedstaaten ab und ist deshalb auch ein Thema bei der Überwindung bestehender Ungleichheiten.[107]

Als Länder auf der ganzen Welt Lockdowns verhängten, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen, wurden plötzlich Spielplätze, Parks und Wanderwege gesperrt und die Freizeitgestaltung im Freien eingeschränkt. Vielen Europäer*innen wurde dabei erst recht bewusst, wie wichtig der Aufenthalt im Freien und vorhandene Grünflächen in den Großstädten für ihr eigenes Wohlbefinden sind.

Vorschläge:

- Die OECD-Indikatoren für Naturkapital[108] könnten besser überwacht und die Auswirkungen der EU-Politik auf derselben Grundlage bewertet werden.

- Wasser und sanitäre Einrichtungen sind öffentliche Güter, zu denen alle Europäer* innen auf dem Land und in der Stadt Zugang haben müssen.

- Umsetzung von Maßnahmen gegen die Versiegelung von Böden, Kontrolle des für die natürliche Vegetation zur Verfügung stehenden Flächenanteils und Begrünung künstlicher Bodenbedeckung vor allem in den Städten.

- Strategische und integrative Maßnahmen zur Stadterneuerung können genutzt werden, um Ungleichheiten beim Zugang zu Naturflächen abzubauen und ein widerstandsfähiges städtisches Umfeld für alle zu fördern.

- Umweltauflagen müssen in die Rahmenregelungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds aufgenommen werden, sodass alle Projekte zum Schutz unserer Umwelt beitragen und den Zugang zur Natur verbessern.

- Erhöhung der Anzahl und Qualität der Schutzgebiete auf dem Kontinent und im Meer, um die biologische Vielfalt zu sichern und die natürliche Kohlenstoffbindung zu erhöhen.

- Auf regionaler und nationaler Ebene müssen die Bauvorschriften und das Verkehrsmanagement so angepasst werden, dass Grünflächen in Mindestabständen vorhanden sind und eine geringe Lärm- und Luftverschmutzung für alle Bürger*innen insbesondere in Gebieten mit mangelnden Grünflächen gewährleistet ist.

- Weitere Förderung im Einklang mit der SPE-Agenda für nachhaltige Städte bei gleichzeitiger Unterstützung der ländlichen Entwicklung.

Förderung einer nachhaltigeren Lebensweise in Europa

Wir müssen die Art und Weise, wie wir leben, grundlegend verändern. Einzelne Schritte zur Änderung von Technologien oder Produktionsprozessen reichen nicht aus. Wir müssen unsere Bemühungen zur Veränderung von Verhaltensmustern auf allen Ebenen ausbauen und beschleunigen, um unser Konsumverhalten und unseren Lebensstil grundlegend zu ändern. Nachhaltigkeit muss zum Leitbild aller politischen Maßnahmen in der Gesellschaft werden. Zum Schutz der Umwelt und der Menschen sind strengere Vorschriften zur Kontrolle und Begrenzung von Verschmutzung und Abfällen erforderlich.

Vorschläge:

- Die Kontamination durch Plastik, insbesondere der Ozeane, Seen und Flüsse, muss gestoppt werden. Wir unterstützen das Verbot von Einwegplastik und werden uns für Maßnahmen zur weltweiten Reduzierung des Einsatzes von Plastik einsetzen. Ein solches Verbot sollte auch für Mikroplastik gelten, das sowohl für die Umwelt als auch für den Menschen eine Gefahr darstellt.

- Förderung und Unterstützung der Übergangsinitiativen „Transition Towns“ als Gemeinschaftsprojekte, die auf eine stärkere Selbstversorgung abzielen, um die möglichen Auswirkungen des Klimawandels und der wirtschaftlichen Instabilität zu verringern. Dies erfolgt über die Förderung erneuerbarer Energien, Änderungen im Lebensstil, den Bau von Gemeindewohnungen, alternative lokale Währungen, „Repair Cafés“ und Gemeinderestaurants, die Lebensmittel verwenden, die ansonsten in der Mülltonne landen würden. [109]

- Förderung neuer sozialer Praktiken, Technologien und Geschäftsmodelle. Im Bereich des städtischen Verkehrsmanagements müssen neue intelligente, multimodale Ansätze im öffentlichen Verkehrswesen gefördert werden. Dazu gehören auch die gemeinsame Nutzung von Fahrrädern oder ggf. Carsharing. Bei diesen Angeboten geht es nicht nur um die Änderung von Verhaltensweisen, sondern auch um die Erprobung neuer Geschäftsmodelle und Technologien (z. B. elektronische Buchungsverfahren, GPS-Systeme, intelligente Fahrzeuge).

- Förderung des Wissensaustauschs, um Basisinitiativen und soziale Innovationen zu unterstützen und Unsicherheiten bei der Umstellung auf neue Technologien und Praktiken zu überwinden.

- Damit die Verbraucher*innen nachhaltige Entscheidungen treffen können, müssen Umweltkennzeichnungen besser reguliert werden. Umweltetiketten, auf denen die Hersteller*innen gegenüber den Verbraucher*innen „falsche ökologische Ansprüche“ geltend machen wollen, müssen untersagt werden. Von unabhängigen Stellen zertifizierte Umweltkennzeichnungen müssen hingegen alle relevanten ökologischen Daten zum jeweiligen Produkt enthalten, damit die Verbraucher*innen nachhaltige Entscheidungen treffen können.

- Methoden zum geplanten Verschleiß müssen bekämpft und bestraft werden.

- In der Zukunft wird sich eine echte Kreislaufwirtschaft durchsetzen, die sich durch einen drastischen Rückgang des Abfallaufkommens und Ressourcenverbrauchs, die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien und eine Abkehr von der linearen Logik „Produktion-Verbrauch-Abfall“ zugunsten von Wiederverwendung, Recycling und Neuaufbereitung auszeichnet. Die Europäische Kommission hat ihren Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft 2.0 auf den Weg gebracht, und die SPE hat in ihrer Broschüre zur Kreislaufwirtschaft weitere ergänzende Maßnahmen vorgeschlagen. Die Kreislaufwirtschaft wird einen starken positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Stabilität, nachhaltiges Wachstum und den Umwelt- und Verbraucherschutz haben.

3.10 DEMOKRATIE: ERWEITERUNG DER INDIVIDUELLEN RECHTE DURCH KOLLEKTIVES HANDELN

Die Möglichkeit, Entscheidungen für sich selbst treffen zu können, ist ein wesentlicher Faktor für Wohlbefinden und Emanzipation. Neben dem Schutz des Rechtsstaats, der Verteidigung von Meinungsfreiheit und Säkularismus ist unser fester Glaube an die Demokratie stets Ansporn für unser politisches Handeln und der Grund gewesen, weshalb wir uns für das allgemeine Wahlrecht eingesetzt hatten. Von diesem Glauben lassen wir uns auch in unserem Streben nach modernen politischen Systemen leiten, die die Bürger*innen umfassend vertreten, einbeziehen und schützen können.[110] Wir wollen erreichen, dass die Demokratie für die Bürger*innen wieder auf allen Ebenen funktioniert, sei es am Arbeitsplatz, durch freiwilliges Engagement oder durch Mitbestimmung bei den für den Alltag relevanten Entscheidungen.

Demokratie am Arbeitsplatz

Arbeit ist mehr als nur eine Einkommensquelle. Angesichts der Tatsache, dass die Menschen den größten Teil ihres Lebens auf der Arbeit verbringen, ist die Qualität des Arbeitsumfelds ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden. Darüber hinaus trägt die Arbeit wesentlich zur persönlichen und sozialen Identität eines Erwachsenen bei. Der Arbeitsplatz bietet materielle Absicherung, ist aber auch ein bedeutender Faktor für das subjektive Wohlbefinden, da Menschen über die Arbeit soziale Kontakte knüpfen, miteinander kommunizieren und sich weiterentwickeln.

Durch Unternehmensmodelle, bei denen es allein um kurzfristige Gewinne und Rendite für die Aktionär*innen anstatt um langfristige Nachhaltigkeit geht, hat sich die Distanz zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen vergrößert. Der Aufstieg globaler Konzerne hat zu starken Machtverschiebungen zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen geführt. Es müssen daher gerechtere Management-Modelle für europäische Unternehmen entwickelt werden, bei denen demokratische Grundsätze in der Unternehmensführung wieder verstärkt zur Geltung kommen. So könnte die Position der Arbeitnehmer*innen beispielsweise durch umfassendere Mitspracherechte bei unternehmerischen Entscheidungen gestärkt werden.

Beschäftigungsverhältnisse mit Arbeitnehmerbeteiligung, wobei Arbeitnehmer*innen gleichzeitig Unternehmenseigentümer*innen sind, sollten in Europa weiter gefördert werden. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise rechnen mehrere nationale Genossenschaftsverbände mit einer Zunahme von Unternehmensübertragungen an Arbeitnehmer*innen in Form von Genossenschaften. Obwohl die Unternehmensübernahme durch die Belegschaft eine recht komplizierte Angelegenheit ist, hat sie sich für Arbeitnehmer*innen als probates Mittel erwiesen, um ihre Arbeitsplätze zu retten und angestammtes Know-how zu erhalten.

Durch die Organisation, Mobilisierung und Vertretung über Gewerkschaften können Arbeitnehmer*innen ihre Anliegen und Erwartungen zur Sprache bringen und mit Arbeitgeber*innen und Institutionen verhandeln. So wie sich nationale Traditionen unterscheiden, variieren auch die Tätigkeit, Reichweite und Mitgliederzahlen der Gewerkschaften innerhalb der EU. In vielen Ländern sind die Mitgliederzahlen rückläufig, was darauf zurückzuführen ist, dass es weniger Arbeitsplätze in traditionell gewerkschaftlich organisierten Bereichen gibt, wogegen nicht-traditionelle Arbeitsformen zugenommen haben. Hinzu kommt, dass die Rolle der Gewerkschaften im Zuge beschäftigungspolitischer Maßnahmen zunehmend ausgehöhlt wurde.[111] Wie der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) immer wieder betont, tragen eine stärkere gewerkschaftliche Vertretung und Tarifverhandlungen wesentlich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei. Obwohl die EU in diesem Bereich nur über begrenzte Kompetenzen verfügt, kann sie die gewerkschaftliche Organisation auf verschiedene Weise fördern, beispielsweise durch Stärkung des sozialen Dialogs und den Schutz der Unabhängigkeit der Sozialpartner*innen und deren Vereinbarungen.

Vorschläge:

- Die EU sollte die Grundsätze und Regeln der Mitbestimmung sowie die Beteiligung der Arbeitnehmer*innen an Unternehmensentscheidungen unterstützen. Dazu gehören ordnungsgemäße Anhörungen bei grenzüberschreitenden Verlagerungen, Spaltungen und Zusammenschlüssen von Unternehmensteilen, steuerpolitische Transparenz und der „Territoriale Dialog".

- Die EU sollte eine Partnerschaft für Tarifverhandlungen einrichten, um entsprechende Empfehlungen des Rates vorzubereiten und schließlich eine Rahmenrichtlinie für Tarifverhandlungen auf den Weg zu bringen. Eine solche Richtlinie sollte eine klare Klausel enthalten, die Rückschritte gegenüber den tariflichen Vereinbarungen untersagt. Gleichzeitig muss sie die Unabhängigkeit der Sozialpartner*innen und ihr Recht auf den Abschluss von Tarifverträgen und jegliche Maßnahmen des Arbeitskampfes gewährleisten.[112]

- Die Arbeitnehmer*innen sollten in den Vorständen der Unternehmen vertreten sein, Formen der Beteiligung am Management sollten gefördert werden.[113]

- Stärkung der Arbeitnehmerbeteiligung, insbesondere durch Unternehmensübernahme durch die Arbeitnehmer*innen und umfassendere Anhörungsrechte bei Umstrukturierungsmaßnahmen.

- Überarbeitung der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte zwecks Stärkung der Arbeitnehmer*innenbeteiligung an den Entscheidungsprozessen und europaweiten Tarifverhandlungen durch den Vorschlag, dass die Richtlinie auch für transnationale Unternehmen mit weniger als 1.000 Beschäftigten gelten soll.

- Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie über die Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen.

- Die EU sollte die im Rahmen des europäischen sozialen Dialogs geschlossenen Vereinbarungen, wie die beiden Tarifverträge über aktives Altern und den Schutz von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz im Friseurgewerbe, weiterverfolgen und ihre Umsetzung sicherstellen. Sie sollte auch den Abschluss weiterer Vereinbarungen zwischen den europäischen Sozialpartner*innen anregen.

Engagement der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft bietet den Bürger*innen über Jugendorganisationen, Gewerkschaften, Sport- und Kulturvereine, Naturschutzverbände und andere Einrichtungen einen Raum, um Kontakte zu knüpfen, sich auszutauschen, über Initiativen und Vorschläge zu diskutieren oder auf lokaler, nationaler bzw. europäischer Ebene einen Beitrag zu ihrer Gemeinschaft zu leisten. Freiwillige Tätigkeiten, Vereinsmitgliedschaften oder lokales Engagement tragen somit dazu bei, dass sich jede/r Einzelne als Teil eines größeren Kollektivs verwirklichen kann.

In vielen Ländern spielen auch NRO eine wichtige Rolle, um die Transparenz, Kontrolle und demokratische Beteiligung der Bürger*innen an öffentlichen Angelegenheiten sicherzustellen. Die Zivilgesellschaft bietet den Bürger*innen somit zusätzlich zu den Wahlen weitere alternative Möglichkeiten, um sich in die Gemeinschaft einzubringen[114].

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind bereits in vielen Bereichen aktiv und greifen zunehmend Aspekte des politischen Geschehens in ihrer Arbeit auf. Sie können so dazu beitragen, der Entfremdung zwischen den Bürger*innen und demokratischer Vertretung bzw. politischen Prozessen entgegenzuwirken.

Vorschläge:

- NRO sind als unabhängige Einrichtungen anzuerkennen. Sie müssen ihre Ziele, Entscheidungen und Tätigkeiten frei bestimmen können.[115]

- Lokale und regionale Behörden, Sozialpartner*innen, zivilgesellschaftliche und Nichtregierungsorganisationen müssen bei der demokratischen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens eine wichtige Rolle übernehmen.

- Die Bildung und Entwicklung junger Menschen müssen wir auch außerhalb der formellen Bildungswege, z. B. in Form von freiwilliger Arbeit, unterstützen.

- Einige SPE-Mitgliedsparteien (z. B. die Parti Socialiste) legen ihren Mitgliedern nahe, sich neben ihrer politischen Tätigkeit auch in anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu engagieren. Solche Praktiken sollten auch von anderen Parteien in unserer Familie aufgegriffen werden.

- Wir müssen sicherstellen, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft und NRO über eine ausreichende finanzielle Ausstattung verfügen, um ihre Arbeit auch langfristig durchführen zu können. Gleichzeitig müssen Verantwortung, Transparenz und Rechenschaftspflicht im Umgang mit den öffentlichen Geldern gewährleistet sein.

- Wir plädieren für transparente Entscheidungsprozesse, in die auch Behörden, Institutionen, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft zur Förderung einer konstruktiven Zusammenarbeit eingebunden werden.

- Maßnahmen zur Unterstützung von Gemeinschaftsinitiativen und gemeinnützigen Organisationen müssen insbesondere bei Kultur- und Sportveranstaltungen so konzipiert sein, dass sie sich an alle Generationen richten. Dadurch lassen sich Brücken bauen, die über eine Zugehörigkeit zu Geschlecht, Ethnie, Klasse oder die sexuelle Orientierung hinausgehen, um die Werte der Toleranz und Integration in unseren Gesellschaften umzusetzen.

Bürgerschaftliches Engagement für demokratische Prozesse

Neben vielen anderen Aspekten wird das Wohlergehen der Menschen auch dadurch bestimmt, inwieweit die Bürger*innen die Möglichkeit haben, auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen, wie transparent Entscheidungsprozesse sind und wie stark das Gemeinschaftsgefühl ausgeprägt ist. Die Bürger*innen und die Organisationen der Zivilgesellschaft sollten sich ungehindert organisieren, beteiligen und kommunizieren können. Der Zugang zu öffentlichen Räumen sollte für Frauen und Minderheiten erleichtert werden. Wenn sich Menschen Gehör verschaffen und an öffentlichen Debatten teilhaben können, wird das Selbstwertgefühl gestärkt und das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen wächst. Dies wirkt sich wiederum positiv auf die Lebenszufriedenheit aus. [116]

Zunehmende Ungleichheiten und technische, demografische sowie ökologische Veränderungen führen bei vielen EU-Bürger*innen zu Ängsten und Frustration. Daraus erwächst oft Skepsis, ob die demokratisch gewählten Institutionen die Ereignisse unter Kontrolle haben bzw. diese positiv beeinflussen können. Diese Skepsis führt oft dazu, dass radikale, populistische, systemfeindliche, sexistische und zunehmend antidemokratische Parteien an Stimmen gewinnen, was den Zusammenhalt unserer Gesellschaften und unsere Demokratien gefährdet.
Die Zunahme von Hass und spaltenden politischen Kräften in einigen EU-Ländern ist eine Gefahr für unsere Demokratien und führt zu Ungleichheiten und Diskriminierung von Randgruppen, einschließlich ethnischer und religiöser Minderheiten, LGBTI-Personen und Menschen mit Behinderungen. Wir müssen sicherstellen, dass die Demokratie allen und nicht nur den Mächtigen dient.

Bei den Wahlen kommt es auch auf die Teilnahme der jüngeren Menschen an. Die Auswertungen der letzten Europawahlen zeigen einen starken Rückgang bei der Wahlbeteiligung junger Menschen. Das heißt jedoch nicht, dass sich die jüngeren Generationen nicht engagieren wollen. Dennoch weitet sich die Kluft gerade zwischen der ältesten und der jüngsten Generation hinsichtlich der Wahlbeteiligung weiter aus. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, wenn wir die Stabilität unserer Demokratien über Generationen hinweg langfristig sichern wollen. In manchen Gebieten der Europäischen Union, insbesondere in Großstädten, ist ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht stimmberechtigt und vom demokratischen Prozess ausgeschlossen, weil sie weder Staatsangehörige noch EU-Bürger*innen sind. Wir müssen deshalb über die demokratische Beteiligung von Drittstaatsangehörigen nachdenken und ihnen das Recht einräumen, an den Entscheidungen über ihr tägliches Leben, insbesondere auf lokaler Ebene, mitzuwirken.

Nachhaltiges Wohlergehen für alle Bürger*innen lässt sich nur erreichen, wenn sich die Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen mit dem demokratischen System identifizieren, sich regelmäßig an den Entscheidungsprozessen beteiligen und mit den politischen Vertreter*innen in Kontakt treten können. Gerade auf lokaler Ebene ist es wichtig, dass die Bürger*innen auf Entscheidungen und Umsetzungsmethoden einen direkten Einfluss ausüben können.

Bürger*innenbeteiligung, öffentliche Rechenschaftspflicht und Transparenz sind nicht voneinander zu trennen. Bessere Transparenz erleichtert die Rechenschaftspflichten und bietet dadurch auch mehr Chancen für eine breitere Bürger*innenbeteiligung. Demokratie wird dann zu einem fortlaufenden Prozess und ist nicht allein auf den Gang zur Wahlurne beschränkt.

ET ENGLISH
DÉMOCRATE
MEME PAS

Vorschläge:

- Die Bürger*innen sollten mehr Möglichkeiten haben, im gesamten Verlauf von Entscheidungsprozessen ihre Meinungen über ein öffentlich zugängliches Format kundzutun. Wir wollen die Anhörungen und Konsultationen in den EU-Institutionen verbessern und sie den Menschen näherbringen, damit sich jede/r, unabhängig von ihrem/seinem Wohnsitz in der EU, einbringen kann.

- Die EU sollte auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon Mindeststandards für den Bürger*innendialog auf EU-Ebene vorschlagen, und die partizipative Demokratie muss auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene gestärkt werden.

- Die EU könnte ein mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattetes Pilotprojekt für einen Bürger*innenhaushalt auf EU-Ebene entwickeln.

- Wir wollen mit wirksamen politischen Maßnahmen die Integration und Beteiligung von Drittstaatsangehörigen fördern. Dies sollte auch ein Wahlrecht für Drittstaatsangehörige bei Kommunalwahlen beinhalten, so dass sie auf die ihren Alltag betreffenden Entscheidungen Einfluss nehmen können.

- Neben der repräsentativen Demokratie sind alternative Beteiligungsmöglichkeiten zu prüfen, um die Bürger*innen auch über die gesamte Legislaturperiode einzubinden. Bürger*innenversammlungen, nach dem Zufallsprinzip zusammengestellte Bürger*innenforen und Bürger*innenhaushalte sollten häufiger genutzt und weiterentwickelt werden, um die Tätigkeit der gewählten Gremien auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung zu ergänzen.

- Um die Beteiligung und Vertretung junger Menschen in der Politik zu fördern und sie in die Entscheidungsprozesse einzubinden, unterstützen wir Maßnahmen zur verstärkten Einbeziehung junger Menschen und insbesondere von Frauen im politischen und öffentlichen Leben. Die Einrichtung von Kinder- und Jugendversammlungen sollte gefördert werden, um bürgerschaftliches Engagement bereits in jungen Jahren zu unterstützen. Wir plädieren auch dafür, mehr junge Kandidat*innen für Wahlmandate vorzuschlagen und auf den Wahllisten der Parteien zu nominieren.[117]

- Alle Staats- und Regierungschefs der EU sollten hasserfüllte und spaltende Rhetorik in ihren Parteien und Ämtern aktiv verhindern, sanktionieren und beseitigen. Die jüngsten Verstöße gegen die Rechte von LGBTI-Personen in Europa zeigen, dass die Mitgliedstaaten und die EU die Menschenrechte von LGBTI-Personen unbedingt schützen müssen. Die lang erwartete Annahme der Antidiskriminierungsrichtlinie wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung, ebenso wie die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe in allen EU-Mitgliedstaaten.

4 DAS WOHLERGEHEN ALS ZENTRALES ZIEL DER EU: EIN NEUER ANSATZ IN DER REGIERUNGSFÜHRUNG

Covid-19 löste eine Krise aus, die Regierungen auf der ganzen Welt dazu zwang, außergewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen, die noch wenige Wochen zuvor undenkbar gewesen wären. Nach dieser Krise wird es nicht mehr möglich sein, so weiterzumachen wie zuvor. Wenn die EU mehr als nur ein Markt sein und in den Augen der Bürger*innen ihre Bedeutung als ein Projekt der Solidarität behalten möchte, das allen Fortschritte bringt, dann muss sie sich neue Prioritäten setzen. Als Sozialdemokrat*innen sind wir überzeugt, dass wir diese **Herausforderung meistern können, wenn wir das Wohlergehen in den Mittelpunkt der EU-Politik stellen.**

Dies bedeutet, dass viele politische Ansätze geändert und die Regierungsführung der EU zum großen Teil überarbeitet werden muss. Die Herausforderung ist zwar groß, aber wir sehen auch, dass sowohl die Säule der sozialen Rechte als auch die UNNachhaltigkeitsziele bereits eine starke Grundlage bilden, bei der wir als Parteienfamilie ansetzen können, um unsere Werte und politischen Vorschläge auf die EU-Agenda zu setzen. Das Thema Wohlergehen bietet uns die Möglichkeit, alle damit verbundenen Ziele in die EU-Politik einzubringen. Gleichzeitig können wir Gegennarrative gegenüber denjenigen anbieten, die der Meinung sind, die Union bestehe nur aus einem freien Markt oder sei ein Instrument, um eine ordoliberale Agenda durchzusetzen.

FAIR
FREE
SUSTAIN
HE PROGRESSIV
EUROPE WE W
Congress
drid
Delegate

4.1 DIE ANTWORT DER EU AUF COVID 19 MUSS AUF EIN NACHHALTIGERES UND GERECHTERES WIRTSCHAFTSMODELL AUSGERICHTET SEIN.

Die aktuelle Covid-19-Krise wird sich zweifellos negativ auf die Beschäftigung, die Unternehmen und die Wirtschaft auswirken. Die Menschen damit allein zu lassen, wäre ein historischer Fehler. Wir müssen die Arbeitnehmer*innen und mittelständischen Betriebe insbesondere in den am stärksten betroffenen Bereichen jetzt unterstützen, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 abzufangen.

Gleichzeitig sollten öffentliche Gelder, die zur Abwendung einer Wirtschaftskrise in den Privatsektor fließen, mit klaren Auflagen verbunden sein. Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, als Banken und der Finanzsektor Wetten gegen den Staat abschlossen, der sie letztendlich vor dem Bankrott bewahrte. Anders als in der Krise von 2008 sollten staatliche Beihilfen und Garantien an konkrete Bedingungen geknüpft werden. Dazu gehören die Erhaltung der Arbeitsplätze durch ein Entlassungsverbot in den geförderten Unternehmen und die Überprüfung, dass die Gelder für den Aufschwung und nicht zur Zahlung von Dividenden und Boni eingesetzt werden.

Die Probleme im Zusammenhang mit Klimawandel, Ungleichheiten und Digitalisierung werden jedoch nicht im Zuge von Covid-19 verschwinden. Öffentliche Gelder, die massiv in die Wirtschaft gepumpt werden, sollten zu einem gerechteren und nachhaltigeren Wirtschaftssystem beitragen und nicht von einigen Wenigen „abgesahnt“ werden, sobald sich die Lage wieder normalisiert hat. Wenn bestimmte Unternehmen massive Unterstützung erhalten, sollten die Behörden zu Aktionärinnen des Unternehmens werden und diese Position nutzen, um auf nachhaltige Entwicklung und bessere Sozialmaßnahmen zu drängen, oder zumindest einen Anteil der künftigen Gewinne des Unternehmens erhalten. Die SPE hat einen umfassenden Covid-19-Eindämmungs- und Wiederaufbauplan entwickelt. Dazu gehören folgende Vorschläge:

Vorschläge:

- Die im Rahmen des Wiederaufbauprogramms bereitgestellten EU-Mittel sollten in erster Linie nachhaltige Branchen unterstützen. Sie sollten mit klaren und verbindlichen Vorgaben für die Unternehmen bezüglich sozialen Schutzes und Nachhaltigkeit verbunden sein.

- Unternehmen, die nach Covid-19 öffentliche Unterstützung erhalten, sollten keine Dividenden oder Boni auszahlen.

- Die öffentliche Unterstützung sollte an die Bedingung geknüpft werden, dass die Spitzengehälter in den unterstützten Unternehmen begrenzt und die niedrigsten Gehälter angehoben werden. Dies gilt insbesondere für Arbeitnehmer*innen, die während der gesamten Epidemie weiter im Einsatz waren, um die grundlegenden Dienstleistungen in den öffentlichen Einrichtungen (Gesundheitswesen, Polizei, Müllabfuhr) und im privaten Sektor (Supermärkte, Lieferdienste, Plattformarbeiter*innen) abzusichern.

- Generell sollte die EU eine umfassende Strategie für den sozialen Wiederaufbau entwickeln, mit der nationale Maßnahmen unterstützt und koordiniert werden, um diejenigen zu schützen, die am stärksten von der Covid-19-Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden, und eine stabilere und gleichberechtigtere Gesellschaft für die Zukunft zu entwickeln. Eine solche europäische Strategie für den sozialen Wiederaufbau muss Gleichstellungsaspekte berücksichtigen, um sicherzustellen, dass Frauen nicht stärker von den negativen Auswirkungen der Krise betroffen sind als Männer.

- Um für künftige Krisen gewappnet zu sein, sollte die Europäische Union das Europäische Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE) ausbauen und eine dauerhafte und umfassende europäische Arbeitslosenrückversicherung einrichten, die nicht nur bei Kurzarbeit und Lohnausgleichszahlungen unterstützend eingreift, sondern die generelle Bereitstellung solcher Mittel in allen Mitgliedstaaten ermöglicht.

4.2 **WOHLERGEHEN ALS LEITPRINZIP DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS**

Die Schaffung eines Ressorts für „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ innerhalb der Europäischen Kommission ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, um die Wirtschaftspolitik besser zur Umsetzung gesellschaftlicher und ökologischer Zielstellungen zu nutzen. **Damit bietet sich uns eine gute Möglichkeit, das Wohlergehen in all seinen Dimensionen in den Mittelpunkt der EU-Politik zu stellen und zu zeigen, dass das Wohlergehen der Bürger*innen prioritäres Anliegen und wichtigstes Leitprinzip der Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten ist.** Das Europäische Semester können wir als Instrument nutzen, um das Ziel des Wohlergehens voranzutreiben. Dazu bedarf es entsprechender Reformen.

Bestehende fiskalpolitische Ziele sollten mit Nachhaltigkeitszielen in den Bereichen Soziales, Beschäftigung und Umwelt verbunden und mit gleicher Priorität behandelt werden. Bei der Aktualisierung des Europäischen Semesters und einer sozialeren und nachhaltigeren Wachstumsstrategie sollten Wachstumsindikatoren mit einbezogen werden.

Anhand solcher Indikatoren ließe sich darstellen, inwieweit die Gesellschaft in der Lage ist, die Grundbedürfnisse ihrer Bürger*innen zu erfüllen und die Voraussetzungen dazu bietet, dass die Bürger*innen und Gemeinschaften ihre Lebensqualität verbessern und sichern und die Menschen ihr volles Potenzial ausschöpfen können.[118] Dazu müssten die z. B. von Eurostat gesammelten Daten ergänzt werden, um Ungleichheiten, Lohnniveaus, Armut, Inklusion, verfügbare öffentliche Dienstleistungen, Bildung[119] sowie Wohnraumangebote, Naturräume, biologische Vielfalt usw. besser zu überwachen und diese Daten in die Entwicklung, Analyse und Umsetzung politischer Maßnahmen auf EU- oder Landesebene einfließen zu lassen.

Vorschläge:

- **Im Rahmen des Europäischen Semesters sollten die politischen Ziele und Indikatoren für Nachhaltigkeit und Wohlergehen gemessen und verfolgt werden[120], wobei zusätzlich zu dem Sechser- und Zweierpaket gesetzgeberischer Maßnahmen zur wirtschaftspolitischen Steuerung klare, quantifizierbare und messbare politische Ziele festgelegt werden sollten. Die Messung der Wachstumsleistung auf der Grundlage des BIP muss um eine Reihe synthetischer Leistungsindikatoren erweitert werden, die auf den UN-Nachhaltigkeitszielen und dem Konzept des gerechten und nachhaltigen Wohlergehens[121], einschließlich des durchgängigen Ziels der Gleichstellung der Geschlechter, aufbauen.**

- Die EU sollte verschiedene Indikatoren zur Messung des Wohlergehens entwickeln und regelmäßig überprüfen, um bestehende Datensätze zu ergänzen, zu aktualisieren und zu präzisieren.

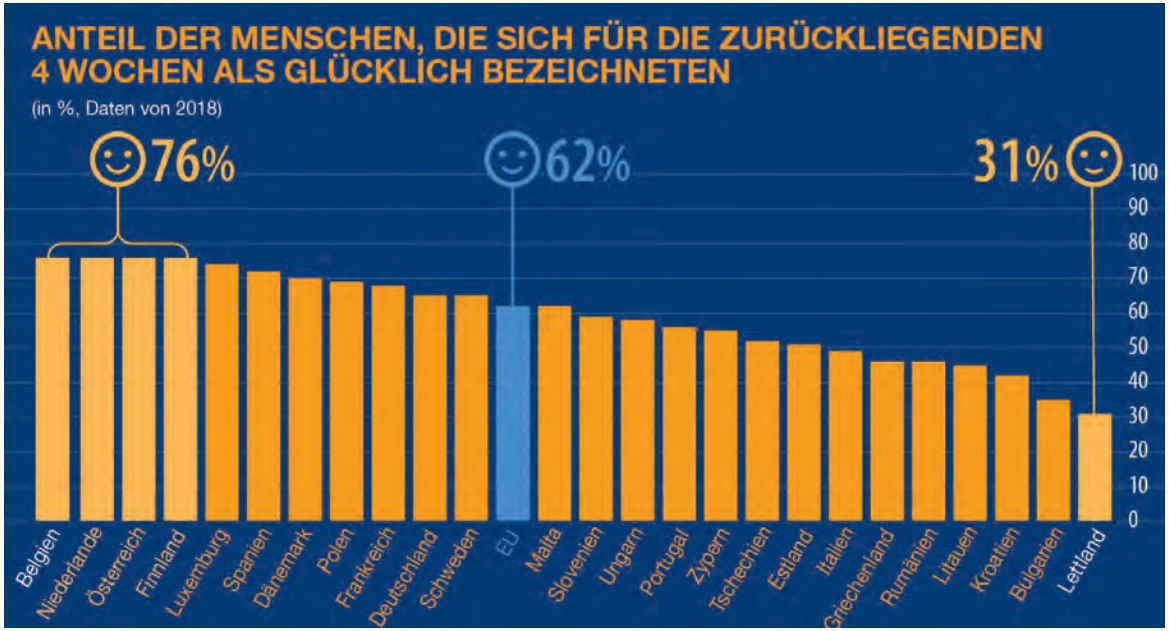
- Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu einem Pakt für nachhaltige Entwicklung, bei dem haushaltspolitische Ziele hinsichtlich Schuldenaufnahme und Defizit und andere soziale, beschäftigungspolitische und ökologische Nachhaltigkeitsziele in gleichberechtigter Weise berücksichtigt werden.

- Haushaltspolitik für ein gerechtes und nachhaltiges Wohlergehen:[122] Eine neue Ausrichtung des Europäischen Semesters auf Nachhaltigkeitsziele und -indikatoren wird nur greifen, wenn sich dies auch in den nationalen und EU Haushalten niederschlägt.

- Bei allen Haushaltsplanungen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene müssen Gleichstellungsfragen standardmäßig berücksichtigt werden.

- Die Auswirkungen der geltenden EU-Beihilfevorschriften auf die Investitionskapazitäten der lokalen und regionalen Behörden sind zu prüfen und gegebenenfalls zu revidieren, um die volle Leistungsfähigkeit der Behörden bei der Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen zu gewährleisten.

- Die Strategie Europa 2020, die EU-Agenda für Wachstum und Beschäftigung für das laufende Jahrzehnt, läuft aus und noch ist keine Nachfolgestrategie in Sicht. Hier bietet sich eine umfassende Agenda zur Förderung des Wohlergehens als neue Strategie an.



SCHLUSSFOLGERUNG

Wenn wir die zahlreichen komplexen Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, bewältigen wollen, kommt es darauf an, das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Zu lange hat sich die EU einseitig auf das Wirtschaftswachstum konzentriert und weitere Faktoren, die sozialen Fortschritt ausmachen, nur ungenügend berücksichtigt. Wir können und sollten unsere Volkswirtschaften weiter stärken, aber die wirtschaftlichen Gewinne müssen genutzt werden, um das Wohlergehen der Menschen in allen Bereichen zu verbessern. Die Sicherung des Wohlergehens der Bürger*innen sollte das vorrangige Ziel der Europäischen Union werden. Die EU muss konkrete Schritte unternehmen, um dieses Ziel umzusetzen. Heute haben wir die Gelegenheit, dieses Thema weiterzuentwickeln und unsere Vision eines nachhaltigen Europas voranzubringen.

Die SPE setzt sich schon seit langem für Maßnahmen ein, die zur Verbesserung des Wohlergehens in verschiedenen Bereichen geeignet sind. Wir fordern jetzt eine umfassende fortschrittliche Agenda für das Wohlergehen, die soziale, gesellschaftliche und ökologische Aspekte unter einer Zielstellung vereint und klare Lösungen aufzeigt, um das Leben der Bürger*innen heute und morgen zu verbessern.

ANHANG: VOM BIP ZUM WOHLERGEHEN

Wenn es um die Erfassung aller Dimensionen des Wohlergehens der Menschen geht, ist das BIP als Indikator nur eingeschränkt geeignet. Das BIP allein sagt nichts über die Lebensqualität aus, auch nicht darüber, ob die Menschen über Freizeit, stabile soziale Beziehungen oder ein ansprechendes Arbeitsumfeld verfügen.[123] Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass Wirtschaftswachstum nicht zwangsläufig zu einem vergleichbaren Anstieg der Haushaltseinkommen, einem höheren Maß an subjektivem Wohlbefinden, sozialem Zusammenhalt und Gleichheit führt oder dass sich dadurch automatisch die Tätigkeit der Regierung und der öffentlichen Institutionen verbessert.[124] Außerdem führt ein konstantes Ansteigen des Wirtschaftswachstums mit immer mehr Erzeugnissen, Überproduktion und Anhäufung von Reichtum in den Händen einiger weniger zu einer schnelleren Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und einer Verschlechterung der Ökosysteme.[125]

Aufgrund dieser Unzulänglichkeiten nahm die Debatte „Das BIP und mehr“ im Laufe der Jahre immer mehr an Fahrt auf, sei es bei internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der OECD und der Weltbank oder innerhalb der EU und der nationalen Regierungen. Im Ergebnis dieser Debatte wurden zahlreiche Publikationen und politische Initiativen entwickelt:

- 1990: Das UNDP veröffentlicht den ersten Bericht über die menschliche Entwicklung mit einem multidimensionalen Ansatz und einem Index der menschlichen Entwicklung.[126]

- 2000: Die Weltbank veröffentlicht ihren Weltentwicklungsbericht auf der Grundlage multidimensionaler Armut.[127]

- 2000: Die Staats- und Regierungschefs der Welt verabschieden die Millenniums-Entwicklungsziele.

- 2009: die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission veröffentlicht ihren Bericht über die Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts.[128]

- 2009: Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre Mitteilung „Das BIP und mehr, Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“.[129]

- 2011: Die OECD startet ihre Initiative für ein besseres Leben.

- 2015: Die Staats- und Regierungschefs der Welt verabschieden die Entwicklungsagenda 2030.

- 2018: Bildung der Allianz für eine Ökonomie des Wohlergehens.

- 2019: Der Rat der EU nimmt unter der finnischen Präsidentschaft Schlussfolgerungen über die Ökonomie des Wohlergehens an.

Mittlerweile sind mehrere nationale Regierungen, vor allem aus dem Mitte-Links-Spektrum, dazu übergegangen, eine Ökonomie des Wohlergehens anzustreben, indem sie in ihren nationalen Wirtschaftsprogrammen und Haushaltsdebatten verstärkt Aspekte des Wohlergehens mit aufgenommen haben. Finnland ist eines dieser Beispiele.[130] Einige Länder und Organisationen

haben sich in einer Allianz für die Ökonomie des Wohlergehens zusammengeschlossen[131], die sich dafür einsetzt, dass die Regierungen das Wohlergehen in den Mittelpunkt ihrer Agenda stellen und ihre Haushalte in diesem Sinne anpassen.[132] Neben Italien, Frankreich, Schottland, Lettland, Slowenien und dem Vereinigten Königreich ist auf Anregung von Stefan Löfven nun auch Schweden dazu übergegangen, das Konzept des Wohlergehens als Leitprinzip für politische Initiativen zu nutzen.[133]

Außerhalb Europas ist Neuseeland mit gutem Beispiel vorangegangen. Dort hat die von der Labour-Premierministerin Jacinda Ardern geführte Koalition seit ihrer Wahl 2017 das Thema Wohlergehen zur zentralen Zielstellung ihrer Politik gemacht. Der Haushalt für 2019 ist der erste Haushalt eines Landes in der westlichen Welt, der auf dem Konzept des Wohlergehens basiert und umfangreiche Haushaltsmittel für den Abbau von Ungleichheiten, den Erhalt der psychischen Gesundheit und die Bekämpfung von Kinderarmut und häuslicher Gewalt vorsieht.[134]

Jacinda Ardern, Premierministerin von Neuseeland

ANMERKUNGEN

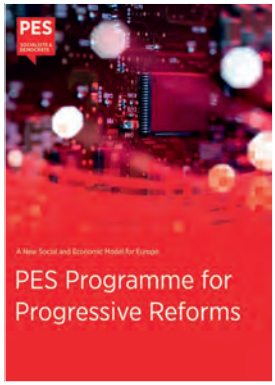
1 Léon Blum, Les devoirs et les tâches du socialisme, éditions de la Liberté, 1945
2 Wellbeing Economy Alliance (2020) WEAll Briefing Papers Little Summaries of Big Issues, Understanding Wellbeing https://wellbeingeconomy.org/wp-content/uploads/2020/08/WEAll-Understanding-Wellbeing.pdf
3 Or in the words of Louka Katseli and Poul Nyrup Rasmussen « Europe must place sustainable well-being for all at its heart », Social Europe, 10th December 2018
4 PES manifesto for the 2019 European Parliament election, adopted in Madrid, February 2020
5 Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Next steps for a sustainable European future European action for sustainability, COM(2016)739 final; Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions Establishing a European Pillar of Social Rights, COM(2017) 250 final
6 Finland's Council Presidency Programme 1 July31 December 2019, "Sustainable Europe – Sustainable Future", https://eu2019.fi/en/priorities/programme
7 Speech by OECD Secretary-General Angel Gurría about the economy of wellbeing at the EPSCO meeting of 8 July 2019, https://www.oecd.org/about/secretary-general/economy-of-well-being-brussels-july-2019.htm
8 Council of the European Union, Executive Summary of the OECD Background Paper on "Creating opportunities for people's well-being and economic growth", 21 June 2019, https://www.consilium.europa.eu/register/en/content/out?&typ=ENTRY&i=ADV&DOC_ID=ST-10414-2019-INIT, p. 3.
9 Mattila, Pirkko, "The Economy of Wellbeing: A holistic approach to tackle future challenges", 21 February 2019, https://www.openaccessgovernment.org/the-economy-of-wellbeing/59441/
10 Mattila, op. cit; Finland's Council Presidency, "Economy of wellbeing in the EU: people's wellbeing fosters economic growth", op. cit.
11 Council Conclusions of 8 June 2020 on Enhancing well-being at work https://www.consilium.europa.eu/media/44350/st08688-en20.pdf
12 Art3§3 TEU
13 For more information on the "beyond GDP" debate, see Annex P: XX
14 Romina Boarini, Alexandre Kolev, Allister McGregor (2014), "Measuring well-being and progress in countries at different stages of development: Towards a more universal conceptual framework"
15 COM (2009) 433 final
16 Council, Executive Summary, op. cit., p. 2; Speech by OECD Secretary-General of 8 July 2019, op. cit.
17 It could e.g. support the arguments made in PES Manifesto - Background Policy Briefings, especially pp. 45-46
18 https://www.pes.eu/export/sites/default/Downloads/Policy-Documents/Social_Jobs/PES_Brochure_progressive_reforms-150dpi_FINAL-March2016.pdf_753497852.pdf
19 https://issuu.com/pes_pse/docs/digital_economy_brochure__web_versi
20 https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/PES-combatting-inequality-2018.pdf_2063069299.pdf
21 https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/Just-Transition-Brochure-final.pdf_2063069299.pdf
22 Progressive Society, Report of the Independent Commission for Sustainable Equality | 2019-2024, S&D, November 2018.
23 UNESCO: Mexico City Declaration on Cultural policies, August 1982
24 PES Congress resolution EQUAL SOCIETIES: EMPOWERING YOUTH, Adopted in Lisbon Decem-ber 2018
25 OECD (2020), Early Learning and Child Well-being: A Study of Five-year-Olds in England, Estonia, and the United States, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/3990407f-en.
26 PES Congress resolution EQUAL SOCIETIES: EMPOWERING YOUTH, Adopted in Lisbon Decem-ber 2018
27 Culture Action Europe (2013), Measure the impact of culture on wellbeing: A definition shaped by a desire for the future, https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwil9Jit84rqAhUDDewKHb7sD20QFjAAegQIAxAB&url=https%3A%2F%2Fcultureactioneurope.org%2Fdownload%2F%3Ffilename%3D%2Ffiles%2F2013%2F12%2Fculture-and-well-being-reflection-paper.pdf&usg=AOvVaw1xLIhKyIiAeYaqh0FK396z
28 PES Culture Ministerial Network (2020), "Socialists and Democrats, we stand for culture in Europe!". https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/PES-Culture-Ministers-joint-declaration-15062020.pdf_2063069299.pdf
29 Eurostat, 31/01/2020, 1 in 10 employed persons at risk of poverty in 2018 https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20200131-2
30 Eurofound (2017) In-work poverty in the EU, Publications Office of the European Union, Luxembourg.
31 World Bank (2019) World Development Report 2019: The Changing Nature of Work. World Bank, Washington, DC
32 Aristea Koukiadaki & Ioannis Katsaroumpas (2017) Temporary contracts, precarious employment, employees' fundamental rights and EU employment law, European Parliament Policy Department for Citizens' Rights and Constitutional Affairs.
33 FEPS, What is the European Dream, Survey on European Dreams for the future of Europe, 2020
34 In the 1980s, the average disposable income of the richest 10% was around seven times higher than that of the poorest 10%; today, it is 9.7 times higher. OECD, The Economy of Well-being - Creating opportunities for people's well-being and economic growth SDD WORKING PAPER No. 102, 18 Sep-tember 2019
35 PES Congress resolution Equal societies: Social Europe adopted in Lisbon on 7 december 2018
36 Eurofound (2020) Role of social partners in tackling discrimination at work, Publications Office of the European Union, Luxembourg
37 European Parliament Committee on Employment and Social Affairs Draft Report on Access to decent and affordable housing for all (2019/2187(INI)), p.9
38 Housing Europe (2019) The State of Housing In the EU 2019 file:///C:/Users/ivana.bartolac/Downloads/Publication%202019%20for%20WEB.pdf
39 See Action Plan of the EU Urban Agenda Housing Partnership, 2018, https://ec.europa.eu/futurium/en/housing/housing-partnership-action-plan, p. 10-12
40 See Action Plan of the EU Urban Agenda Housing Partnership, 2018, page 12
41 PES Election Manifesto 2019 A New Social Contract for Europe, p. 2; PES Working Document For a More Progressive Europe - European Commission Work Programme 2019-2024, p. 89
42 PES Draft Briefing on Plan for Affordable Housing in Europe for the PES Social Europe Network, October 2019, p. 4; S&D Progressive Societies, Sustainable Equality Report, 2018, pp. 187 & 111-112

43 COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE EURO-PEAN COUNCIL, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS The European Green Deal
44 COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE EURO-PEAN COUNCIL, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS The European Green Deal
45
46 European Disability Forum, European Semester 2020: a first reaction from EDF, p. 4.
47 PES Draft Briefing on Plan for Affordable Housing in Europe for the PES Social Europe Network, Octo-ber 2019, p. 4; PES Working Document For a More Progressive Europe - European Commission Work Programme 2019-2024, p. 89
48 See Actions 1-3 of the EU Urban Agenda Housing Partnership, 2018, p.18-26
49 PES Draft Briefing on Plan for Affordable Housing in Europe for the PES Social Europe Network, October 2019, p. 4; PES Working Document For a More Progressive Europe - European Commission Work Programme 2019-2024, pp. 89-90
50 S&D Progressive Societies, Sustainable Equality Report, 2018, pp. 187 & 111-112; PES Working Document For a More Progressive Europe - European Commission Work Programme 2019-2024, pp. 89-90
51 Urban Agenda for the EU, The Housing Partnership Action Plan, 2018, p. 35
52 S&D Progressive Societies, Sustainable Equality Report, 2018, pp. 187 & 111-112
53 PES Draft Briefing on Plan for Affordable Housing in Europe for the PES Social Europe Network, October 2019, p. 5; PES Working Document For a More Progressive Europe - European Commission Work Programme 2019-2024, pp. 89-90
54 De Spiegelaere, Stan & Piasna, Agnieszka (2017) The why and how of working time reduction, ETUI.
55 PES Brochure Combating Inequality in the European Union, 2018, p. 29
56 PES Congress Resolution Social Europe, Lisbon 2018, p. 4; PES EPSCO Ministerial Declaration A Social Turn for Europe, 22.10.2017, p. 2
57 Tamás Boros, Maria Freitas, David Rinaldi, Ania Skrzypek, (2020) What is the European Dream? Survey on European Dreams for the Future of Europe. FEPS & Policy Solutions, p. 22
58 Reuters 15 August 2020, German union IG Metall backs four-day week to save jobs
59 Directive 2003/88/EC of the European Parliament and of the Council of 4 November 2003 concerning certain aspects of the organisation of working time, Art. 6.
60 Eurofound (2019) Living and working in France https://www.eurofound.europa.eu/country/france
61 Stan de Spiegelaere & Agnieszka Piansa (2017), The why and how of working time reduction, ETUI
62 The Guardian, 20 May 2020, Jacinda Ardern flags four-day working week as way to rebuild New Zealand after Covid-19
63 UNI P&M The Right to Disconnect – Best practices http://www.thefutureworldofwork.org/media/35639/right-to-disconnect-en.pdf
64 EurWork (2019) Right to switch off https://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/industrial-relations-dictionary/right-to-switch-off
65 European Parliament Committee on Employment and Social Affairs Draft Report with recommenda-tions to the Commission on the right to disconnect (2019/2181(INL))
66 As shown by the main findings of the last issue of the ESENER questionnaire of EU-OSHA.
67 Tamás Boros, Maria Freitas, David Rinaldi, Ania Skrzypek, (2020) What is the European Dream? Survey on European Dreams for the Future of Europe. FEPS & Policy Solutions, p. 27
68 PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network - 4 May 2017
69 Tony Atkinson "The 15 Proposals from Tony Atkinson's "Inequality – What can be done". Accessed on 12 January 2017. https://www.tony-atkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/
70 OECD (2020), How's Life? 2020: Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris
71 Tamás Boros, Maria Freitas, David Rinaldi, Ania Skrzypek, (2020) What is the European Dream? Survey on European Dreams for the Future of Europe. FEPS & Policy Solutions, p. 47
72 https://www.socialistsanddemocrats.eu/newsroom/sustainable-single-market-should-have-consumers-and-green-deal-its-core-say-sds
73 Van der Re Kees (2019) Promoting green jobs for youth through national employment policies and programmes, ILO, Geneva
74 OECD (2015), In It Together: Why Less Inequality Benefits All, OECD Publishing, Paris.
75 OECD (2018), Is the Last Mile the Longest? Economic Gains from Gender Equality in Nordic Coun-tries, OECD Publishing, Paris.
76 PES Congress Resolution For a Stronger Democracy in Europe, Lisbon 2018, p. 4; PES Working Docu-ment For a More Progressive Europe - European Commission Work Programme 2019-2024, p. 131
77 Barbieri David et al. (2017) Gender, skills and precarious work in the EU, EIGE, Vilnius
78 http://fra.europa.eu/en/publication/2014/violence-against-women-eu-wide-survey-results-glance
79 Radcliff, B. (2013), The political economy of human happiness: How voters' choices determine the quality of life, Cambridge University Press.
80 As put forward by the S&D progressive society's the Independent Commission for Sustainable Equal-ity.
81 Eurofound (2015) Access to social benefits: Reducing non-take-up, Publications Office of the Euro-pean Union, Luxembourg
82 Eurofound (2015) Access to social benefits: Reducing non-take-up, Publications Office of the Euro-pean Union, Luxembourg p. 5
83 Eurofound (2015) Access to social benefits: Reducing non-take-up, Publications Office of the Euro-pean Union, Luxembourg
84 Eurofound (2015) Access to social benefits: Reducing non-take-up, Publications Office of the Euro-pean Union, Luxembourg
85 Eurofound (2015) Access to social benefits: Reducing non-take-up, Publications Office of the Euro-pean Union, Luxembourg
86 EAPN (2017) Inclusive Labour Markets - Building pathway approaches to quality employment
87 Zone Zéro Chômeur de Longue Durée; https://www.tzcld.fr/decouvrir-lexperimentation/lassociation-tzcld/
88 Council Conclusions (2015) The promotion of the social economy as a key driver of economic and social development in Europe 15071/15
89 European Commission (2020) Social enterprises and their ecosystems in Europe, Comparative syn-thesis report – Executive summary, Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2020

90 EESC (2019) Social Economy Enterprises https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/files/qe-03-19-796-en-n.pdf
91 BriefingSeptember2016EPRS | European Parliamentary Research ServiceAuthor: Marie-Laure Augère-GranierMembers' Research ServiceENPE 586.650Short food supply chains and local food systems in the EU
92 European Commission (2020). Food Safety. Farm to Fork strategy for sustainable food. https://ec.europa.eu/food/farm2fork_en
93 PES Brochure Combating Inequality in the European Union, 2018, p. 5.
94 Cedric Hugrée, Etienne Penissat and Alexis Spire; Les classes sociales en Europe, tableau des nou-velles inégalités sur le vieux continent, 2017, Agone, p44.
95 Idem
96 Tony Atkinson "The 15 Proposals from Tony Atkinson's "Inequality – What can be done". Accessed on 12 January 2017. https://www.tony-atkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/
97 ISSN 1977-8449 Healthy environment, healthy lives: how the environment influences health and well-being in Europe, EEA Report n°21/2019.
98 ISSN 1977-8449 Healthy environment, healthy lives: how the environment influences health and well-being in Europe, EEA Report n°21/2019.
99 Decision no 1386/2013/eu of the European Parliament and of the Council of 20 November 2013 on a General Union Environment Action Programme to 2020 'Living well, within the limits of our planet'
100 European Environment Agency, 2019, SOER 2020 - At a glance https://www.eea.europa.eu/soer-2020/at-a-glance
101 PES brochure on Just Transition, Decent Green Jobs,Modernised Economy, Citizens' wellbeing, Prepared by the PES environment and Climate change network, November 2018.
102 European Environment Agency, 2019, SOER 2020 - At a glance https://www.eea.europa.eu/soer-2020/at-a-glance
103 OECD (2020), How's Life? 2020: Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris
104 Tyrväinen, L et al. (2014) The influence of urban green environments on stress relief measures: A field experiment. Journal of Environmental Psychology,
105 IEEP (2017), Nature For Health And Equity, Institute For European Environmental Policy, Brussels. http://www.foeeurope.org/sites/default/files/biodiversity/2017/briefing-nature-health-and-equity-march-2017.pdf
106 Barton, Rogerson (2017): The importance of greenspace for mental health, BJPsych Internaltional
107 IEEP (2017), Nature For Health And Equity, Institute For European Environmental Policy, Brussels. http://www.foeeurope.org/sites/default/files/biodiversity/2017/briefing-nature-health-and-equity-march-2017.pdf
108 As mentioned in OCDE (2020), How's Life? 2020 : Measuring Well-being, Éditions OCDE, Paris, https://doi.org/10.1787/9870c393-en.
109 https://www.eea.europa.eu/publications/soer-2020
110 PES Congress resolution EQUAL SOCIETIES: FOR A STRONGER DEMOCRACY IN EUROPE, Adopted in Lisbon December 2018
111 ETUC (2020) "3.3 million workers lose out because member states fail to protect collective bargain-ing" https://www.etuc.org/en/pressrelease/33-million-workers-lose-out-because-member-states-fail-protect-collective-bargaining
112 ETUC Action Programme 2019-2023 https://www.etuc.org/sites/default/files/publication/file/2019-08/CES-14e%20Congre%CC%80s-Action%20Programme-UK-02.pdf
113 ETUC Why and how to support the etuc strategy on more democracy at work https://www.etuc.org/sites/default/files/publication/file/2019-09/Brochure-Democratie%20au%20travail%20EN%20NEW.pdf
114 Council of Europe Code of Good Practice for Civil Participation in the Decision-Making Process, 2009
115 Council of Europe Code of Good Practice for Civil Participation in the Decision-Making Process, 2009
116 Stiglitz, J., A. Sen and J-P. Fitoussi (2009), "Final Report of the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress", Paris
117 PES Congress resolution EQUAL SOCIETIES: EMPOWERING YOUTH, Adopted in Lisbon Decem-ber 2018
118 As put forward by the Social Progress Imperative within its Social Progress Index
119 The ETUC is currently working on such set of indicators and announced a first poresentation for December 2020.
120 2018 report of the S&D's Independent Commission on Sustainable Equality
121 This approach is already in use by the Italian government https://www.istat.it/en/archivio/225140
122 2018 report of the S&D's Independent Commission on Sustainable Equality
123 Ed Diener & Martin E.P. Seligman (2004) Beyond Money Toward an Economy of Well-Being, Ameri-can Psychological Society 5(1)
124 UNDP (2013), Human Development Report 2013: The Rise of the South: Human Progress in a Di-verse World. United Nations Development Programme, New York
125 Lorenzo Fioramonti (2016), "Well-being Economy A Scenario for a Post-growth Horizontal Govern-ance System"
126 UNDP (United Nations Development Programme) (1990), Human Development Report 1990: The Concept and Measurement of Human Development. Oxford University Press: Oxford
127 UNDP (2013), Human Development Report 2013: The Rise of the South: Human Progress in a Di-verse World. United Nations Development Programme, New York
128 STIGLITZ, J., A. SEN and J-P. FITOUSSI (2009), "Final Report of the Commission on the Meas-urement of Economic Performance and Social Progress", Paris
129 COM(2009) 433 final
130 Mattila, op. cit.
131 https://news.gov.scot/speeches-and-briefings/wellbeing-economy-alliance-conference
132 Stiglitz, Joseph, "Beyond GDP", Social Europe, 7 January 2019, https://www.socialeurope.eu/beyond-gdp
133 Speech by OECD Secretary-General of 8 July 2019, op. cit.
134 Ainge Roy, Eleanor, "New Zealand 'wellbeing' budget promises billions to care for most vulnerable", The Guardian, 30 May 2019, https://www.theguardian.com/world/2019/may/30/new-zealand-wellbeing-budget-jacinda-ardern-unveils-billions-to-care-for-most-vulnerable

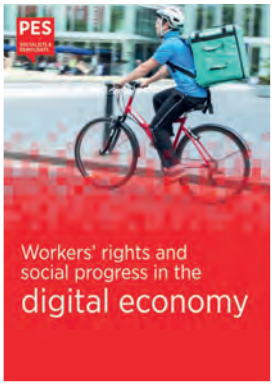
SPE-BROSCHÜREN

Mai 2016



Juli 2017

September 2017



Oktober 2018

November 2018

Oktober 2018

Juni 2020

Juli 2020

September 2020

Januar 2021

Februar 2021

April 2021

Oktober 2021

www.pes.eu/en/news-events/events/pes-brochures
Auch auf Englisch, Französisch und Spanisch verfügbar

Austria SPÖ

Belgium PS

Belgium Vooruit

Bulgaria BSP

Croatia SDP

Cyprus EDEK

Czech Republic CSSD

Denmark SD

Estonia SDE

Finland SDP

France PS

Germany SPD

Greece PASOK

Hungary MSZP

Ireland Labour

Italy PD

Italy PSI

Latvia Saskana

Lithuania LSDP

Luxembourg LSAP

Malta Labour

Netherlands PvdA

N. Ireland SDLP

Norway LP

Poland UP

Poland SLD

Portugal PS

Romania PSD

Slovakia SMER

Slovenia SD

Spain PSOE

Sweden SAP

UK Labour

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Antoine Mertzeisen, Berater der SPE für Sozial- und Beschäftigungspolitik: Antoine.Mertzeisen@pes.eu.

Folge uns auf
www.pes.eu
www.facebook.com/pes.pse
www.twitter.com/pes_pse
www.instagram.com/pes_pse

Sozialdemokratische Partei Europas
10–12 Rue Guimard
1040 Brüssel
Belgien
T +32 2 548 90 80
info@pes.eu

Diese Publikation wurde vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt. Die alleinige Verantwortung liegt beim Autor, und das Europäische Parlament ist nicht verantwortlich für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.

Februar 2021

AISBL-BBCE-N 0897.208-032